

**Ist
sozialistische
Marktwirtschaft
möglich?**

Pro und Kontra

Beiträge des Kolloquiums in Leipzig
am 21. April 2001

Herausgegeben
von
Eva Müller, Horst Richter und Joachim Tesch

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Ist sozialistische Marktwirtschaft möglich?

Pro und Kontra

Beiträge des Kolloquiums in Leipzig
am 21. April 2001

Herausgegeben

von

Eva Müller, Horst Richter und Joachim Tesch

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2001

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

ISBN 3-89819-099-4

Redaktion: Joachim Tesch

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	5
-------------------------------	---

I. Historische Erkenntnisse und Erfahrungen

<i>Horst Richter</i> : Ist die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Werts vereinbar mit einer sozialistischen Marktwirtschaft?	9
--	---

<i>Siegfried Liebing</i> : Die Neue Ökonomische Politik in Sowjetrussland – ein Versuch, die Marktwirtschaft zu etablieren?	28
---	----

<i>Hans-Georg Draheim</i> : Sozialismus und Warenproduktion bei Behrens und Benary; ihre Verurteilung als Revisionisten sowie ihre Rehabilitierung durch die PDS	37
--	----

<i>Jörg Roesler</i> : Behrens, Benary und die NÖS-Reformer	46
--	----

<i>Claus Krömke</i> : Waren das »Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« in der DDR und die »Neue Ökonomische Politik« in Sowjetrussland Wege in die Marktwirtschaft?	55
--	----

<i>Joachim Tesch</i> : Halbherzige Versuche, Marktbeziehungen im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR zu gestalten – dargelegt am Beispiel des Bauwesens	78
--	----

<i>Rainald Ackermann</i> : Das Neue Ökonomische System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und der Strukturwandel in der Landwirtschaft der DDR	91
---	----

II. Aktuelle Vorstellungen und Konzeptionen

<i>Siegfried Wenzel</i> : Regulationsmechanismus bei der Gestaltung zukünftiger Gesellschaftsordnungen	103
--	-----

<i>Harald Börner</i> : »Sozialistische Marktwirtschaft« – ein Paradoxon	116
<i>Manfred Höfer</i> : »Sozialistische Marktwirtschaft« und das Beispiel China	119
<i>Paul Liehmann</i> : Die Wirtschaftsreform in der Volks- republik China, Realität – Vision oder Illusion	127
<i>Eva Müller</i> : Mangel oder Überfluss?	133
<i>Roland Wegmann</i> : Thesen zum Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft	138
 Anhang	
Bibliographie zu: Sozialismus, NÖS in der DDR, Marktwirtschaft – ausgewählte Veröffentlichungen ab 1990	143
Autorenverzeichnis	148

Vorwort der Herausgeber

Angesichts der andauernden Massenarbeitslosigkeit, der drohenden ökologischen Katastrophe und des beschleunigten Abbaus von Sozialleistungen nimmt das öffentliche Interesse an Alternativen, die der kapitalistischen Marktwirtschaft entgegenzusetzen sind, zu.

Es wird die Frage gestellt und lebhaft diskutiert, welche Rolle der Markt in einer künftigen, nicht mehr von Profit dominierten Gesellschaft spielen kann? Ist es möglich, dass sich zentrale Planung und Marktbeziehungen gegenseitig ergänzen oder handelt es sich um zwei Wirtschaftsstrukturen, die sich gegenseitig ausschließen? Welche Schlüsse lassen sich aus der Marxschen ökonomischen Theorie, besonders seiner Theorie der Warenproduktion und des Werts, aus den von W. I. Lenin konzipierten Neuen Ökonomischen Politik, den Erfahrungen der untergegangenen DDR und der anderen ehemals sozialistischen Länder sowie den neuen Entwicklungstendenzen im bevölkerungsreichsten Land der Welt, der Volksrepublik China, ziehen?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen hatte in Kooperation mit der bundesweiten Rosa-Luxemburg-Stiftung im April 2001 zu einem Kolloquium eingeladen, um diese und andere Fragen zu diskutieren. Das Thema des Kolloquiums war bewusst provokant formuliert worden. Erwartungsgemäß wurden zur Möglichkeit einer sozialistischen Marktwirtschaft konträre Standpunkte vertreten. Der Verlauf der Diskussion zeigte, dass es nach wie vor sowohl theoretischen wie begrifflichen Klärungsbedarf gibt. Als eine der Kernfragen schälte sich heraus, ob es gerechtfertigt ist, sich auf Marx stützend, Marktwirtschaft mit dem Kapitalismus zu identifizieren? Reicht die Marktwirtschaft auch über den Kapitalismus hinaus? Es wird argumentiert, dass »Marktwirtschaft« zunächst nicht anderes sei, als dass nicht mehr nur für den Eigenverbrauch, sondern vor allem für Andere, eben für den Markt, produziert wird. In diesem Sinne gäbe es in jeder arbeitsteiligen Wirtschaft einen Markt und es ginge im theoretischen Streit über eine »sozialistische Marktwirtschaft« weniger um die Frage, ob es einen Markt gibt oder nicht, sondern vielmehr darum, wie der Markt selbst und die Marktbeziehungen zu gestalten sind, wie sie durch das Setzen von äußeren Bedingungen zu beeinflussen seien.

Im Kern geht es um Antworten auf die Frage: Wie könnten oder sollten die ökonomischen Beziehungen in einer hochkomplexen Volks-

wirtschaft zwischen den Wirtschaftseinheiten, den privaten Haushalten und der Gesellschaft nach den Erfahrungen in zwei Ordnungen – im marktwirtschaftlichen Kapitalismus und im administrativ-zentralistischen Sozialismus – in einer zukünftigen postkapitalistischen Wirtschaftsformation gestaltet werden, so dass sowohl die sozialen als auch die Freiheitsrechte jeder/s Einzelnen gewährleistet werden?

Der Bogen der Beiträge war weit gespannt – von den Marxschen Grundlegungen im 19. Jahrhundert bis zur heutigen aktuellen Wirtschaftspolitik in der Volksrepublik China.

Die ersten hier wiedergegebenen Beiträge sind der Darstellung historischer Erkenntnisse und Erfahrungen gewidmet. Dabei nehmen insbesondere die »Revisionismus«-Debatte der fünfziger Jahre und der Versuch des »Neuen Ökonomischen Systems« in den sechziger Jahren einen breiteren Raum ein. Hier wurde sichtbar, dass die Diskussionen des vergangenen Jahrzehnts weitgehende Annäherungen in den Einschätzungen der Wirtschaftsverfassung der ehemals sozialistischen Staaten und der Versuche ihrer Reform gebracht haben.

Anders ist der Stand der programmatischen Diskussion über zukünftig anzustrebende Gestaltungen der Leitung und Planung der Wirtschaft zu bewerten, wie aus den im zweiten Abschnitt veröffentlichten Beiträgen zu ersehen ist, in dem es vor allem um Ansätze und Überlegungen für die Gestaltung eines künftigen Wirtschaftssystems ging. Hier gehen die Vorstellungen weit auseinander und für zukünftige Veranstaltungen und Veröffentlichungen gibt es ein breites Spektrum offener Fragen, u. a.: Wie müssten die Eigentumsformen beschaffen sein, auf deren Grundlage sowohl gesamtgesellschaftliche Planung bzw. Regulierung als auch individuelle und unternehmerische Entscheidungsfreiheit gewährleistet werden können? Wie könnte das Modell einer sozialistischen Volkswirtschaft als Vision entwickelt werden, die als alternative Leitvorstellung für heutige Schritte geeignet ist? Und schließlich: Gehen China und Vietnam tatsächlich Wege zu einer sozialistischen Marktwirtschaft?

Diese Fragen sind zugleich Erwartungen an interessierte Leser, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wird Anregungen für weitere Veranstaltungen gerne aufgreifen.

Leipzig, im Juli 2001

I. Historische Erkenntnisse und Erfahrungen

Ist die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Werts vereinbar mit einer sozialistischen Marktwirtschaft?

Horst Richter

Vorbemerkungen

In Diskussionen über das Scheitern der Planwirtschaften in den sozialistischen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion sowie über Modelle einer zukünftigen Wirtschaft, die nicht durch Profitdominanz gekennzeichnet ist, nimmt die Frage nach der Fortexistenz der Warenproduktion und des Marktes einen zentralen Platz ein. Verbreitet ist die Meinung, dass das marktwirtschaftliche System, das sich in den westlichen Ländern bewährt hat, ebenfalls für eine Wirtschaftsordnung geeignet sei, die nicht durch Profitstreben, sondern durch soziale Gerechtigkeit gekennzeichnet ist.

Bereits in den 50er und 60er Jahren, als nach einer kurzen Anlaufphase der staatlich gelenkten Wirtschaft die Mängel der zentralistisch-administrativen Planung immer mehr zutage traten, wurden Forderungen erhoben, die starre zentrale Planung grundlegend zu reformieren. Bei diesen Forderungen ging es nicht um die Abschaffung der Planwirtschaft, sondern um die Entbürokratisierung der Planung, um die Erhöhung ihrer Flexibilität. Als geeignetes Mittel dazu wurde die Erweiterung des Spielraums des Marktes, die Vergrößerung des Wirkungsfeldes des Wertgesetzes angesehen. Um die staatlich gelenkte Planung zu entbürokratisieren, sie dynamischer zu machen, damit sie der Dynamik der Wirtschaft besser entspricht und diese fördert, sollten Plan und Markt wirksamer miteinander verbunden werden. Es war bereits in den 50er Jahren von der Etablierung einer sozialistischen Marktwirtschaft die Rede. Einer der besten Köpfe der DDR-Wirtschaftswissenschaften, Gunther Kohlmey, formulierte schon im Jahr 1956: »Auch der Sozialismus ist (nationale und internationale) Marktwirtschaft; er ist planmäßig verlaufende, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft.«¹.

1 Gunther Kohlmey: Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwissenschaftler. In: Geld und Kredit. Wissenschaftliches Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie zu Berlin. 1(1956)3. S. 186.

Exponierte Vertreter der Reformierung des bürokratisch-zentralistischen Planungssystems waren seinerzeit in der CSSR Ota Šik, in Ungarn Bela Csikós-Nagy, in Polen Włodzimierz Brus, in der DDR Fritz Behrens und in der Sowjetunion plädierte der Charkower Ökonom Ewsej Grigorewitsch Liberman in seinem Prawda-Artikel »Plan-Gewinn-Prämie« für wirksamere ökonomische Anreize und schlug vor, den Gewinn zum Maßstab für Erfolg und Misserfolg der Betriebe zu machen. Der Gewinn sollte die Hauptkennziffer der Planung sein.

Im Rückblick auf die damalige Zeit wurden von ausnahmslos allen an der Macht befindlichen Parteien diese Gedanken und Konzeptionen als revisionistisch, als gegen die marxistisch-leninistische ökonomische Theorie gerichtete Angriffe verurteilt. Es wurde argumentiert, dass in Auffassungen über das Wertgesetz, die konsequentere Einbeziehung der Kategorien der Warenproduktion in die Wirtschaftsplanung und -lenkung die eigentlichen »Wurzeln der revisionistischen Fehler« liegen würden². Die Wirtschaftswissenschaftler, die diese Auffassungen vertreten haben, wurden an den »Rand« gestellt; einige, die Repressalien zu befürchten hatten, sahen sich gezwungen, in das westliche Ausland zu gehen.

Bis zu ihrer Auflösung herrschte in allen sozialistischen Ländern die zentral-administrative, staatlich gelenkte Planung. Daran änderten auch länderspezifische Unterschiede nichts. Eine gewisse Ausnahme bildete Ungarn. Ohne die zentrale Planung in Frage zu stellen, erhielten hier durch den Markt gesteuerte Lenkungsmethoden in der Wirtschaft einen größeren Spielraum. – Die Vorstellungen, Plan und Markt wirksam miteinander zu verbinden, blieben Wunschdenken. Auffassungen über eine sozialistische Marktwirtschaft unterlagen weiterhin härtester Kritik seitens der an der Macht befindlichen Parteien.

Sowohl die Befürworter des Marktsozialismus als auch dessen Gegner berufen sich in ihrer Argumentation auf die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Marktes. Marx wird als Kronzeuge für das Pro und Kontra ihrer Auffassungen angeführt. Dies wirft die Frage auf, ob sich tatsächlich aus dem Marxschen theoretischen Erbe, besonders aus seiner Theorie der Warenproduktion und des Werts, die Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft begründen lässt.

2 Siehe Alfred Lemnitz: Über die »Administration« und die »Ökonomie« im Sozialismus und in der Übergangsperiode. In: Deutsche Finanzwirtschaft. Berlin. 11(1957)6. S. 81ff.

Die Warenproduktion eine natürliche oder gesellschaftliche Form der Produktion?

Es gehört zu den Dogmen der bürgerlichen ökonomischen Lehre, ökonomische Kategorien, darunter Ware, Wert und Kapital als naturgegeben anzusehen. Die Ware wird allgemein als Gut definiert, das auf dem Markt angeboten und nachgefragt wird. Das Kapital ist neben Arbeit und Boden ein Produktionsfaktor, der zur Güter- und Dienstleistungsproduktion eingesetzt wird. Diese Dogmen galten zu Marx' Zeiten und werden noch heute in den Lehrbüchern für Volkswirtschaftslehre vertreten.

Schon in der frühen Phase seiner ökonomischen Studien rüttelte Marx an diesen Dogmen und warf sie über den Haufen. In seiner Polemik gegen Proudhon stand für Marx bereits fest, dass ökonomische Kategorien nur Abstraktionen der realen Verhältnisse sind und nur solange Wahrheiten sind, wie diese Verhältnisse bestehen. »Die Kategorien sind also genauso wenig ewig wie die Beziehungen, die sie ausdrücken. Sie sind historische und vorübergehende Produkte.«³ Diese von Marx schon frühzeitig gewonnene Erkenntnis, dass bestehende gesellschaftliche Verhältnisse, Produktionsverhältnisse, nicht ewig, nicht von Natur gegeben sind, sondern dass sie vorübergehend, historisch sind, ist eine außerordentlich wichtige Zäsur in der Geschichte der Herausbildung seiner ökonomischen Theorie. Marx' Auffassung über die Warenproduktion, den Wert, das Geld, das Kapital und anderes sind deshalb nicht voll zu erfassen, wenn von dem vergänglichen Charakter der ökonomischen Verhältnisse und den ökonomischen Kategorien abstrahiert wird, die sie ausdrücken.

Marx hat entdeckt, dass die Warenproduktion nicht naturgegeben, ewig ist, sondern dass sie eine historische Form der Produktion ist. »Es ist einer der Grundmängel der klassischen politischen Ökonomie, dass es ihr nie gelang, aus der Analyse der Ware und spezieller des Warenwerts die Form des Werts, die ihn eben zum Tauschwert macht, herauszufinden. [...] Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird.«⁴

3 Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow in Paris; Brüssel, 28.12.1846. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Über »Das Kapital«. Briefwechsel. Berlin 1985. S. 41.

4 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, Fußnote 32. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke [nachfolgend: MEW]. Bd. 23. Berlin 1962. S. 95.

Es ist deshalb nicht zufällig, dass Marx in seinen wichtigsten ökonomischen Schriften (Zur Kritik der politischen Ökonomie, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Das Kapital, Theorien über den Mehrwert) der Geschichte der Entstehung und Herausbildung der Warenproduktion größte Aufmerksamkeit geschenkt hat. Anhand historischer Tatsachen und Belege hat er nachgewiesen, wie Warenproduktion, Ware, Geld, Kapital u. a. entstanden sind, hat ihr Erscheinen auf der Bühne der gesellschaftlichen Produktion erklärt und ist auf Grund dieser historischen Herangehensweise zu dem Schluss gekommen, dass sie von dieser Bühne ebenso wieder verschwinden, wie sie erschienen sind. Werden verschiedene Marxsche Theoreme oder Auffassungen in ihrem historischen Verlauf analysiert, so lässt sich feststellen, dass Marx früher vertretene Auffassungen korrigiert hat und zuweilen auch Irrtümern unterlegen war. Es entspricht der Marxschen Denkmethode, dass er zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich gedacht hat.⁵ Was allerdings die Theorie der Warenproduktion und die Werttheorie angeht, so trifft diese Feststellung nicht zu. Selbst die letzten ökonomischen Schriften von Marx – übrigens auch die von Engels, besonders seine sogenannten Altersbriefe – lassen nicht erkennen, dass sie ihren Standpunkt korrigiert hätten, dass mit dem Verschwinden des Kapitalismus auch die Warenproduktion und der Wert verschwinden.

Die Anfänge der Warenproduktion und den Austausch der Waren zu ihren Werten führt Marx auf zwei Institutionen zurück: die gesellschaftliche Teilung der Arbeit und die *Privatarbeit* selbständiger Produzenten. Während die gesellschaftliche Arbeitsteilung *Existenzbedingung* der Warenproduktion ist, ist die Privatarbeit selbständiger Produzenten ihre *Ursache*. Marx bemerkt: »Sie [die gesellschaftliche Teilung der Arbeit – H. R.] ist Existenzbedingung der Warenproduktion, obgleich Warenproduktion nicht umgekehrt die Existenzbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung.«⁶ Hier gibt Marx den Hinweis, dass die gesellschaftliche Arbeitsteilung als allgemeingültiges Merkmal der gesellschaftlichen Produktion nicht zwangsläufig Warenproduktion und Warenaustausch zur Folge haben muss. Bei gesellschaftlich geteilter Arbeit kann es durchaus eine Vermittlung der hergestellten Produkte geben, ohne dass sie Warenform annehmen. Im ersten Kapitel des »Kapital«, Erster Band, führt Marx als Beleg dafür das Beispiel der altindischen Gemeinde an, in der die Arbeit gesellschaftlich geteilt ist, ohne dass die Produk-

5 Vgl. Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn 1999. S. 87.

6 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 56.

te zu Waren werden. Ähnliches gilt für die moderne Fabrik. Auch hier ist die Arbeit gesellschaftlich geteilt, aber diese Teilung ist nicht dadurch vermittelt, dass die Arbeiter ihre Produkte austauschen.⁷

Als eigentliche Ursache der Warenproduktion bezeichnet Marx die Arbeit von einander unabhängiger Produzenten, von privaten selbständigen Produzenten. Nur Produkte selbständiger und von einander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber. Das heißt, ausschlaggebend für die Existenz der Warenproduktion ist bei gesellschaftlich geteilter Arbeit die Existenz von Privatproduzenten, von Produzenten, die mit Produktionsmitteln produzieren, die privates Eigentum sind. In der Marxschen Theorie der Warenproduktion besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen Warenproduktion und Privatarbeit, zwischen privaten Eigentum an den Produktionsmitteln und der Notwendigkeit, die Produkte als Waren auszutauschen. »Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte von einander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.«⁸

Zwischen Existenzbedingung und Ursache der Warenproduktion besteht eine enge Wechselwirkung, die vor allem für das Verständnis der Entfaltung der Warenproduktion und das Verständnis des Wertbegriffs von Bedeutung ist. Durch die zunehmende Arbeitsteilung erweitert sich der Austausch der Produkte. Es wächst die Zahl der Privatproduzenten. Obwohl unabhängig von einander arbeitend, nimmt die Abhängigkeit der privat Produzierenden untereinander zu. Der Zusammenhang unter ihnen wird durch die Ware, durch den Warenaustausch hergestellt.

Die Existenz eines vielgliedrigen Systems der Arbeitsteilung und voneinander unabhängiger, selbständiger Privatproduzenten bedingt, dass das hergestellte Produkt objektiv die Warenform annimmt. Ware zu sein heißt, dass sie einen Gebrauchswert für andere hat und gegen einen anderen Gebrauchswert ausgetauscht wird. Nur durch den Warenaustausch ist es möglich, die eigene Produktion fortzuführen. Der in der Ware enthaltene Doppelcharakter von Gebrauchswert und Wert äußert sich in Warenproduktion und Warenaustausch. Marx bemerkt: »Um Ware zu produzieren, muss er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern *Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert*. [...] Um Ware zu werden, muss das Produkt dem anderen, dem es als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden.«⁹ Obwohl als Ware produziert, macht erst der Austausch die produzierten

7 Vgl. ebenda. S. 56f.

8 Ebenda. S. 87.

9 Ebenda. S. 55. Hervorhebung – H. R.

Waren zu Waren. Der Vorgang des Austauschs findet auf dem Markt statt. Letztlich entscheidet erst der Markt, ob die produzierte Ware tatsächlich eine Ware wird. Insofern bilden in der Warenproduktion die Produktion und der Austausch der Waren, Produktion und Markt, eine untrennbare, wenn auch eine äußerst widersprüchliche Einheit. Sie äußert sich u. a. darin, dass einerseits der Markt nur die Gebrauchswerte veräußern kann, die in der Produktion hergestellt wurden; er kann weder das Produktionsvolumen vergrößern noch die Gebrauchseigenschaften der hergestellten Produkte verändern, er kann aber über das Ausmaß des Absatzes bestimmen, und er kann auf Grund der Bedürfnisveränderung direkten Einfluss auf die Herstellung der Gebrauchswerte nehmen. Warenproduktion bzw. Warenwirtschaft ist deshalb zugleich Marktwirtschaft.

Die Austauschfunktion der Ware obliegt dem Tauschwert der Ware. Der Tauschwert erfüllt diese Funktion, weil ihm Wert zugrunde liegt. »Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältnis oder Tauschwert der Ware darstellt, ist [...] ihr Wert.«¹⁰ Es ist der Wert, der erst die verschiedenen Gebrauchswerte vergleichbar und damit austauschbar macht (20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder 20 Ellen Leinwand sind 1 Rock wert).

Warenproduktion und Wert bilden in Marx' Theorie der Warenproduktion eine Einheit. Ebenso wie die Warenproduktion ohne Wert nicht zu verstehen ist, ist der Wert ohne Warenproduktion nicht zu begreifen. Der Wertbegriff ist ein tragendes Element in der gesamten ökonomischen Theorie von Marx. Die Mehrwert- und Profittheorie sind ohne Werttheorie genauso undenkbar, wie die Reproduktions- und Renten-theorie. Das Geheimnis der Mehrwertproduktion konnte Marx nur auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Werttheorie enthüllen. Engels bemerkte hierzu: »Um zu wissen, was der Mehrwert war, musste er [Marx – H. R.] wissen, was der Wert war.«¹¹

Wenn Vertreter der sozialistischen Marktwirtschaft sich auf Marx' Theorie der Warenproduktion berufen, dann schließt das ein, sich auch auf die Werttheorie zu berufen; denn ohne Wert keine Ware, ohne Ware keine Warenproduktion, keine Marktwirtschaft.

Angesichts der zentralen Stellung, die der Wertbegriff in der Marx'schen Theorie der Warenproduktion wie auch in Konzeptionen zur

10 Ebenda. S. 53.

11 Friedrich Engels: Vorwort zu Karl Marx »Das Kapital«. Zweiter Band. In: MEW. Bd. 24. Berlin 1963. S. 23.

sozialistischen Marktwirtschaft einnimmt, sei auf einige Aspekte des Marxschen Wertbegriffs aufmerksam gemacht.

Einige Aspekte des Marxschen Wertbegriffs

(1) Der Wert ist das kennzeichnende Merkmal der Ware. Er verkörpert menschliche Arbeit schlechthin, abstrakte Arbeit. »Der Wert als solcher hat keinen anderen ›Stoff‹ als die Arbeit selbst.«¹² »Er ist die abstrakteste Form des bürgerlichen Reichtums.«¹³ Die Werts substanz oder der »Stoff« des Werts wird durch ein und dieselbe Arbeitskraft geschaffen, die sich aus einer Vielzahl individueller Arbeitskräfte zusammensetzt, die unterschiedliche konkrete Arbeit verrichten. »Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andre, soweit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitskraft wirkt [...]«¹⁴.

Der einzelne Warenwert ist ein »Kristall« der durch die gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitskraft geschaffenen gemeinschaftlichen Substanz – der abstrakten Arbeit. Der einzelne Warenwert ist objektiv determiniert; er unterscheidet sich vom »individuellen Wert« der Ware. Während der »individuelle Wert« mehr oder weniger bestimmbar ist, gilt das nicht für den objektiv determinierten Warenwert. Erst im Austauschprozess wird der »individuelle Wert« zum eigentlichen Warenwert; erst im Austauschprozess wird anerkannt, inwieweit die individuelle Arbeit gesellschaftliche Durchschnittsarbeit, wertschaffende Arbeit ist. Obwohl der Wert in der Produktion entsteht, erfolgt seine Anerkennung außerhalb der Produktion, im Austausch, auf dem Markt, hinter dem Rücken der Produzenten. Insofern hat der Wert eine Komponente, die über die Produktion hinausreicht und ebenfalls den Austausch erfasst, der über den Wert auf die Produktion zurückwirkt.

(2) Der Wert der Ware – von Marx auch als Wertgegenständlichkeit bezeichnet – ist rein gesellschaftlich; er enthält kein Atom Naturstoff. Er existiert objektiv, er ist nicht fassbar. »Man mag daher eine einzelne Ware drehen und wenden, wie man will, sie bleibt unfassbar als Wert-

12 Marx an Friedrich Engels in Manchester; London, 2. April 1858. In: Marx/Engels: Über »Das Kapital«. Briefwechsel. S. 110.

13 Ebenda.

14 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 53.

ding.«¹⁵ Der Wert erscheint nur als Verhältnis von Ware zu Ware. Er ist ein unter dinglicher Hülle verstecktes gesellschaftliches Verhältnis.¹⁶

Die Erscheinungsform des Werts ist der Tauschwert. Er stellt sich dar als quantitatives Verhältnis, als Proportion, worin sich ein Gebrauchswert gegen einen anderen austauscht: x Ware A : y Ware B. In seiner entfalteten Form drückt der Tauschwert auch den Preis einer Ware (der Preis ist der Geldausdruck des Werts) in Geld aus. Da im Austauschprozess in der Regel mehrere Anbieter von Waren derselben Art agieren und untereinander konkurrieren, ist der Tauschwert zugleich ein Konkurrenzverhältnis. Existieren für Waren derselben Art mehrere Anbieter, so bestehen für diese Waren auch unterschiedliche Preise. Jeder Warenbesitzer versucht, seine Ware für einen Preis zu veräußern, der so hoch wie möglich ist. Unter der Hand kann es allerdings passieren, dass nicht hohe Preise, sondern auf Grund der Konkurrenz niedrige Preise erzielt werden. Der Preis weicht vom Wert der Ware ab. Vermittels der Konkurrenz wird das ständige Abweichen der Preise vom Wert der Ware aufgehoben und der dem Tauschwert zugrunde liegende Wert setzt sich durch. »Nur durch die Schwankungen der Konkurrenz und damit der Warenpreise setzt sich das Wertgesetz der Warenproduktion durch, wird die Bestimmung des Warenwerts durch die Arbeitszeit eine Wirklichkeit.«¹⁷

Der Marxsche Wertbegriff ist somit im engen Kontext mit der Konkurrenz zu betrachten. Die Konkurrenz ist eine Bedingung für das Wertdasein. Wie erst im Austauschprozess die produzierte Ware zur Ware wird, so erhält der Wert erst durch die Konkurrenz sein Wertdasein. Einen Wert der Ware außerhalb der Konkurrenz, einen »konkurrenzfreien« Wert gibt es nicht und kann es nicht geben.

(3) Wenn auch der Wert als gesellschaftliches Verhältnis nicht fassbar ist, so hat er eine Größe. Die Wertgröße ist bestimmt durch das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung der Ware gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.¹⁸ Die Wertgröße misst sich am Quantum der in der Ware enthaltenen wertbildenden Substanz, der Arbeit. Es ist die Zeitdauer, die Arbeitszeit, die dieses Quantum misst. Der Messvorgang selbst spielt sich im Austauschprozess, auf dem Markt, vermittelt der Konkurrenz der Warenproduzenten ab.

15 Ebenda. S. 62.

16 Vgl. ebenda. Fußnote 27. S. 88.

17 Friedrich Engels: Vorwort zu Karl Marx »Das Elend der Philosophie«. In: MEW. Bd. 4. S. 565.

18 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 54.

Direkten Einfluss auf die Wertgröße einer Ware hat die Arbeitsproduktivität. Je höher die Arbeitsproduktivität, desto niedriger die zur Herstellung einer Ware erforderliche Arbeitszeit, desto kleiner der Wert. Die Wertgröße einer Ware verändert sich fortlaufend. Sie unterliegt ständigen Schwankungen. »Die Wertgröße einer Ware wechselt also direkt wie das Quantum und *umgekehrt* wie die *Produktivkraft* der sich in ihr verwirklichenden Arbeit.«¹⁹

Es liegt in der Natur des Werts einer Ware, dass seine Größe *subjektiv* nicht messbar ist. X Stunden Arbeitszeit, die für die Herstellung einer Ware aufgewendet wurden, sind nicht gleich x Stunden gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die die Wertgröße der Waren bestimmen. »Die Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeitszeit ist [und bleibt – H. R.] daher ein unter den erscheinenden Bewegungen der relativen Warenwerte verstecktes Geheimnis.«²⁰ Alle Versuche, die Wertgrößen der Waren zu erfassen und zu messen, sind gescheitert. Der Wert verwandelt eben jedes Arbeitsprodukt in eine »gesellschaftliche Hieroglyphe«²¹.

(4) Der Wert, der Warenaustausch zu Werten erfüllt zugleich die Funktion, die gesellschaftliche Gesamtarbeit entsprechend dem Bedarf nach den verschiedenen Gebrauchswerten auf die einzelnen Produktionssphären zu verteilen. Mit und durch die Verteilungsfunktion des Werts entstehen innerhalb der gesellschaftlichen Produktion bestimmte Proportionen. Der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit vermittelt des Werts liegt ein komplizierter Mechanismus zugrunde, der durch Abweichungen der Preise vom Wert, Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, Konkurrenz u. a. gekennzeichnet ist.

In einer warenproduzierenden Gesellschaft ist der Wert die Form, in der sich die Notwendigkeit durchsetzt, die gesellschaftliche Arbeit in bestimmten Proportionen zu verteilen. Marx bemerkt: »Und die Form, worin sich diese proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit als *Privataustausch* der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der *Tauschwert* dieser Produkte.«²² In der Regulierungs- und Regulatorfunktion des Werts äußert sich das Wert-

19 Ebenda. S. 55. Hervorhebungen – H. R.

20 Ebenda. S. 89.

21 Vgl. ebenda. S. 88.

22 Marx an Ludwig Kugelmann in Hannover; London, 11. Juli 1868. In: Marx/Engels: Über »Das Kapital«. Briefwechsel. S. 241.

gesetz. Es »setzt das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion in mitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch«²³.

Die Debatten über die Reformierung der Planung, die Warenproduktion und die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Wirtschaft drehten sich in der Hauptsache um die Anerkennung des Wertgesetzes, um die Anerkennung seiner regulierenden Funktion der Produktion. An dieser Frage schieden sich die Geister. Einerseits wurde das Wertgesetz als *das* Heilmittel angesehen, das, wenn es seine regulierende Funktion ausüben kann, die Planwirtschaft weitgehend von ihren Übeln befreien könne, andererseits wurde es verteufelt, wurde es als »reißende Bestie« – so von Fritz Selbmann – bezeichnet, die an der kurzen Leine gehalten werden müsse.²⁴

Die Marxsche Analyse der Warenproduktion und des Werts führt zu dem logischen Schluss, dass nur unter Bedingungen der unabhängigen, selbständigen Privatarbeit die hergestellten Produkte die Warenform annehmen und zu ihren Werten ausgetauscht werden. Insofern ist es folgerichtig, dass Marx in einer Gesellschaft, die auf Gemeineigentum beruht und mit Produktionsmitteln arbeitet, die assoziiertes Eigentum sind, für die weitere Existenz von Warenproduktion und Wert weder eine Grundlage noch eine Notwendigkeit sah. Unter den Bedingungen einer assoziierten Produktion bleiben die gesellschaftliche Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und Arbeitsprodukten nach Marx »durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution«²⁵.

Gemeinschaftliche Produktion ohne Waren- und Wertform

Nach der Analyse der Ware, des Werts und der Wertformen im »Kapital«, Erster Band, stellt Marx folgenden interessanten Vergleich an: Er stellt einer Gesellschaft von Warenproduzenten »einen Verein freier Menschen« gegenüber, »die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben«.²⁶ Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Es nimmt keine Waren-

23 Ebenda.

24 Vgl. Fritz Behrens: Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. Berlin 1961. S. 65f.

25 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 93.

26 Ebenda. S. 92.

form an. Marx betont: »Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muss daher unter sie *verteilt* werden. Die *Art* dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten.«²⁷

Die neue Art der Verteilung ist eine Verteilung ohne Wert. Sie erfolgt ohne Ware-Geld-Beziehungen. Marx setzt die neue Art der Verteilung in direkte Beziehung zur planmäßigen Produktion des »Vereins freier Menschen«. Dies gilt sowohl für die Produktionsmittel als auch für die Konsumgüter. Die neuen gesellschaftlichen Beziehungen, die nach dem Wegfall des Werts »durchsichtig einfach« sind und die neue »geschichtliche Entwicklungshöhe der Produzenten« erfordern einen neuen Modus der Verteilung, die Verteilung nicht mehr nach dem Wert, sondern nach der Arbeitszeit, die für die Herstellung der Produkte erforderlich ist. Engels bemerkt zum neuen Modus der Verteilung: »Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit.«²⁸ Nach dem Wegfall des Werts bleibt die dem Wert immanente Arbeitszeit übrig, die als Maß und als Regulativ der zu verteilenden Produkte fungiert. »Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts.«²⁹

Den Gedanken von der Verteilung der Konsumtionsmittel unter die Mitglieder des »Vereins freier Menschen« nach der geleisteten Arbeit eines jeden einzelnen greift Marx erneut in der Polemik gegen Lassalles

27 Ebenda. S. 93. Hervorhebungen – H. R.

28 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«). In: MEW. Bd. 20. S. 288.

29 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 93.

These vom »unverkürzten Arbeitsertrag« auf und formuliert ihn wie folgt: »Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als *Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.«³⁰

Nach Marx würde die Verteilung in der Weise erfolgen, dass der einzelne Produzent von der Gesellschaft einen Schein erhält, der ihm bestätigt, dass er soundso viel Arbeit (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) geleistet hat, und ihm das Recht gibt, aus den gesellschaftlichen Fonds an Konsumgütern so viel zu erhalten, als gleichviel Arbeit ausdrückt.

Die neue Art und Weise der Verteilung ist eine logische Folge, die sich aus dem Verschwinden der Warenproduktion und des Werts ergibt und sie ist zugleich die grundlegende Voraussetzung dafür, dass die Arbeitskraft ebenfalls ihren Warencharakter verliert und aufhört, »Quelle von Wert zu sein und von mehr Wert, als sie selbst hat«³¹.

Die Verteilung der Konsumtionsmittel nach der geleisteten Arbeit war für Marx Bedingung dafür, dass weder Mehrarbeit noch fremde Arbeit angeeignet werden kann. Niemand kann etwas geben außer seiner Arbeit und nichts kann in das Eigentum des einzelnen eingehen.³²

In voller Übereinstimmung mit Marx vertrat Engels ebenfalls den Standpunkt, dass mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise auch die Warenproduktion und der Wert verschwinden. Bezugnehmend auf das Schicksal der Warenproduktion formuliert er eindeutig: »Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewusste Organisation«.³³ Und was den Wert angeht, so ließ Engels ebenfalls keinen Zweifel daran, dass der ökonomische Wert eine der Warenproduktion angehörige Kategorie ist und mit ihr verschwindet, wie er vor ihr nicht bestand.³⁴

30 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd. 19. S. 19f.

31 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 208.

32 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. S. 19.

33 Friedrich Engels: Anti-Dühring. S. 264.

34 Vgl. Engels an Karl Kautsky in Zürich; London, 20. Sept. 1884. In: Marx/Engels: »Über das Kapital.« Briefwechsel. S. 346.

Sowohl für Marx als auch für Engels stand fest, dass nach dem Wegfall der Warenproduktion und der Wertformen der Produkte das exakte ökonomische Rechnen keinesfalls an Bedeutung verliert. Im Gegenteil, um rationell zu produzieren und die gesellschaftlichen Ressourcen in entsprechenden Proportionen zu verteilen, muss die Gesellschaft wissen, wie groß der Bedarf für diverse Gebrauchswerte ist und welchen Aufwand die Gebrauchswertherstellung erfordert: »[...] die Buchführung hierüber [wird] wesentlicher denn je [...]«³⁵

Für die Aufwandserfassung in einer Gesellschaft ohne Warenproduktion verwendet Marx gelegentlich den Begriff »Wertbestimmung«, der nicht selten zu Irritationen geführt hat. Er wird von Vertretern der sozialistischen Marktwirtschaft oft als Beleg dafür verwendet, dass die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Werts auch für die sozialistische Gesellschaft zuträfe. Marx verwendet aber diesen Begriff für eine Gesellschaft ohne Warenproduktion nicht im Sinne seiner Werttheorie, sondern in dem Sinn, dass es bei gemeinschaftlicher Produktion darum geht, die allgemeine Substanz des Werts, die Arbeit, die Arbeitszeit zu erfassen und zu bestimmen. Die Wertbestimmung bzw. die Wertrechnung sollte durch die Zeitrechnung ersetzt werden.

Die Marxsche Auffassung, dass in einer auf Gemeineigentum beruhenden Gesellschaft die Gebrauchswerte nicht mehr als Waren hergestellt werden, die Produkte nicht mehr die Wertform annehmen und das Wertgesetz aufhört zu wirken, dominierte lange Zeit in den theoretischen Konzeptionen zur Schaffung einer sozial gerechteren Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Vertreter dieser Auffassung waren unter anderen Rosa Luxemburg, W. I. Lenin und Nikolaj Bucharin.

In ihrer Arbeit »Die Akkumulation des Kapitals« fasste Rosa Luxemburg die sozialistische Produktionsweise ähnlich wie Marx als eine »planmäßig geregelte Wirtschaft« auf, in der – wie sie formulierte – an Stelle des Austauschs gesellschaftliche Arbeitsteilung getreten ist. »Warenproduktion, also auch Austausch, existiert hier nicht [...]«³⁶. Nach ihrer Vorstellung sollten allen Arbeitenden und Nichtarbeitenden die Produkte »zugewiesen« werden. Ausgangspunkt für die Zuweisung sei die Deckung der Bedürfnisse. Die Zuweisung der Produkte erfolgt deshalb, »[...] nicht weil hier Äquivalenzaustausch vorgeht, sondern weil die gesellschaftliche Organisation planmäßig den Gesamtprozess leitet, weil die bestehenden Bedürfnisse gedeckt werden müssen, weil die

35 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 859.

36 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. In: Gesammelte Werke Band 5. Ökonomische Schriften. Berlin 1975. S. 100.

Produktion eben keinen anderen Zweck als die Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse kennt.«³⁷ Die Frage aber, nach welchem Maßstab, nach welchen Kriterien die Zuweisung der Produkte erfolgen sollte, wurde von Rosa Luxemburg allerdings nicht gestellt und demzufolge auch nicht beantwortet.

Lenin verneinte ebenfalls das Fortbestehen der Warenproduktion in einer sozialistischen Wirtschaft. Über das künftige Schicksal der Warenproduktion schrieb er 1908: »Was den Sozialismus anbelangt, so besteht dieser bekanntlich in der Aufhebung der Warenwirtschaft.«³⁸ Ähnliche Äußerungen Lenins sind auch in seinen Arbeiten nach der Oktoberrevolution zu finden. Bei der Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms, dessen Entwurf auf dem VII. Parteitag der KPR(B) im März 1918 zur Diskussion stand, erhob Lenin auf ökonomischen Gebiet die Forderung, die Produktion im gesamtstaatlichen Maßstab zu organisieren.³⁹ Bei der Erläuterung dieser Forderung verwies Lenin darauf, dass die gesamtstaatliche Organisation der Produktion damit verbunden ist, Kurs auf die allmähliche Überwindung der Warenproduktion zu nehmen. Er unterbreitete dazu folgende Gedanken: »[...] zunächst staatliches ›Handelsmonopol, dann völlige und endgültige Ersetzung des ›Handels‹ durch eine planmäßig orientierte *Verteilung* vermittels der Verbände der Handels- und Industrieangestellten, unter Leitung der Sowjetmacht [...]«⁴⁰ In den von Lenin im März 1919 ausgearbeiteten Entwurf des Programms der KPR(B) wurde dann definitiv formuliert: »Auf dem Gebiet der Verteilung besteht die Aufgabe der Sowjetmacht gegenwärtig darin, unentwegt daran weiter zu arbeiten, den Handel durch die planmäßige, im gesamtstaatlichen Maßstab organisierte Verteilung der Produkte zu ersetzen.«⁴¹

Die Beseitigung der kapitalistischen Warenproduktion wurde von Lenin und seinen Anhängern als ein Prozess verstanden, der nicht von heute auf morgen abzuschließen war. Schritt für Schritt sollte die Warenproduktion mit ihrem weitverzweigten System der Ware-Geld-Beziehung, dem Handel, den Bank- und Kreditinstituten u. a. überwunden werden. Nach der Oktoberrevolution wurden in Sowjetrußland erste Schritte unternommen, die auf eine Aufhebung der Warenwirtschaft

37 Ebenda.

38 W.I. Lenin: Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts. In: Werke. Berlin. Bd. 15. S. 129.

39 Vgl. W.I. Lenin: Außerordentlicher Siebenter Parteitag der KPR(B). In: Werke. Berlin. Bd. 27. S. 143.

40 Ebenda.

41 W.I. Lenin: Entwurf des Programms der KPR(B). In: Werke. Berlin. Bd. 29. S. 121.

gerichtet waren. Bald erwies sich jedoch, dass diese Schritte zum Scheitern verurteilt waren. Der Warenaustausch sollte durch den Produktaustausch abgelöst werden. In der Praxis war dies mit großen Schwierigkeiten verbunden. In Sowjetrußland, in einem Land, in dem die kleinbäuerliche Wirtschaft dominierte und die Industrieproduktion insgesamt zurückgeblieben war, kam es in erster Linie darauf an, die Produktivkräfte zu entwickeln sowie ökonomische Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft herzustellen, die zu einer Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiter und Bauern beitragen. Gerade aber für die Lösung dieser Aufgaben erwies sich der Produktaustausch als äußerst ungeeignet. Er lähmte das materielle Interesse an der Steigerung der Produktion, und er vermochte nicht das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern zu festigen.

Während der Zeit des Kriegskommunismus (Sommer 1918 bis Frühjahr 1921) wurde verstärkt Kurs auf die weitere Naturalisierung des gesamten ökonomischen Lebens genommen. Die Ablieferungspflicht wurde eingeführt. Durch sie wurden alle Ressourcen mobilisiert, um die ausländische Intervention und die innere Konterrevolution zu besiegen. Die Ablieferungspflicht verkörperte eine durch äußerste Not, Zerstörung und Krieg hervorgerufene ökonomische Politik. Sie bedeutete faktisch eine geldlose Wirtschaft. Der Markt spielte im Wirtschaftsleben keine Rolle. Die Periode des Kriegskommunismus bildete gewissermaßen den Gipfel bei der völligen Abschaffung der Warenproduktion und der Beseitigung der Ware-Geld-Beziehungen.

Die ökonomische Politik beruhte auf dem Glauben, den Enthusiasmus der Massen auszunutzen, um in raschem Tempo zur geldlosen Wirtschaft des Sozialismus zu gelangen. Lenin schrieb später: »Wir, die wir von der Welle des Enthusiasmus getragen waren, die wir den Volksenthusiasmus – zunächst den allgemeinen politischen, sodann den militärischen – geweckt hatten, wir rechneten darauf, dass wir auf Grund dieses Enthusiasmus auch die ebenso großen (wie die allgemeinen politischen und die militärischen) ökonomischen Aufgaben unmittelbar lösen würden. Wir rechneten darauf – vielleicht wäre es richtiger zu sagen: Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen –, dass wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.«⁴²

42 W.I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. In: Werke. Berlin. Bd. 33. S. 38.

Nach erfolgreicher Beendigung des Interventionskrieges und dem Sieg über die Konterrevolution erwies es sich sehr bald, dass weder der Produktaustausch noch die Ablieferungspflicht geeignet waren, die anstehenden ökonomischen und politischen Aufgaben zu lösen.

Die Neue Ökonomische Politik – ein Versuch, die Warenproduktion und den Markt zu reaktivieren

Im Frühjahr 1921 war in Sowjetrußland eine neue Situation entstanden. Der Bürgerkrieg war im wesentlichen beendet, und die Intervention der Alliierten, um den Bürgerkrieg zugunsten der »Weißen« zu entscheiden, war gescheitert. Die veränderte Situation erforderte ein neues Herangehen an die Bewältigung der wirtschaftlichen Fragen. So entwarf Lenin im Frühjahr 1921 die Grundzüge der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), die im März 1921 auf dem X. Parteitag der KPR(B) als verbindliche Richtlinie für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau des jungen Sowjetstaates beschlossen wurde.

Die Neue Ökonomische Politik enthielt ein ganzes System von Maßnahmen, so die umfassende Ausnutzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, die Einbeziehung der kleinen Unternehmer und Gewerbetreibenden in den wirtschaftlichen Aufbau, die Einführung staatskapitalistischer Betriebe, die Überführung der Betriebe auf die Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Lenin ging bei der Konzipierung der Neuen Ökonomischen Politik von der Erkenntnis aus, dass sich Warenproduktion, Handel, Markt und die Anwendung der Wertkategorien zur Durchsetzung der materiellen Interessiertheit und wirtschaftlicher Aufbau des Sozialismus nicht widersprechen, sondern sich gegenseitig bedingen. Er erklärte den Warenaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft zum – wie er es formulierte – Hauptkettenglied, das es zu erfassen galt. »Weder Ablieferungspflicht noch Steuer, sondern Austausch der Erzeugnisse der (sozialisierten) Großindustrie gegen bäuerliche Erzeugnisse, das ist das ökonomische *Wesen* des Sozialismus, seine Basis«. ⁴³

Und bezüglich des Handels bemerkte Lenin: »Der Handel ist jenes ›Glied‹ in der historischen Kette der Ereignisse, in den Übergangsformen unseres sozialistischen Aufbaus der Jahre 1921 und 1922, das

43 W.I. Lenin: Plan der Broschüre »Über die Naturalsteuer«. In: Werke. Berlin. Bd. 32. S. 333.

von uns, die proletarische Staatsmacht, von uns, der führenden Kommunistischen Partei, »mit aller Kraft angepackt werden muss.«⁴⁴

Lenins Konzept der Neuen Ökonomischen Politik sah auch die konsequente Anwendung der Wertkategorien für die Unternehmen in der Industrie vor. Er forderte, die Betriebe auf »kaufmännische Kalkulation«, auf wirtschaftliche Rechnungsführung umzustellen, damit sie für ihre wirtschaftliche Tätigkeit voll verantwortlich sind und nicht mit Verlust, sondern mit Gewinn arbeiten. »Wenn wir, nachdem wir die Trusts und Betriebe auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung geschaffen haben, es nicht verstehen, unsere Interessen durch geschäftliche, kaufmännische Methoden vollkommen zu wahren, sind wir komplette Idioten.«⁴⁵

Die von Lenin entworfene Neue Ökonomische Politik beruhte weiterhin auf dem Grundsatz, die Wirtschaft nach einem vom Staat ausgearbeiteten Plan aufzubauen und zu leiten. Die Belebung des Handels und des Marktes sowie die Überführung der Betriebe auf die Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung sollten innerhalb des Planes und unter staatlicher Kontrolle erfolgen. Lenins Neue Ökonomische Politik war darauf gerichtet, die Vorzüge zu nutzen, die sich sowohl aus der zentralen staatlichen Planung als auch aus der Anwendung der Wertkategorien ergeben. Was die Planung anbetrifft, so formulierte Lenin: »[...] dass die Neue Ökonomische Politik den einheitlichen staatlichen Wirtschaftsplan *nicht ändert* und seinen Rahmen *nicht überschreitet*, sondern die *Art und Weise* ändert, wie seine Verwirklichung in Angriff genommen wird.«⁴⁶

Das Hauptanliegen der Neuen Ökonomischen Politik bestand in der Ankurbelung der Produktion der kleinen Warenproduzenten, in der Belebung des Handels und des Marktes. Den Kleinproduzenten wurde gestattet, ihre überschüssigen Produkte frei auf dem Markt zu verkaufen. Es ging darum, das Land aus der wirtschaftlichen Notlage zu führen, und es mit den notwendigsten Gütern zu versorgen. Durch die Neue Ökonomische Politik begann die einfache Warenproduktion aufzublühen; es erfolgte ein Aufschwung der privaten Landwirtschaft und Kleinindustrie. Die verstaatlichte Industrie hielt allerdings mit dem Aufschwung nicht Schritt. Die Marktkräfte hatten auf sie so gut wie

44 W.I. Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus. In: Werke. Berlin. Bd. 33. S. 94.

45 W.I. Lenin: An das Volkskommissariat für Finanzen. In: Werke. Berlin. Bd. 35. S. 524.

46 W.I. Lenin: An G. M. Krshishanowski. In: Werke. Berlin. Bd. 35. S. 510.

keinen Einfluss. Die staatseigenen Betriebe produzierten teurer als die Unternehmen der Privatwirtschaft.

Die durch die Neue Ökonomische Politik bewirkte Entfaltung der Warenproduktion, die Belebung des Marktes führten vorrangig zur Förderung der privaten Unternehmen. Die der Warenproduktion innewohnenden Gesetze wirkten in eine Richtung, die den kapitalistischen Wirtschaftssektor stärkten. »Das Paradoxe war also, dass sich der neu eingeschlagene Weg gerade da als erfolgreich erwies, wo er sich von den vermeintlich gesicherten ›marxistischen‹ Erkenntnissen abwandte, was aber – angesichts der eigentlich für richtig erachteten Perspektive einer zentralisierten Ökonomie ohne Privatkapital und ohne Marktverhältnisse – eigentlich nicht sein durfte.«⁴⁷ Mit der Ausweitung der Warenproduktion nahm die wirtschaftliche Entwicklung des privaten Sektors in Sowjetrußland einen Verlauf, der den Gesetzmäßigkeiten entsprach, die Marx bei seiner Analyse der Warenproduktion und des Werts entdeckt hatte.

Bei der Konzipierung der Neuen Ökonomischen Politik war sich Lenin darüber im Klaren, dass es sich um einen wirtschaftlichen Kurs handelt, der auf einen langen Zeitraum berechnet ist. Nachdem es nun darum ging, eine Wirtschaft aufzubauen, die dem Grundanliegen der Sowjetmacht entspricht, erwies es sich als außerordentlich nachteilig, dass die sozialistische Revolution in einem Land stattgefunden hatte, das ökonomisch äußerst rückständig und in dem der Kapitalismus noch nicht ausreichend entwickelt war. Die Neue Ökonomische Politik zielte darauf ab, die ungenügende Entwicklung des Kapitalismus unter der Kontrolle der Sowjetmacht nachzuholen und dies auch mit Mitteln zu bewerkstelligen, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eigen sind. Wenn die Neue Ökonomische Politik vorsah, den Markt zu beleben, Handel zu treiben, Konkurrenz zwischen den Betrieben zuzulassen, dann war damit in erster Linie beabsichtigt, den kapitalistischen Wirtschaftssektor zu entwickeln und zu stärken. Mehrfach hat Lenin darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus, speziell der Staatskapitalismus ökonomisch unvergleichlich höher steht als »unsere jetzige Wirtschaftsweise«.

Ende der 20er Jahre wurde der von Lenin eingeführte Kurs der Neuen Ökonomischen Politik, der im großen und ganzen erfolgreich verlief, abgebrochen. Das neue Wirtschaftskonzept, das den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft vorsah und unter der Führung Stalins ausgear-

47 Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. S. 157.

beitet und verwirklicht wurde, setzte auf die Liquidierung der kapitalistischen, mittelständigen und kleinen Unternehmen und forcierte die Industrialisierung sowie den zwangsweisen Zusammenschluss der Bauern in Kollektivwirtschaften. Die aus dem Privatsektor entstandenen Marktkräfte wurden zum Erliegen gebracht. Die Ware-Geld-Beziehungen waren faktisch ausgeschaltet. Dafür wurden fast alle ökonomischen Leitungs- und Verwaltungsfunktionen in den Händen des Staats konzentriert. Von nun an wurde ein Wirtschaftsmodell verwirklicht, in dem es zwar formal Warenproduktion, Markt und Ware-Geld-Beziehungen gab, die aber faktisch inhaltslos, ohne stimulierende Wirkung und Steuerungsimpulse waren. Das die Neue Ökonomische Politik ablösende Modell des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft wurde so dargestellt, als ob es den Marxschen Vorstellungen entspräche.

Wie bereits nachgewiesen wurde, verband Marx Warenproduktion, Wert und Markt mit der Existenz von Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Produzenten. Fehlen diese, so fehlt der Boden, auf dem sich echte Warenproduktion und die ihr eigenen Institutionen entfalten können. Es hatte lediglich den Anschein, dass das neue stalinsche Wirtschaftsmodell mit Marx' Auffassung von der Gestaltung einer auf Gemeineigentum beruhenden Wirtschaft übereinstimmt. In Wirklichkeit nahm der Weg, den die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder beschritten haben, einen ganz anderen Verlauf als ihn Marx sich vorstellte.

Sollten bei der Errichtung einer künftigen sozialistischen Wirtschaft die Marktbeziehungen unverzichtbar sein, dann ergibt sich aus Marx' Theorie der Warenproduktion und des Werts zumindest die logische Konsequenz, dass neben den Vorteilen der Marktwirtschaft auch ihre negativen Folgen existieren werden. Das heißt, es wird ebenso Konkurrenz, Verdrängungswettbewerb, Streben nach hohen Profiten geben, wie Bankrott der Betriebe, Arbeitslosigkeit und soziale Gegensätze. Es ist dann Aufgabe des Staates und der gewählten demokratischen Organe, Rahmenbedingungen zu setzen, die das Ausufernde negativer sozialer Erscheinungen in Grenzen halten. Vielleicht war es Anliegen Lenins, mit dem Kurs der Neuen Ökonomischen Politik einen solchen Weg zu beschreiten.

Die Neue Ökonomische Politik in Sowjetrußland – ein Versuch, die Marktwirtschaft zu etablieren?

Siegfried Liebing

Die Fragen, ob und wie im Sozialismus Waren produziert und reproduziert werden und welche Rolle hierbei den Marktmechanismen und -kategorien zukommt, gehören zu den umstrittensten theoretischen Erörterungen vom Beginn der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein.

Nicht wenige Theoretiker, u. a. Robert Kurz, halten Sozialismus und Warenwirtschaft für unvereinbar. Im Versuch, die sozialistische Warenwirtschaft zu gestalten, sehen sie eine der ökonomischen Ursachen für das Scheitern des sowjetischen Sozialismusmodells. Andere wiederum sehen diese Ursachen in der nur unvollkommenen Realisierung der Warenwirtschaft, in der Missachtung vieler ihrer Erfordernisse. Feststehen dürfte jedoch, dass es bisher nicht gelang, ein optimales Verhältnis von Plan- und Warenwirtschaft im Sozialismus herbeizuführen. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass die Entwicklung der Volksrepublik China diese Frage durchaus noch offen hält.

Bekanntlich wurde die theoretische Einsicht in die Notwendigkeit von Warenproduktion und damit in die Rolle der Ware-Geld-Beziehungen, einschließlich die des Marktes, mit der Herausarbeitung der Neuen Ökonomischen Politik in Sowjetrußland in den Jahren 1921/22 gewonnen.

Zu den historischen Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)

Mit der Begründung der NÖP wurde im theoretischen wie praktischen Sinne Neuland beschritten, denn gesellschaftliche Erfahrungen, die eine solche Politik stützen könnten, lagen nicht vor. Lenin unterstrich mehrmals, dass mit der Oktoberrevolution jener Zeitpunkt eingetreten sei, in dem erstmals die Theorie in die Praxis umgesetzt wird, durch die Praxis

erprobt, korrigiert, weiterentwickelt wird.¹ Daher komme nunmehr alles auf die Praxis an, je reichhaltiger sich diese gestaltet, umso tiefergründiger werden die theoretischen Verallgemeinerungen sein.

In seiner Rede auf dem I. Kongress der Volkswirtschaftsräte betonte Lenin, dass der Marxismus mit wissenschaftlicher Genauigkeit die Unvermeidlichkeit der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise nachgewiesen habe, die Notwendigkeit der Beseitigung des Privateigentums, der Expropriation der Ausbeuter. Aber um die Umgestaltung selbst zu vollziehen, um die geeigneten Formen aufzufinden, das richtige Tempo zu bestimmen, dazu bedürfe es der kollektiven Erfahrung von Millionen Werktätigen, die das Werk des sozialistischen Aufbaus vollbringen. Nur diese Praxis könne Aufschluss geben über die besten Methoden und Mittel zur Errichtung der ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft.²

Diese Erörterungen machen darauf aufmerksam, dass der theoretischen Voraussicht Grenzen gesetzt sind. Vereinfachend könnte man folgern, nicht so sehr die Konstruktion neuer Gesellschaftszustände in den Köpfen kluger Leute als vielmehr das Tätigsein von Millionen Menschen bildet den Quell neuer Erkenntnisse. Daher bedarf es der theoretischen Analyse jener gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte, die unter den jeweiligen Umständen zur Lösung drängen. Ganz in diesem Sinne gab die neue ökonomische Politik Antworten auf herangereifte Entwicklungsprobleme.

So ist vorerst hervorzuheben: Die Warenproduktion erzwang ihre Reflexion im ökonomischen Denken und nicht umgekehrt.

Zur Zeit des VIII. Sowjetkongress (Ende Dezember 1920) befand sich Sowjetrussland in einer außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Situation. So erreichte die industrielle Produktion gegenüber dem Jahr 1913 nur noch einen Stand von 13,8 Prozent und der Anteil Russlands an der industriellen Produktion der Welt sank von 5 Prozent (1913) auf unter ein Prozent (1920). Der achte Sowjetkongress verkündete den Übergang vom Primat der militärischen zu den wirtschaftlichen Aufgaben.³ Nach Lenins Ansicht wird sich die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben weitaus schwieriger gestalten, denn die Umgestaltung der ökonomischen Existenzgrundlagen von Millionen

1 Vgl. W. I. Lenin: Wie soll man den Wettbewerb organisieren? In: Werke. Berlin. Bd. 26. S. 411ff.

2 Vgl. W. I. Lenin: Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongress der Volkswirtschaftsräte. In: Werke. Berlin. Bd. 27. S. 406f.

3 Vgl. Geschichte der KPdSU. Berlin 1971. S. 373f.

und aber Millionen Menschen erfordere ein hohes Maß an Geduld, Ausdauer und Beharrlichkeit.⁴

Nachdem sich im Frühjahr 1920 der Sieg an der militärischen Front abzeichnete, wurde der Übergang von der Politik des Kriegskommunismus zur NÖP zu einer erstrangigen Existenzfrage der jungen Sowjetmacht. Bauernunruhen und Protestaktionen in Städten zwangen zu einer »schroffen Wende« in der ökonomischen Politik.⁵

In der Periode des Kriegskommunismus, so betonte Lenin »[...] begingen wir den Fehler, dass wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen. Wir waren der Meinung, dass uns die Bauern aufgrund der Ablieferungspflicht die notwendige Menge Getreide liefern und wir es auf die Fabriken und Werke verteilen und damit eine kommunistische Produktion und Verteilung haben werden.«⁶ So war gedacht, mit Hilfe eines umspannenden Netzes von Erzeuger- und Verbrauchercommunen naturalwirtschaftliche Beziehungen herzustellen.

Mit dem Übergang zur NÖP bedurfte es daher der Korrektur solcher vereinfachenden und fehlerhaften Vorstellungen, »[...] dass ein unmittelbarer Übergang von der alten russischen Ökonomik zur staatlichen Produktion und Verteilung auf kommunistischer Grundlage erfolgen werde«⁷. Diese Korrektur bedeutete zugleich auch eine Rückbesinnung auf jenes Programm der Errichtung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus, das im Frühjahr 1918 erarbeitet und in den Dokumenten zu den nächsten Aufgaben der Sowjetmacht veröffentlicht wurde. Lenin unterstrich damit, dass die hier gewonnenen Erkenntnisse durch die neue ökonomische Politik reaktiviert werden. Er schrieb hierzu unter anderem: »In unserer theoretischen Literatur wurde seit 1918 [...] mit Bestimmtheit hervorgehoben, dass ein langwieriger und komplizierter Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft [...] notwendig ist, um auch nur zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft zu gelangen.«⁸ Allerdings habe man sich zu dieser Zeit überhaupt nicht die Frage gestellt: »[...] in welchem Verhältnis unsere Wirtschaft zum Markt, zum Handel stehen werde.«⁹

4 Vgl. W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare. In: Werke. Berlin. Bd. 31. S. 497.

5 Vgl. W. I. Lenin: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. In: Werke. Berlin. Bd. 33. S. 41.

6 Ebenda. S. 42.

7 Ebenda. S. 41.

8 Ebenda. S. 43.

9 W. I. Lenin: Über die Neue ökonomische Politik. In: Werke. Berlin. Bd. 33. S. 69.

Mit dem Übergang zur NÖP galt es somit Antworten auf diese Fragen zu finden und das im marxistischen Denken verfestigte Dogma der Unvereinbarkeit von Sozialismus und Warenproduktion zu überwinden. Dies erwies sich als ein Schlüsselproblem für die weitere Entwicklung der Theorie des sozialistischen Aufbaus, das in diesem Sinne auch die Vision einer sozialistischen Marktwirtschaft stützt.

Die Herausbildung der theoretischen Erkenntnisse zur Rolle der Warenproduktion im Sozialismus mit der Einführung der NÖP

Die NÖP wurde mit dem Übergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer eingeleitet. Nach der Entrichtung der Naturalsteuer verblieb den Bauern ein Teil ihres Mehrprodukts zur freien Verfügung zum Austausch gegen industrielle Erzeugnisse. Dem Staat gab die Naturalsteuer die Möglichkeit, einen Lebensmittelfonds zur Gewährleistung von industrieller Arbeit zu bilden.

Auf diese Weise entstanden Ansätze von neuen ökonomischen Bindungen zwischen Landwirtschaft und Industrie und damit eines Übergangs von administrativen zu ökonomischen Regelungen unter den Verhältnissen einer völlig zerrütteten Wirtschaft und der überlieferten ökonomisch-kulturellen Rückständigkeit des Landes.

Im März 1921 stellte sich Lenin der Frage, wie sich in diesem Rahmen ein gesellschaftlicher Austausch zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen vollziehen wird. Er sprach hier noch immer von einem »geregeltten sozialistischen Produktaustausch«¹⁰.

Im Mai 1921 erörterte er diese Problematik unter theoretischem Aspekt. Er sprach jetzt vom Warenaustausch und bemerkte: »[...] dazu gehört auch der Produktaustausch, denn das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware im Sinne der politischen Ökonomie, jedenfalls nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf Ware zu sein [...].«¹¹ Folgt man diesen noch sehr unbestimmten Erörterungen, so liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das sozialistische Erzeugnis seinem ökonomischen Wesen nach Produkt ist, aber eine Warenhülle annehmen muss, um austauschbar zu sein. Eine solche Auffassung spielte in den späteren Auseinandersetzungen unter sowjetischen Ökonomen

10 Vgl. W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer. In: Werke. Berlin. Bd. 32. S. 355.

11 W. I. Lenin: Direktive des Rates für Arbeit und Verteidigung. In: Werke. Berlin. Bd. 32. S. 401.

eine bedeutende Rolle und sie wurde nicht zuletzt von Stalin, bezogen auf die Produktionsmittel, vertreten.¹²

Im Mai 1921 hatte sich die Vorstellung gefestigt, dass Warenproduktion in dem Maße unerlässlich ist, wie in der Mehrsektorenwirtschaft nichtsozialistische Produktionsweisen (einfache Warenproduktion, handwerkliche Produktion und kapitalistische Produktion) fortbestehen.

Im Oktober 1921 stellte Lenin rückblickend fest: »Es wurde vorausgesetzt, dass im ganzem Staat die Industrieerzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen Produkte mehr oder minder sozialistisch ausgetauscht werden und dass durch diesen Austausch die Großindustrie als einzige Grundlage der sozialistischen Organisation wiederaufgebaut wird. [...] Es stellte sich heraus, dass der Warenaustausch gescheitert, in diesem Sinne gescheitert ist, dass er in Kauf und Verkauf einmündete.«¹³ Deshalb die Schlussfolgerung: »Man muss sich dem Handel anpassen, sonst wird die Flutwelle des Kaufs und Verkaufs, des Geldumlaufs über uns zusammen schlagen.«¹⁴ Der Staat müsse zum Großkaufmann werden und lernen, Handel zu treiben.

Auf diese Weise verfestigte sich die Einsicht, dass wesentliche ökonomische Beziehungen beim sozialistischen Aufbau Ware-Geld-Beziehungen sein werden. Von erstrangiger Bedeutung war die Orientierung auf kommerzielle Grundsätze der Wirtschaftsleitung, besonders auf die Rolle des Gewinns. Dem noch niederen Entwicklungsstand der sozialistischen Produktionsweise entsprechend wurde die ökonomische Stellung der sozialistischen Betriebe als »selbstständige wirtschaftliche Einheiten« definiert, die in diesem Rahmen Waren produzieren und austauschen und nach kaufmännischen Kalkulationen arbeiten.¹⁵ Rentabilitäts- und Leistungsprinzip gewinnen somit eine reale ökonomische Funktion.

Nunmehr erscheinen die Ware-Geld-Beziehungen als ein Erfordernis der sozialistischen Produktion selbst. Nach Lenin ist das Wesentliche der NÖP in zweierlei zu sehen: einerseits in der Zulassung des freien Handels und des Kapitalismus, die der staatlichen Regelung unterstehen, und andererseits in der Überführung der staatlichen Betriebe auf die

12 Vgl. J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1952.

13 W. I. Lenin: Über die Neue Ökonomische Politik. Werke. Berlin. Bd. 33. S. 76f.

14 Ebenda. S. 77.

15 Vgl. W. I. Lenin: Schlusswort auf der VII. Moskauer Gouvernements-Partei-Konferenz. In: Werke. Berlin. Bd. 33. S. 87.

wirtschaftliche Rechnungsführung, die jeden Betrieb veranlasst, ohne Verlust, mit Gewinn zu arbeiten.¹⁶

Diese »schroffe Wende« zur NÖP geriet in Konflikt mit einigen traditionell-kommunistischen Vorstellungen und den noch äußerst lebendigen Erfahrungen der erbitterten Klassenkämpfe des Bürgerkrieges. Die Wiederezulassung des Kapitalismus in Form eines staatskapitalistischen Sektors der Wirtschaft verfolgte das Ziel, mit Hilfe dieser Ressourcen einen schnelleren Aufschwung der Produktivkräfte zu ermöglichen.

Die sozialistische Vergesellschaftung wurde von Lenin als ein langwieriger Prozess betrachtet, der sich keineswegs in einer bloßen Verstaatlichung der Betriebe erschöpft, sondern der vielmehr die allmähliche Herausbildung objektiver Daseinsweisen sozialistischer Eigentumsverhältnisse und der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse beinhaltet.¹⁷ Aus dieser Sicht war die NÖP langfristig konzipiert und sie hatte sich noch lange nicht erschöpft, als ihre Aufhebung unter Stalins Leitung bereits in der zweiten Hälfte der 20er Jahre eingeleitet wurde.

Den endgültigen Bruch mit dieser Wirtschaftspolitik vollzog Stalin 1929, dem sogenannten »Jahr des großen Umschwungs«¹⁸. Über den nüchternen ökonomischen Sachverstand siegte die pseudorevolutionäre Unduldsamkeit, die ehrgeizige Beschleunigung des Entwicklungstempos. An die Stelle der geduldigen Überzeugung der Menschen anhand ihrer neuen Lebensweisen und Lebenserfahrungen trat zunehmend jene zentralistische Administration, die letztlich zu einer Deformierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse führte.

Aus geschichtlicher Sicht dürfte jedoch unverkennbar sein, dass die NÖP in den nur wenigen Jahren ihrer Existenz von einer völlig zerrütteten Wirtschaft zu einem erstaunlichen ökonomischen Aufschwung führte, einen Aufschwung, der den Weg zur sozialistischen Industrialisierung anbahnte. In diesem Sinne bewährte sich die NÖP praktisch trotz ihres frühzeitigen Abbruchs.

16 Vgl. W. I. Lenin: Über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik. In: Werke. Berlin. Bd. 33. S. 171.

17 Vgl. ebenda.

18 Vgl. J. W. Stalin: Das Jahr des großen Umschwungs. In: Fragen des Leninismus. Berlin 1951. S. 321f.

Die NÖP und die Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten Europas hat die Theorie des Sozialismus in eine tiefe Krise geführt. Entsprechend den veränderten Umständen bedürfen viele theoretische Fragen des Sozialismus einer neuen Antwort. Es wäre allerdings kurzfristig, geschichtliche Lehren zu unterschätzen, auch wenn vorausgesetzt wird, dass künftige Entwicklungen nicht wieder in gewesenen Formen verlaufen werden.

Nicht wenige Theoretiker des demokratischen Sozialismus fühlen sich heute der Theorie der Marktwirtschaft verpflichtet, die ursächlich dem Neoliberalismus entlehnt ist. Allerdings scheint ein bloßer Streit um Begriffe wenig sinnvoll. Wichtiger ist die Verständigung über die Inhalte und in diesem Sinne gibt die NÖP Sowjetrusslands durchaus Anregungen für die inhaltliche Ausgestaltung der Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft. Drei Aspekte sollen diesbezüglich hervorgehoben werden.

Erstens. Indem die NÖP Sowjetrusslands das im marxistischen Denken vorherrschende Dogma einer Unvereinbarkeit von Sozialismus und Warenproduktion überwand, leitete sie eine recht umfangreiche theoretische Auseinandersetzung über das Verhältnis von Sozialismus und Warenproduktion ein, die auch aus heutiger Sicht wertvolle Erkenntnisse vermittelt.

Die konträren Standpunkte, die bereits bei der Begründung der NÖP sichtbar wurden, lassen sich wie folgt verallgemeinern.

Einerseits aus der Sicht jener Ökonomen, die die Warenproduktion als einen Fremdkörper der Ökonomie des Sozialismus betrachteten, als Rudimente des Kapitalismus, würde jeder sozialistische Fortschritt mit dem Abbau der Warenproduktion, der Einschränkung der Ware-Geld-Beziehungen verbunden sein. Einen solchen Standpunkt vertrat auch Stalin mit seiner These vom »Nichtwarencharakter« der Produktionsmittel, einer These, die dem Subjektivismus und der Willkür vor allem auf dem Gebiet der Investitionspolitik, also dem Kern der Wirtschaftsplanung, Vorschub leistete. Andererseits vertraten sowjetische Ökonomen wie Wosnessenski, Ostrowitjanow, Paschkow u. a. gegensätzliche Auffassungen. Sie werteten die historische Rolle der Warenproduktion im Sozialismus positiv und vertraten die These von einer »Warenproduktion historisch besonderen Art«, einer planmäßigen, von kapitalistischer Ausbeutung freien Warenproduktion.¹⁹

19 Vgl. Redaktioneller Artikel der Zeitschrift: »Unter dem Banner des Marxismus.«

Zweitens. Selbst unter rein theoretischem Aspekt kann aufgrund einer über Jahrhunderte währenden vorkapitalistischen Warenproduktion geschlussfolgert werden, dass es auch eine längere Zeitspanne nachkapitalistischer Warenproduktion geben wird, in welcher sich durch eine Demokratisierung der Wirtschaft sozialistische Verhältnisse anbahnen könnten. Es ist denkbar, dass sich auf eine solche Art und Weise und im internationalen Rahmen der Weg zu einer sozialistischen Marktwirtschaft ebnen lässt, die von der Dominanz der Kapitalverhältnisse befreit ist. Wertvolle Anregungen zu möglichen Formen einer auf den sozialen Fortschritt gerichteten Demokratisierung der Wirtschaft gibt unter anderem Lenins Schrift: »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll«, die er im September 1917 – noch vor der Umorientierung auf die sozialistische Revolution – anfertigte.²⁰

Unter diesem Aspekt demokratischer Wirtschaftsreformen ist es durchaus von Interesse, dass Wirtschaftstheoretiker bereits am Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts die neoliberale Sicht »Marktwirtschaft oder Planwirtschaft« korrigierten durch eine Sicht der Konvergenz von Markt und Planwirtschaft. Einer Sicht, die wirklichkeitsnäher sei, denn sowohl in der Marktwirtschaft erfolge eine Wirtschaftsplanung, wie in der Planwirtschaft ein Markt existiere. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Ökonomik verloren derartige Erörterungen vorerst ihren Sinn. Dennoch sollten sie im Verlauf der weiteren Arbeit an einer Konzeption der sozialistischen Marktwirtschaft Beachtung finden.

Drittens. Die NÖP Sowjetrußlands wurde konzipiert als ökonomische Politik eines noch niederen Stadiums sozialistischer Entwicklung, einer Entwicklung aus kapitalistischen Verhältnissen heraus, vorerst auf Grundlage einer Mehrsektorenwirtschaft, in welcher das Primat des sozialistischen Sektors angestrebt und allmählich verwirklicht wurde. Im Mittelpunkt der NÖP stand daher die Frage nach der Ausgestaltung dieses Entwicklungsprozesses zum Sozialismus und nicht eine theoretische Vorwegnahme des Sozialismus als eines ganzheitlichen Gesellschaftszustandes.

Unter den heutigen Bedingungen einer sozialistischen Neuorientierung scheint es erst recht wenig angebracht, ein theoretisches System

Dokumente der 3. Allunionskonferenz der Lehrstuhlleiter für Gesellschaftswissenschaften. August 1944 [sic!]. Übersetzt in: »Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus.« Berlin 1975.

20 Vgl. W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke. Berlin. Bd. 25. S. 336 ff.

einer künftigen sozialistischen Gesellschaft vorzufertigen. Vielmehr sollte, Friedrich Engels' Rat folgend, der Sozialismus als historische Bewegung aufgefasst werden, die zur Aufhebung der jetzigen Zustände führt. Das aber erfordert vor allem die wissenschaftliche Analyse jener Widersprüche und Konflikte der heutigen Gesellschaft, die zu ihrer Aufhebung drängen und zugleich die Keime einer künftigen Gesellschaft in sich bergen.

In diesem Sinne lassen sich historische Bezüge der NÖP Sowjetrusslands zu heutigen Konzeptionen über eine sozialistische Marktwirtschaft herstellen. Allerdings herrschte in der Vergangenheit die Auffassung vor, dass die Art und Weise der Produktion von Waren auch deren Realisierungsweisen, einschließlich der Rolle des Marktes, bedingt. Wenn die Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft jedoch die Dominanz des Marktes in der Wirtschaft unterstellt: ein Marktsozialismus in diesem Sinne wurde durch die NÖP nicht angestrebt.

Sozialismus und Warenproduktion bei Behrens und Benary; ihre Verurteilung als Revisionisten sowie ihre Rehabilitierung durch die PDS

Hans-Georg Draheim

Die Frage, ob Sozialismus und Warenproduktion (Markt) miteinander vereinbar seien, wird innerhalb der politischen Linken nach wie vor kontrovers diskutiert. Sie spaltet zugleich die marxistische Linke in Befürworter und Gegner der These, dass Sozialismus ohne Warenproduktion theoretisch wie praktisch nicht denkbar sei. Die Befürworter dieser Auffassung, wozu vor allem Fritz Behrens und Arne Benary gehörten, berufen sich auf Marx, indem sie dessen Aussagen, dass Sozialismus und Warenproduktion nicht miteinander vereinbar seien, auf die spezifisch kapitalistische Form der Warenproduktion beziehen bzw. davon ausgehen, dass Marx und Engels bei ihrer wissenschaftlichen Analyse wesentlich diese im Auge hatten¹. Die Gegner dieser Auffassung hingegen berufen sich auf Marx, indem sie die betreffenden Aussagen von Marx grundsätzlich auf alle Formen und damit auf die Warenproduktion schlechthin beziehen².

Die bisherige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hat gezeigt, dass eine moderne und effiziente gesellschaftliche Produktionsweise ohne die Nutzung bestimmter Formen des Marktmechanismus auf Dauer nicht existenzfähig ist. Das Scheitern des sowjetischen Modells einer staatssozialistischen Gesellschaftsform hat dies nachhaltig unterstrichen. Die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in China wird zeigen, ob es möglich ist, die Entwicklung vom Staatssozialismus zu einem demokratischen Sozialismus hin erfolgreich zu vollziehen. Dann wäre die Durchsetzung sozialistischer Politik auf demokratischem Wege freilich auch eine über den heutigen Kapitalismus hinausweisende Perspektive.

In diesem Kontext ist wohl kaum zu bestreiten, dass die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary für die politi-

1 Siehe Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz – Kritische und selbstkritische Betrachtung zur Werttheorie im Sozialismus*. Berlin 1961. S. 2f.

2 Siehe u. a. den Beitrag von Horst Richter im vorliegenden Protokollband.

sche Linke – nicht nur in Deutschland – nach wie vor bedeutsam wie aktuell sind. Als marxistische Denker haben sie zum Staatssozialismus wie zum Kapitalismus eine demokratische Alternative gezeigt. Das unterscheidet sie von allen anderen Wirtschaftsreformern der ehemaligen DDR.

Es war im Jahre 1957, auf dem Höhepunkt einer öffentlichen Kampagne, als zwei Arbeiten dieser Ökonomen unter dem Deckmantel der Wissenschaft politisch verurteilt und als revisionistisch von der SED-Führung abgelehnt wurden. Im einem Sonderheft der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« sind diese beiden Arbeiten abgedruckt und zusammen mit der offiziellen Kritik durch Beiträge von Karl Kampfert, Hermann Scheler, Helmut Richter und Herbert Luck publiziert worden.³ Die Veröffentlichung des gemeinsamen Buches von Behrens und Benary »Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode« wurde zuvor verboten.

In dieser Zeit verloren Behrens und Benary auch ihren Lehrauftrag an der Karl-Marx-Universität Leipzig. In den akademischen Kreisen an den Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten der DDR, und nicht nur hier, gehörte es damals zum guten Ton, dass die von Behrens und Benary vertretenen ökonomischen Auffassungen öffentlich abgelehnt wurden.

Im Unterschied zu den anderen Reformern der damaligen Zeit sind Behrens und Benary zum Kernproblem der staatssozialistischen Wirtschaftsweise vorgedrungen, haben diese wissenschaftlich analysiert und Wege zur Veränderung gezeigt. Der magische Punkt war die administrative Führung der Wirtschaft durch den Staat und die Partei, die dadurch selbst zum Hemmschuh der Entwicklung geworden waren.

Behrens und Benary erkannten dieses Problem und schlugen vor, die Selbständigkeit der Betriebe, die stärkere Motivation des Einzelnen und die ökonomische Lenkung ihrer Handlungen zum Springpunkt einer effizienteren sozialistischen Wirtschaftsweise zu machen. Dabei stellten sie die Bedeutung des Staates und der Partei bei der Leitung der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht grundsätzlich in Frage. Sie hatten lediglich eine andere Vorstellung von ihrer praktischen Umsetzung und befürworteten den Übergang von der administrativen zur ökonomischen Führung der Wirtschaft. Ihre konkreten Vorstellungen hierzu sollen an Hand von zwei Beispielen verdeutlicht werden.

3 Siehe: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode. Wirtschaftswissenschaft. 3. Sonderheft. Verlag Die Wirtschaft Berlin 1957.

Erstens war es das im Prinzip noch ungelöste Triebkraftproblem des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bzw. das Innovationsproblem im Sozialismus. Vor allem Benary hat sich mit dieser Frage wissenschaftlich beschäftigt und intensiv an ihrer Lösung gearbeitet. Mit der Beseitigung der Herrschaft des privaten, kapitalistischen Eigentums, so stellte Benary fest, entstehe das zweifache Problem, worin unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums der Motor des technisch-ökonomischen Fortschritts und der Regulator der Produktion bestehe.⁴ Er war der Auffassung, dass unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums die »schöpferische Aktivität und Initiative« des Einzelnen objektiv zur »ausschlaggebenden Triebkraft des technisch-ökonomischen Fortschritts« werde. Praktisch ging es um die Erhöhung des individuellen Beitrags zum sowie des Anteils am gesellschaftlichen Produkt durch den technisch-ökonomischen Fortschritt. Die so verstandene schöpferische Aktivität und Initiative des Einzelnen sowie die planmäßige, bewusste Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses seien somit die zwei entscheidenden Faktoren der »Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktionsweise«⁵.

Aber die Praxis zeigte, dass es nicht gelungen war, beide Faktoren der Überlegenheit der neuen Produktionsweise voll auszunutzen. Im Rückstand der Wachstumsraten der Produktion und Arbeitsproduktivität gegenüber den Ziffern des ersten Fünfjahrplans sah er hierfür ernste Symptome. Sie seien aber ursächlich nicht daraus zu erklären, dass etwa die Einsatzbereitschaft der Werktätigen zurückgegangen sei oder dass lediglich unrealen Pläne aufgestellt worden wären, meinte er. Dass die Zusammenhänge viel komplizierter waren, wies er an Hand des starken Absinkens der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger überdurchschnittlicher Normerfüllung in den ersten Quartalen eines jeden Jahres nach. Im falschen Rhythmus des Produktionsverlaufes erkannte er die signifikante Verletzung des Gesetzes der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität.⁶

Dieser objektiv unbegründete »zyklische Verlauf« des Produktionsprozesses zeige, dass es in Wirklichkeit nicht um diese oder jene Unzulänglichkeit der Produktionsorganisation geht, sondern um das Effizienzproblem planmäßiger Wirtschaftsführung überhaupt.⁷ Benary

4 Siehe Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft. 3. Sonderheft. S. 65.

5 Ebenda. S. 67 und 70.

6 Vgl. ebenda. S. 71.

7 Vgl. ebenda.

war deshalb bestrebt, dem Widerspruch zunächst theoretisch auf die Spur zu kommen. Indem er Lenins Auffassung zum Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit aufgriff, fand er den Schlüssel zur Beantwortung diese Frage.

Das Problem bestehe darin, so Benary, dass zwischen gesamtgesellschaftlicher Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses und schöpferischer Initiative des Einzelnen keine logische, sondern eine dialektische Einheit bestehe. Und er sagt weiter: wie jede dialektische Einheit schließe auch sie den Widerspruch, den Gegensatz in sich ein. Sie ist eine widerspruchsvolle Einheit, eine Einheit von Gegensätzen, die unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums jedoch ihren antagonistischen Charakter verliere.⁸ Planmäßige Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses heiße nichts anderes als Leitung durch bewusste Ausnutzung der ökonomischen Gesetze. Die schöpferische Aktivität und Initiative des Einzelnen schließe – wie jede Massenbewegung – das Element der Spontaneität ein. Eben weil in der Spontaneität die Priorität des Seins vor dem Bewusstsein zum Ausdruck komme, sei die Leugnung der Spontaneität in ihrer gegensätzlichen Einheit mit der Bewusstheit undialektisch und unmaterialistisch zugleich.⁹

Das werfe für die sozialistische Ökonomik eine wichtige Frage auf, nämlich die nach dem Kernproblem sozialistischer Leitung und Planung. Sozialistische Gesetze bewusst ausnutzen heiße zunächst, so Benary, Handlungsweisen von Menschen auszunutzen. Wir wüssten aber, meint Benary weiter, dass dieses Handeln zunächst spontan ist, jedenfalls aber das Element der Spontaneität enthält. »Planmäßige Wirtschaftsführung heißt folglich nicht ›Unterdrückung‹ der Spontaneität – ihre illusorische – Leugnung, sondern im Gegenteil *bewusste Lenkung* der Spontaneität.«¹⁰ Die Lenkung der Spontaneität werde durch die Herstellung solcher objektiver Bedingungen möglich, durch die das spontane Handeln berechenbar werde und notwendig in die bewusst gewollte, geplante Richtung führe. Hierfür gebe es genügend Beispiele. Wenn man die Preisrelationen zwischen den Konsumgütern festsetze, lenke man bewusst das spontane Verhalten der Konsumenten in bezug auf die Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern; durch die Differenzierung der Löhne nach Schwerpunkten werden die Arbeitskräfte volkswirtschaftlich gelenkt usw.

8 Vgl. ebenda. S. 72 und 78.

9 Ebenda. S. 75.

10 Ebenda. S. 76.

Diese Spontaneität im täglichen ökonomischen Verhalten der Menschen sei offensichtlich. Wenn zum Beispiel ein Bürger im Einzelhandelsgeschäft einkaufe, so sei er sich des Gesamtzusammenhangs, der ökonomischen Bedeutung dieses Aktes nicht bewusst; er wisse nicht oder brauche nicht zu wissen, dass er Akkumulation realisiere, die Geldzirkulation beeinflusse usw. Sein Verhalten sei unmittelbar gegenstandsbezogen.

In unserer Republik, so stellte Benary fest, vollzog sich die gesellschaftliche Praxis auf der Grundlage der These von der entscheidenden Rolle des Staates und der Partei im gesamten Prozess des Aufbaus der sozialistischen Ökonomik, auf allen Ebenen, in jedem Betrieb, in jedem Kollektiv und jeder wirtschaftlichen Einheit, das heißt letztlich in jeder Einzelheit des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. So sei es unvermeidlich gewesen, stellte Benary damals fest, dass sich in den letzten Jahren ein Widerspruch zwischen den veränderten ökonomischen Bedingungen und der Aufrechterhaltung vorwiegend administrativer Methoden der Wirtschaftsführung entwickelt hätte, wodurch ein Konflikt zwischen zentraler Leitung und Planung und der schöpferischen Aktivität bzw. dem ökonomischen Handeln des Einzelnen entstanden sei. Hier liege die entscheidende Ursache für das Zurückbleiben der Fortschrittsrate der Produktion, worin die Produktivitätssteigerung, die Senkung der Selbstkosten und die Erhöhung der Akkumulation eingeschlossen seien. Hierzu zählten auch das gleichzeitige Auftreten von Kaufkraftüberhang, Überbeständen sowie Disproportionen zwischen Produktivitäts- und Lohnentwicklung. Obwohl die besonderen Bedingungen unseres Aufbaus wie Disproportionen infolge der Teilung Deutschlands sowie Boykottmaßnahmen des Westens unbestreitbar seien, lägen die wesentlichen Ursachen in den Mängeln der Wirtschaftsführung. Die potentielle Überlegenheit gegenüber der ökonomischen Triebkraft des Kapitalismus, die bedingt sei durch die Beseitigung des Antagonismus zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen, zwischen spontanem und bewusstem Handeln des Einzelnen, komme durch administrative Führungsmethoden nicht zur vollen Entfaltung. Aufgabe der sozialistischen Leitung und Planung sei es deshalb, dies durch die ökonomische Lenkung der Wirtschaft zu gewährleisten.

Zweitens beschäftigten sich Behrens und Benary theoretisch und praktisch sehr intensiv mit dem Problem der optimalen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend den Bedürfnissen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft insgesamt sowie auf einzelne Erzeugnisse und Leistungen, dem sogenannten Allokationsproblem. Dies könne, was die Proportionen im einzelnen betreffe, auf zwei Wegen

geschehen. Entweder durch administrative Methoden der Leitung und Planung, beispielsweise mittels zentraler Preisbildung und Entscheidung. Oder durch ökonomische Lenkung, beispielsweise mittels – kontrollierter – dynamischer Marktpreisbildung. Behrens vertrat die Auffassung, dass die – wenn auch begrenzte – Rolle des Wertgesetzes als Regulator in der Warenzirkulation darin bestehe, dass der Wert die Grundlage der Preisbildung sei und dass die Preise die Aufgabe hätten, die Produktion dem Bedarf der Konsumenten entsprechend zu lenken, das heißt eine bedarfsgerechte Produktion zu vermitteln, aber auch die Nachfrage den objektiven Erfordernissen der Produktion entsprechend zu beeinflussen.¹¹ Doch es sei wichtig, dabei zu beachten, dass die gesellschaftliche notwendige Arbeit und somit der Wert der einzelnen Güter doppelt bestimmt sei. Auch wenn, von der Produktion her gesehen, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in der Produktion verausgabt wurde, müsse erst durch die Realisierung der produzierten Waren bestätigt werden, dass sie gesellschaftlich notwendig sind, das heißt, dass sie dem vorhandenen Bedarf entsprechen.

Die in der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion verausgabte Arbeit müsse sich auch in der sozialistischen Planwirtschaft als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit »nachträglich« bewähren. Tue sie das nicht, dann wäre die in der Produktion vergegenständlichte Arbeit ganz oder teilweise nutzlos vertan, vergeudet worden. Wenn aber die Produktion der Konsumtionsmittel nicht bedarfsgerecht ist, dann könne natürlich auch die Produktion der Produktionsmittel nicht bedarfsgerecht sein, weil die Produktionsmittel nicht um ihrer selbst willen, sondern letztlich für die Produktion von Konsumtionsmitteln erzeugt werden.

Das entscheidende Problem sei allerdings, meint Behrens weiter, dass die produzierte Menge zwar insgesamt, global, durchaus den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen könne. Es müsse aber für jede einzelne Ware kontrolliert werden, ob sie nach Aufwand, Art und Qualität der Nachfrage entspreche. Wären zum Beispiel produzierte Güter nicht realisierbar, weil der Preis zu hoch ist oder weil Art und Qualität nicht den Wünschen der Konsumenten entsprächen, so folge daraus notwendig, dass der gesellschaftliche Charakter der in diesen Produkten vergegenständlichten Arbeit nicht anerkannt werde.¹² Diese elementaren Prozesse wiederum seien in ihrer Vielfalt, jedenfalls auf vernünftige

11 Siehe Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft. 3. Sonderheft. S 136.

12 Ebenda.

Weise, administrativ nicht beherrschbar. Auf effiziente Weise sei das nur mit Hilfe eines Preissystems möglich, das die objektiven ökonomischen Gesetze richtig widerspiegele. Die wissenschaftlichen Vorstellungen von Behrens über die Notwendigkeit und Wirkung eines solchen Preissystems lassen sich kurz wie folgt umreißen:

- a) Wenn das Wertgesetz auch nicht mehr Regulator der sozialistischen Produktion ist, so wirke es doch infolge einer – wenn auch begrenzten – regulierenden Rolle in der Warenzirkulation noch auf die Produktion ein. Über die Zirkulationssphäre habe es Einfluss auf die Struktur der Produktion der Abteilung II, der Produktion von Konsumtionsmitteln, daher auch auf die Produktion von Produktionsmitteln, insbesondere der für die Abteilung II, aber auch der für die Abteilung I selbst.
- b) Das Wertgesetz müsse vor allem bei der Preisbildung berücksichtigt werden. Die Preise der Produkte und Waren weichen in verschiedenem Ausmaß von ihren Selbstkosten ab, und zwar vor allem wegen der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität in den einzelnen Betrieben. Daher enthielten die Preise auch einen unterschiedlichen Überschuss über die Selbstkosten. Ökonomisch bestimmte Preise wirkten organisierend und mobilisierend auf die betriebliche Produktion. Dies stimuliere die Verbesserung des Sortimentes, die planmäßige Akkumulation und folglich die sparsame Verwendung von gegenständlicher und lebendiger Arbeit. Ist ein solches Preissystem allerdings nicht vorhanden, so könne die wirtschaftliche Rechnungsführung untergraben und das Prinzip der materiellen Interessiertheit an der Arbeit des Betriebes verletzt werden. Die Festsetzung unveränderlicher Preise in der üblichen Form unserer Planung könne dieser Seite der regulierenden Wirkung des Wertgesetzes nicht gerecht werden.
- c) Ein ökonomisch richtiges Preissystem müsse zum einen richtige Relationen zwischen den Preisen verschiedener Produktarten herstellen, zum anderen die planmäßige Verbesserung des Sortiments und der Qualität der Produkte gewährleisten und schließlich die Rentabilität des Betriebes und der Akkumulation der Volkswirtschaft garantieren.
- d) Die Preisbildung sollte, damit sie beiden Seiten des Wertes gerecht wird, folgende Stufen berücksichtigen:
 - die Preise der Produktionsmittel für die Abteilung I – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten und gestiegener Arbeitsproduktivität als langfristig sinkende Festpreise;

- die Preise der Produktionsmittel für die Abteilung II – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten als Mindestpreise, die von den Betrieben nach oben überschritten werden können, wenn sie zum Beispiel durch verbesserte Qualität höhere Preise erlangen könnten;
- die Preise der Konsumtionsmittel – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten als Höchstpreise, die von den Betrieben bei entsprechender Marktlage unterschritten werden könnten.

Durch eine solche Art der Preisbildung, so die Auffassung von Behrens, würde die notwendige Elastizität der Preise als Regulator der Warenzirkulation erreicht werden, ohne dass der Prozess der Preisbildung elementaren Charakter annehmen und die planmäßige Akkumulation der Volkswirtschaft gefährden würde.¹³

Soweit exemplarisch einige Thesen aus der wissenschaftlichen Arbeit von Behrens und Benary. Aus heutiger Sicht muss man fragen, warum sie dafür von der SED-Führung als Revisionisten verurteilt worden sind. Lassen wir Behrens in dieser Angelegenheit selbst zu Wort kommen, um sein Anliegen nochmals zu verdeutlichen. »Worauf«, so fragt Behrens, »läuft mein Vorschlag hinaus? Er läuft darauf hinaus, bis zur Überwindung der Knappheit bei den wichtigsten Konsumtionsmitteln innerhalb gewisser, genau abgesteckter Grenzen eine freie Preisbildung zuzulassen. Das wird dazu führen, dass die Produktion sich schneller als bisher dem sich verändernden Bedarf anpasst und ist nichts weiter als eine konsequente Ausnutzung des noch innerhalb gewisser Grenzen als Regulator in der Zirkulationssphäre wirkenden Wertgesetzes. Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, den kapitalistischen Preismechanismus wieder einzuführen. Es geht nur darum, das Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Bildung eines – ökonomisch richtigen – Preissystems auszunutzen. Nur durch innerhalb gewisser Grenzen veränderliche Preise kann die regulierende Rolle des Wertgesetzes in der Zirkulation und seine Einwirkung auf die Produktion von Konsumtionsmitteln verwirklicht werden. Ein System unbeweglicher Preise kann bestenfalls vorübergehend ein ökonomisch richtiges Preissystem sein.«¹⁴

Die offizielle Sicht der SED-Führung hierzu, die schließlich der Begründung des Revisionismus von Behrens und Benary diene, hat Karl Kampfert im bereits genannten Sonderheft der Wirtschaftswissenschaft so formuliert, dass in den Thesen von Behrens und Benary »der

13 Ebenda. S. 139.

14 Ebenda. S. 139f.

Versuch der Revision bestimmter Prinzipien des Marxismus-Leninismus im wesentlichen bei der Behandlung folgender Hauptprobleme zum Ausdruck kommt:

1. bei der Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, besonders der Staatstheorie;
2. bei der Behandlung der Rolle und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes im Sozialismus;
3. bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Spontaneität und Bewusstheit in der sozialistischen Gesellschaft bzw. in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.«¹⁵

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass im Beitrag von Karl Kampfert auch eine Stellungnahme zu den Auffassungen von Gunther Kohlmey enthalten ist, die ein zwiespältiges Urteil zeigt. So wird lobend erwähnt, dass Kohlmey die Auffassungen von Behrens und Benary ablehne. Kritisch wird hingegen vermerkt, dass seine wissenschaftlichen Arbeiten, zum Beispiel zur Geld- und Kreditpolitik den Auffassungen von Behrens und Benary sehr nahe kämen.¹⁶

Abschließend sei noch festgestellt, dass Behrens und Benary von der Partei des Demokratischen Sozialismus rehabilitiert wurden. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich in Fortführung des vierten Walter-Markov-Kolloquiums¹⁷ noch intensiver dem wissenschaftlichen Werk von Behrens und Benary widmen würde¹⁸, um es für eine überzeugende sozialistische Alternative zum heutigen Kapitalismus stärker nutzbar zu machen – und zwar unter Einbeziehung von politisch interessierten Menschen aller Altersgruppen. Ökonomie oder Ideologie als Instrumente sozialistischer Politik, das ist auch heute noch die Frage, an der sich die politische Linke zu spalten scheint.

15 Karl Kampfert: Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft. *Wirtschaftswissenschaft*. 3. Sonderheft. S. 2f.

16 Ebenda. S. 18.

17 Siehe die Beiträge in: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...« *Werk und Wirken von Fritz Behrens*. Leipzig 1999.

18 Siehe u. a. Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz – Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*. Berlin 1961. Ders.: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992.

Behrens, Benary und die NÖS-Reformer

Jörg Roesler

Um Fritz Behrens und Arne Benary machte die offizielle DDR-Geschichtsschreibung genau so einen Bogen wie um die NÖS-Reformer Wolfgang Berger oder Herbert Wolf u. a. Nach der Wende wurden die Ideen und Schicksale beider Gruppen zunächst getrennt aufgearbeitet. Von Behrens¹ erschienen aus dem Nachlass erste Stücke 1990 in »Utopie kreativ«, 1992 dann sein wichtigstes Manuskript der 70er Jahre als Buch unter dem Titel »Abschied von der sozialen Utopie«². Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen veranstaltete 1996 eine Konferenz, die dem Werk Fritz Behrens' gewidmet war. In Zusammenhang mit der Beschäftigung mit Person und Werk von Behrens fiel auch einiges Licht auf das Schaffen von Benary.

Im Unterschied zu den beiden Vorgenannten war 1990 die Mehrzahl der NÖS-Reformer noch am Leben. Sie begannen über ihr Schaffen zu schreiben und bemühten sich dabei auch um eine realistische Einschätzung der von ihnen maßgeblich mitgestalteten Reformperiode.³ Die getrennte Aufarbeitung ist in mancher Hinsicht, aus historischen wie biographischen Gründen, verständlich, aber sie ist sachlich nicht gerechtfertigt. Denn von ihrem Anliegen und ihren Ideen her haben beide Gruppen soviel gemein, dass Forschungspotential verschenkt wird, wenn man auf der getrennten Aufarbeitung des geistigen Erbes beider Gruppen beharrt.

Anliegen meines Beitrages ist es, auf diese Gemeinsamkeiten aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang werde ich erstens einige Bemerkungen zur geistigen Verwandtschaft der Auffassungen beider

1 Vgl. Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980). In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...« Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Leipzig 1999. S. 13-32.

2 Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992.

3 Stellvertretend seien hier nur zwei Beiträge genannt: Herbert Wolf: Hatte die DDR je eine Chance? Hamburg 1991 und Wolfgang Berger: Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR. In: Weißenseer Blätter 4/1992. S. 26-36.

Gruppen machen, zweitens natürlich auch auf die Unterschiede in ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen eingehen und drittens etwas zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden in ihren Biographien sagen.

1. Die Gemeinsamkeiten in den wirtschaftspolitischen Auffassungen von Behrens/Benary und den NÖS-Reformern

Die Gemeinsamkeiten beider Gruppen werden sofort sichtbar, wenn man die Veröffentlichungen von Behrens und Benary in der »Wirtschaftswissenschaft« aus dem Jahre 1957⁴ mit dem Grundsatzprogramm der DDR-Wirtschaftsreform, der 1963 veröffentlichten »Richtlinie für das NÖS«⁵ vergleicht.

Beide Gruppen waren davon überzeugt, dass im sozialistischen Wirtschaftssystem noch große Reserven schlummerten, die es durch verbesserte Wirtschaftsführung zu nutzen gelte. Beide waren sich darin einig, dass in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eine stark zentralistische, administrative Leitung durchaus ihre Berechtigung hatte. Sie müsse aber einer zweiten Phase der Wirtschaftsleitung weichen, in der die Reglementierung der betrieblichen Angelegenheiten durch den Staat aufzuhören habe. Behrens forderte den »Abbau der übermäßigen Zentralisierung«. Die NÖS-Reformer verlangten: »Alle müssen begreifen, das man die Wirtschaft nicht im Verwaltungsstil ... führen muss.«

Beide Gruppen bestanden auf der Beibehaltung der zentralen Volkswirtschaftsplanung zur Durchsetzung der Hauptentwicklungsrichtungen und -proportionen der Volkswirtschaft, meinten jedoch dass die Lenkung der Betriebe entsprechend dem Volkswirtschaftsplan indirekt, unter Anwendung ökonomischer (im Gegensatz zu administrativen) Methoden, zu erfolgen habe. Behrens sprach von einer »Entwicklung der Produktivkräfte mit ökonomischen Mitteln«, die NÖS-Reformer davon, »dass die sozialistische Wirtschaft mit ökonomischen Mitteln und Methoden zu organisieren ist«.

4 Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft 3. Sonderheft 1957. S. 105-140. Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft. 3. Sonderheft. S. 62-94.

5 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 11. Juli 1963. 1. Auflage. Berlin 1963. Dem Vergleich liegt die 4. Auflage, 1965, zugrunde.

Beide traten für eine weitgehende, jedoch relative Selbständigkeit der Betriebe in ihren ökonomischen Entscheidungen ein. »Operative Selbständigkeit« hieß das bei Benary, »wesentliche Erhöhung der Verantwortung der Werkdirektoren« in der Richtlinie. Behrens und Benary ging es bei ihren Reformvorschlägen darum, durch Abbau von Zentralismus und Administration die »wahrhaft schöpferische Aktivität« der Massen, für sie die entscheidende Grundlage des ökonomischen Fortschritts unter sozialistischen Bedingungen, zu entfalten. Die NÖS-Reformer waren davon überzeugt, dass die Reform nur »unter der tatkräftigen Mitwirkung aller werktätigen Menschen verwirklicht« werden könne. Als Grundlage dieser Mitwirkung betrachteten beide das gesellschaftliche Eigentum.

Behrens und vor allem Benary bewerteten die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der Qualität der Produkte und den »technisch-ökonomischen Fortschritt« als wirtschaftliche Zielstellungen höher als die quantitative Ausdehnung der Produktion. Die NÖS-Reformer forderten, »die Arbeitsproduktivität maximal zu steigern und den wissenschaftlich-technischen Höchststand in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft zu erreichen und mitzubestimmen.«

Ziel der verbesserten Wirtschaftsführung war es für Behrens und Benary, den »Kampf der beiden gesellschaftlichen Systeme [...] in erster Linie durch ökonomische Mittel, d. h. durch die ökonomischen Gesetze ausnutzende Wirtschaftspolitik des Staates« zu bestehen. Die NÖS-Reformer waren überzeugt, dass es mit der Wirtschaftsreform gelingen würde »im Interesse der gesamten Nation die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland auch auf ökonomischen Gebiet zu beweisen.«

Die Liste der Gemeinsamkeiten ließe sich fortsetzen. Sie unterstreicht die Eingangsthese von den großen inhaltlichen Gemeinsamkeiten in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen beider Gruppen. Doch existierten auch Unterschiede in den Auffassungen.

2. Unterschiede zwischen den Auffassungen von Behrens/Benary und den NÖS-Reformern

Beim Textvergleich ist, zumindest für den »gelernten DDR-Bürger« unschwer zu erkennen, dass sich bei Behrens und Benary eine Reihe von Begriffen finden, die in der »Richtlinie« nicht wieder auftauchen. Es handelt sich in der Regel um jene Begriffe, um die es in der sogenannten »Revisionismusdebatte«, deren Zielscheibe vor allem Behrens und

Benary, aber auch Gunther Kohlmei und Kurt Vieweg waren⁶, in erster Linie ging und die Anlass waren, die »Revisionisten« der Verbreitung »konterrevolutionärer Konzeptionen« anzuklagen: »Selbstverwaltung der Wirtschaft«, »Gruppeneigentum«, »Spontaneität« »demokratische Wirtschaft« u. a. Auch die von Behrens wiederholt vorgetragene These vom »Absterben des Staates« gehörte dazu.

Für weitere von Behrens und Benary verwendete Begriffe hatten die NÖS-Reformer in der Richtlinie andere, in erster Linie gefälligeren Worte gewählt: »Bürokratische Reglementierung« war z. B. durch »kleinliche Bevormundung« ersetzt. Trotzdem: Wenn Behrens »von einem Prozess des allmählichen Abbaus der zentralen Weisung, ihre Ersetzung durch sich auf die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze stützenden Wirtschaftspolitik« sprach, hätten diese Zeilen ebenso wie in Fritz Behrens' Artikel aus dem Jahre 1957 als auch in der »Richtlinie« von 1963 stehen können.

Um die Unterschiede in den Auffassungen von Behrens und Benary und den NÖS-Reformern deutlich zu machen, habe ich in einer Publikation⁷ – Behrens und Berger vergleichend – die Begriffe demokratische und technokratische Reformer gewählt und eingeschätzt: »Demokratisierungs-, Dezentralisierungs- und Stimulierungsmaßnahmen waren für Berger, ganz anders als für Behrens, bei dem sie im Mittelpunkt standen und Ausgangspunkt für eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität sein sollten, vor allem Mittel zu dem Zweck, den technologischen Fortschritt zu beschleunigen. Nur unter dieser Zielstellung bekannte sich Berger auch zu »einer neuen, schwer zu realisierenden Qualität von Demokratie, die Bürger trotz zunehmender Dynamik und Komplexität der Aufgaben sorgfältig zu informieren, sie zur eigenen Meinungsbildung zu befähigen und so ihr aktives und stabiles Mitwirken zu sichern.«⁸

3. Biographische Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Differenz von sechs Jahren (1957-1963) zwischen Revisionismusdebatte und Einführung des NÖS war nicht groß genug, als das zwischen »Revisionisten« und NÖS-Reformern Generationsunterschiede

6 Vgl. Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 131-135.

7 Jörg Roesler: Demokratisches und technokratisches Verständnis der DDR-Wirtschaftsreform – die Beispiele Behrens und Berger. In: Welt Trends 18/1998. 115-130.

8 Wolfgang Berger: Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR. S. 33

hätten eine Rolle spielen können. Gewiss, Behrens war Jahrgang 1909, aber von Berger trennten ihn nur 11 Jahre. Benary wiederum war acht Jahre jünger als Berger und vier Jahre jünger als Wolf. Tatsächlich hatten alle drei nach dem Kriege bei Behrens in Leipzig Vorlesungen zur Politischen Ökonomie gehört. Alle drei begriffen sich als Behrens-Schüler.⁹

Der für den seit Ende der 50er Jahre unterschiedliche Lebensweg von Behrens und Benary einerseits und dem der späteren NÖS-Reformer andererseits entscheidende Grund lag darin, dass letztere davon überzeugt waren, dass man mit dem Abbau der Administration und der Anwendung ökonomischer Hebel in großem Maßstabe erst beginnen könne, wenn die DDR wirtschaftlich und politisch gefestigt sei, während Behrens und Benary meinten, mit der Wirtschaftsreform wegen der durch ihr Ausbleiben zwangsläufig eintretenden und zunehmenden Effektivitätsverluste, nicht länger warten zu können.

Entscheidend für die Distanzierung des Ulbricht-Beraters Berger von Behrens waren also nicht fachliche Differenzen, sondern die politische Wirkung, die – wie Berger und andere von Behrens' Kritikern meinten – von seinem im Artikel im 3. Sonderheft der Wirtschaftswissenschaft vertretenen Auffassungen ausginge. Wie konnte man, fragte sich Berger noch 1991, in einer politisch brisanten, ja existenzbedrohenden Situation, wie sie die DDR seit dem Juni 1953 durchlebte, einer Situation, in der die Feinde des Sozialismus wenige Monate zuvor in Ungarn nur mit Mühe überwältigt werden konnten und der Ausgang der Krise in Polen noch immer ungewiss war, das »Absterben des Staates« verlangen?¹⁰

Berger hat ungeachtet dessen seine Hand über Behrens gehalten, als die SED-Führung darüber entschied, wie der inzwischen zu einem Fall der Staatssicherheit gewordene Behrens in Zukunft zu behandeln sei. Bemerkenswert ist, dass Behrens, im Unterschied zu Benary etwa, dem ähnliche Vorwürfe gemacht worden waren und der in einen Industriebetrieb gehen musste, vom »Einsatz in der Produktion« verschont blieb, obwohl die Liste der Betriebe, in denen Behrens eingesetzt werden

9 Jörg Roesler, Behrens und Berger. Zur Rolle der Behrens-Schüler und Ulbricht-Beraters Wolfgang Berger in der Wirtschaftspolitik der SED. In: *Werk und Wirken von Fritz Behrens*. Leipzig 1999. S. 43.

10 Rückblickend beschrieb Berger seine Situation und die seiner Mitarbeiter im ZK-Apparat in den Jahren 1953 bis 1956/57 so: »In welcher gespannten Lage haben wir gelebt. Wir waren elektrisiert (bei der Frage), ob Polen auch umlenkt (wie Ungarn). Deshalb gab es auch ernsthafte Schwierigkeiten mit Behrens und Benary.« (Interview mit Wolfgang Berger durch Jochen Cerny und Jörg Roesler am 31.1.1991).

sollte, bereits zusammengestellt war¹¹. Doch Behrens durfte an der Akademie weiterforschen, wenn er auch seiner einflussreichen Stellung als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bereits Ende 1957 verloren ging und an der Leipziger Universität keine Lehraufträge mehr erhielt.

Auch für die nächsten Jahre blieb – wenigstens aus der Sicht von Berger und seines Chefs Ulbricht – die politisch und wirtschaftliche brisante Situation, in der man keine Experimente in Richtung einer stärkeren Dezentralisierung der Staatsgewalt und für eine größere Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleiter und Belegschaften wagen könne, erhalten. Die 1955 von der Staatsführung eingeleiteten Maßnahmen zur Vereinfachung der Planung wurden 1958 wieder zurückgenommen. Auch die zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unternommenen Schritte, die in der Gründung des Forschungsrates im Juni 1957 einen ersten Höhepunkt erreicht hatten, gerieten ins Stocken¹². »Es erwies sich als unvermeidlich«, kommentierte Berger später die Situation, »zwischen der DDR und der BRD eine durchgängig kontrollierte Staatsgrenze herzustellen.«¹³ Tatsächlich setzen wenige Monate nach dem Mauerbau, als nach Einschätzung der SED-Führung die Existenzbedrohung für den sozialistischen deutschen Staat gewichen war, die seit einigen Jahren unterbrochenen Aktivitäten in der SED-Führung zur Effektivierung der Wirtschaftsführung und Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wieder ein. Das NÖS wurde als »Reform von oben« geboren.

Behrens und Benary spielten im NÖS nur noch am Rande eine Rolle. Behrens, der am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften zu Fragen der Arbeitsproduktivität forschte, beobachtete von dort aus die Vorbereitung und Durchsetzung des Neuen Ökonomischen Systems »mit Sympathie, empfand in bestimmtem Maße eine späte Genugtuung und verfolgte daher den Verlauf mit wachem, aber zugleich skeptischem Interesse. Seine konkrete Mitwirkung beschränkte sich auf (einen) ›Arbeitsproduktivitäts‹-Arbeitskreis, weitergehende Angebote gab es wohl, lehnte er aber ab«, bevor es dann 1967 noch einmal zu offenen Eklat zwischen Behrens und der SED-Führung kam. »Die 1968 eingereichte frühzeitige Emeritierung war seinem desolaten Gesundheitszustand geschuldet, aber auch ein Ergeb-

11 Mitteilung des Behrens-Biographen Helmut Steiner vom 7.11.1996.

12 Vgl. Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978. S. 150-159, 203-217.

13 Wolfgang Berger, Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR. S. 31.

nis einer politischen und moralischen Enttäuschung über die Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung der DDR und die ihn demütigende Behandlung«. ¹⁴

Benary verlor am Ende der Revisionismusdebatte seine Arbeitsstelle an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Er hatte sich »in der Produktion zu bewähren« und arbeitete dort zunächst als Abteilungsleiter für Betriebsorganisation, später als ökonomischer Direktor im Kabelwerk Oberspree in Berlin-Oberschöneweide. Benary engagierte sich bis zum Abbruch des NÖS für dessen praktische Einführung in Betrieben. ¹⁵

Herbert Wolf, Anfang der 50er Jahre Assistent bei Behrens in Leipzig, hatte sich wie Benary an der Revisionismusdebatte beteiligt und war für eine Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung eingetreten. Er wurde nach Revisionismusvorwürfen gemäßregelt und »in die Praxis geschickt«. Wolf arbeitete Anfang der 60er Jahre als Planungsleiter in einem Leipziger Betrieb ¹⁶, bevor er einer der führenden NÖS-Reformer wurde.

Dass beide, Behrens und Benary, das NÖS befürworteten, ist durch die große inhaltliche Übereinstimmung ihrer und der NÖS-Reformer Ansichten erklärt. Warum sie ungeachtet dessen in der »NÖS-Mannschaft« keine prominente Rolle spielten, ist schwieriger zu beantworten. Fest steht: Behrens hatte weiterreichende Angebote seines ehemaligen Schülers und Ulbricht-Beraters Berger (vor dem Eklat 1967) abgelehnt. Ob auch Benary ähnliche Angebote gemacht worden sind, wissen wir nicht. Der Verzicht beider auf aktivere Teilnahme an der Gestaltung des NÖS könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie bezüglich der wissenschaftlichen Gestaltung und Begleitung der Wirtschaftsreform eine andere Meinung hatten als die NÖS-Reformer.

Arne Benary hat sich zu den Aufgaben des Wirtschaftswissenschaftlers in der Reform 1957 explizit geäußert. Er sprach in seinem Artikel in im 3. Sonderheft der »Wirtschaftswissenschaft« davon, dass die Politische Ökonomie des Sozialismus sich nicht damit begnügen kann, die *Notwendigkeit der Anwendung ökonomischer Methoden* herauszuarbeiten. Sie müssen auch eine Methodenlehre entwickeln. Darin wollte er

14 Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens. 1999. S. 28.

15 Helmut Müller-Enbergs / Jan Wielgohs / Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000. S. 60.

16 Jörg Roesler: Behrens und Benary. 1999. S. 43f.

aber nicht die Hauptaufgabe der politischen Ökonomie des Sozialismus sehen. »Die Frage, inwieweit die politische Ökonomie auf die Probleme der Leitung und Planung der Wirtschaft einzugehen hat, lässt sich am kürzesten dahingehend beantworten, dass sie die *Erfordernisse der Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze erforschen und darstellen muss*«. ¹⁷ Benary schwebte also mehr vor als die von ihm als wichtig erachtete Erforschung des Wirtschaftsmechanismus, er wollte die Reform auch wirtschaftstheoretisch konsequent durcharbeiten. Das aber hatten sich die NÖS-Reformer geradezu verboten. Für die Wirtschaftswissenschaftler stand nach Auffassung des in den ersten Jahren des NÖS unter den Reformern tonangebenden Erich Apel die Aufgabe, sich »in ihrer Arbeit den einzelnen Stufen der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft genau an(zu)passen«. ¹⁸ »Dieser Forschungsauftrag«, kommentiert der beste Kenner wirtschaftstheoretischen Denkens in der DDR, Günter Krause, »sah im Grunde keine tiefere Problemstellungen – etwa ordnungspolitischer Art – vor. [...] Die reformerischen Überlegungen konzentrierten sich so auf die Art und Weise der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft, das Beharrungsvermögen bürokratischer Leitungsmethoden, die ungenügende Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung oder die mangelhafte Ausnutzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit.« ¹⁹

Behrens und Benary aber verstanden unter politischer Ökonomie des Sozialismus mehr als Forschungen im Bereich Wirtschaftsmechanismus, oder – mit ihren Worten – auf dem Gebiet der Methodenlehre. Es ist wahrscheinlich, dass sie deshalb weitergehende Vorschläge der NÖS-Reformer zu ihrer Integration ablehnten.

Mit dem Ende des NÖS gerieten einige prominente NÖS-Reformer in eine sehr ähnliche Situation wie 12 Jahre zuvor Behrens und Benary nach Abschluss der »Revisionismusdebatte«. Herbert Wolf verlor seinen Posten als stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und wurde an die Hochschule für Ökonomie versetzt, Wolfgang Berger durfte sich erst einmal »in der Praxis bewähren«. Er wurde als Ökonom ins IFA Kombinat Nutzkraftwagen in Ludwigsfelde bei Berlin geschickt. Anschließend war er bis zu seiner Berentung 1986 in der

17 Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. S. 85.

18 Erich Apel: Aktuelle Fragen der ökonomischen Forschung. Berlin 1964. S. 115.

19 Günter Krause: Wirtschaftstheorie der DDR. 1998. S. 150f.

Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als Leiter einer Analyseabteilung tätig.²⁰

Zum Gedankenaustausch oder doch zu Begegnungen zwischen Vertretern der beiden unter Honecker gleich verfeimten Ökonomen Gruppen ist es in den 70er Jahren nicht gekommen. Benary starb 1971. Behrens zog sich nach seiner Emeritierung »völlig aus dem öffentlichen Leben zurück«. Von seinen in den 70er Jahren angefertigten Ausarbeitungen wusste selbst sein früherer Mitkämpfer und Schicksalsgefährte Kohlmey nichts.²¹

4. Schlussbemerkung

Die Biographien von Behrens und Benary sowie von NÖS-Reformern wie Berger und Wolf berührten sich wiederholt und wiesen auch dann teilweise noch Ähnlichkeiten auf, als die Wirtschaftswissenschaftler persönlich nicht mehr in Kontakt miteinander kamen. Höher jedoch als die Gemeinsamkeiten in ihren Biographien sind die in ihren wissenschaftlichen Anschauungen zu werten. Schließlich sollte sich jene Debatte, die Behrens und Benary 1956/57 anstießen »als eine wissenschaftliche Overture zur NÖS-Periode mit ihrem neuen Credo erweisen«.²²

Deshalb sollte auch bei der Spurensuche nach marktwirtschaftlichen Gedankengut und Konzeptionen in der DDR-Planwirtschaft in Zukunft die Überlegungen und Bestrebungen von Behrens sowie Benary und die der NÖS-Reformer nicht wie bisher überwiegend getrennt untersucht werden, sondern als Komplex – als gemeinsames Erbe, das es für Überlegungen zur Entwicklung einer zukünftigen, ökonomisch leistungsfähigen und sozial gerechten Wirtschaftsform jenseits des augenblicklich herrschenden neoliberalen Dogmas nutzbar zu machen gilt.

20 Jörg Roesler: Behrens und Berger. 1999. S. 48f.

21 Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens. 1999. S. 29.

22 Günter Krause: Wirtschaftstheorie der DDR. 1998. S. 135.

Waren das »Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« in der DDR und die »Neue Ökonomische Politik« in Sowjetrußland Wege in die Marktwirtschaft?

Claus Krömke

Das »Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« war eine Reform der Planwirtschaft der DDR auf deren eigener Grundlage. Ihr Ziel war, diese sozialistische Planwirtschaft effektiver zu gestalten, nicht aber, die Planwirtschaft abzuschaffen und sie durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen. Jedoch war beabsichtigt, die Planwirtschaft auf ein qualitativ höheres Niveau zu heben, indem sie mit einem ökonomischen Instrumentarium durchdrungen werden sollte. Das Verhalten der Betriebe sollte nicht mehr allein und – so war die Hoffnung – später auch nicht mehr vorwiegend durch zentrale staatliche Vorgaben für die Produktion und die benötigten Ressourcen an Material, Investitionen und Arbeitskräften direkt gesteuert, sondern durch ökonomische Regelgrößen in die gewünschte Richtung gelenkt werden. Dafür wurde der Begriff »ökonomische Hebel« geprägt. Darunter wurden die sogenannten Wertkategorien verstanden, wie Kosten, Preis, Zins und auch Gewinn. Beim »Gewinn« schieden sich bereits die Geister. Sollte diese aus dem Kapitalismus stammende zentrale Kategorie, die ja nichts anderes als das deutsche Wort für »Profit« beinhaltete, etwa auch im Sozialismus einen Stellenwert bekommen? Letzteres löste bereits erhebliche Diskussionen und Widerstände aus.

Ziele und Grenzen des »Neuen Ökonomischen Systems (NÖS)«

Mit der Anwendung dieses ökonomischen Instrumentariums sollten die Betriebe mehr Rechte erhalten, die Details ihrer Wirtschaftstätigkeit eigenständig zu gestalten, ohne dass jede Einzelheit zentral durch entsprechende Plankennziffern vorgegeben wurde. Auch sollte das bereits bestehende System des Abschlusses von Wirtschaftsverträgen für gegenseitige Lieferungen und Leistungen zwischen den Betrieben gestärkt werden. Im Kern ging es darum, die direkte administrative Leitung der Wirtschaftsprozesse von »Oben« durch absolute Plankennziffern mit

der Steuerung der Betriebe über die ökonomischen Hebel zu verbinden. Gleichzeitig sollte das ökonomische Eigeninteresse der Betriebe an einer höheren Wirtschaftlichkeit gestärkt und die »materielle Interessiertheit« der Belegschaften an den Ergebnissen der Produktion geweckt werden. Gewinnbestandteile sollten in eigener Verantwortung der Betriebe sowohl für soziale Verbesserungen als auch für die Modernisierung der Produktionsanlagen und für Innovationen verwendet werden können.

In der Tat ging es darum, die sozialistische Wirtschaft von einer reinen »Produktions- und Verteilungswirtschaft« in Richtung auf Kostensenkung, Effektivität, Qualität und Innovation zu entwickeln. Das waren bedeutende Absichten, die in konsequenter Verwirklichung auch die Perspektive einer qualitativen Veränderung des Charakters der starren, direktiv orientierten zentralstaatlichen Planwirtschaft hätten bedeuten können. Deshalb wurde auch vom »ökonomischen« System gesprochen. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass es im genauen Wortlaut nicht nur »Neues ökonomisches System« hieß, sondern dem auch mit Absicht die Worte »der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« beigefügt worden waren. »Planung und Leitung« aber signalisierte unmissverständlich, dass es grundsätzlich bei der zentralstaatlichen Planwirtschaft bleiben sollte. Das wird durch die Verkürzung nicht selten übersehen und dem NÖS wird zuweilen mehr angedichtet, als den entsprechenden Konzeptionen zu entnehmen ist.

Alle grundlegenden Elemente der damaligen Planwirtschaft in ihrer Konstruktion als »zentralstaatliche Planwirtschaft«, wie das einheitliche Volkseigentum für die Produktion des größten Teiles der Waren in der Industrie, die Leitung der Wirtschaft durch den Staat, die Aufstellung von detaillierten Volkswirtschaftsplänen mit Aufgabenstellungen bis hin zu den Betrieben, die zentrale staatliche Bilanzierung, d. h. die Aufkommens- und Verteilungsrechnung für die wichtigsten Produkte und andere ökonomische Größen, wie insbesondere Export und Import, aber auch den Bevölkerungsverbrauch und vor allem die Investitionen, sollten zwar graduell verändert, aber nicht grundsätzlich abgeschafft werden. Auch wenn ab und an, aber doch recht spärlich, in den Dokumenten zum NÖS vom Markt die Rede ist, so kommt eine Orientierung auf »Marktwirtschaft«, auch nicht mit dem Beiwort »sozialistisch«, weder verbal vor, noch ist dies konzeptionell genügend deutlich erkennbar. Das NÖS war also kein Modell einer irgendwie gearteten »sozialistischen Marktwirtschaft«. Ob es ein Modell für Marktwirtschaft hätte werden können, ist eher eine spekulative Fragestellung, denn die Geschichte hat anders entschieden.

Auf einer anderen Ebene liegt die Fragestellung, inwieweit das NÖS geeignet war, die Planwirtschaft der DDR als solche effektiver zu gestalten. Das soll hier eindeutig bejaht werden, auch wenn die NÖS-Reform mit der »Wende« von Ulbricht zu Honecker abgebrochen wurde. Es hat aber auch danach im Denken und Handeln vieler Wirtschaftskader nachgewirkt. Allein schon die Orientierung auf das Denken in Kategorien der Wirtschaftlichkeit in den Betrieben, aber auch in den Staats- und Parteiorganen, hat auf jeden Fall ein effektiveres Wirtschaften, einen sorgsameren Umgang mit Ressourcen, mehr Innovation bewirkt. In dem Sinne ist auch Ideengut des NÖS erhalten geblieben, als vom NÖS selbst nicht mehr gesprochen wurde. Allerdings hat auch der objektive Zwang des Weltmarktes viel in dieser Richtung bewirkt. Als der Verfasser dieses Beitrages nach 1989 dem damaligen Mitgestalter des NÖS, Günter Mittag, die Frage stellte, wie es denn zu erklären sei, dass Honecker selbst auf dem VIII. Parteitag der SED, als das NÖS bereits mit dem Beschluss des Politbüros vom 8. September 1970 beerdigt war, noch formulierte, dass sich das ökonomische System des Sozialismus bewährt habe, gab er folgende Antwort: Honecker war sich des starken Widerhalls der NÖS-Ideen in der Wirtschaft bewusst, und er wollte keine unnötigen Konflikte provozieren.

Aber bei aller positiven Bewertung des NÖS als ein mögliches Gesamtmodell für eine hocheffektive sozialistische Wirtschaft, sind auch dessen systembedingte Grenzen realistisch einzuschätzen. Das betrifft insbesondere die Wertkategorien, wie Kosten, Preis und auch Gewinn. In der Diskussion über den Kern des NÖS wird ihnen zu Recht eine Schlüsselrolle zugewiesen, vor allem natürlich dem Preis. Die Existenz von Preisen, deren Bildung und bewusste Gestaltung wird schließlich als »Anwendung des Wertgesetzes« interpretiert. Aber an dieser Stelle gilt es inne zu halten, weil es sich hier um eine unzulässige Vereinfachung der tatsächlichen Wirkungsweise des Wertgesetzes handelt. Die Preise in der DDR entstanden aus der Kostenrechnung plus einem Gewinnprozentsatz. Es waren reine Aufwandpreise im Sinne einer Fortschreibung der Kosten. Der Gewinn fungierte vor allem als Faktor der Umverteilung. Er leitete sich nicht aus einer »Kapitalrentabilität« ab, denn die Betriebe besaßen kein »Kapital«, sondern verwalteten lediglich staatliche Fonds. Die Preise wurden in den Betrieben nach staatlichen Vorgaben kalkuliert und mussten vom Staat bestätigt werden. Für ausgewählte Erzeugnisse wurden sie von vornherein vom Staat vorgegeben. Es handelte sich also um eine bewusste staatliche Preisbildung, nicht nur in den Betrieben, sondern auch auf volkswirtschaftlicher Ebene.

Und hier, in der Art und Weise, wie die Preise gebildet wurden, liegt der Kern des Problems. Es waren in jedem Falle künstlich gebildete Preise, die nicht der Kontrolle eines unabhängig vom Willen der Betriebe wirkenden Marktes als objektivem Maßstab für die Berechtigung des betrieblichen Aufwandes, unterlagen. Das Vorhandensein eines solchen Marktes, auf dem voneinander unabhängige Teilnehmer agieren, ist das eigentliche Kriterium für das Wirken des »Wertgesetzes«. Der Wert bildet sich nach Marx in Anlehnung an Adam Smith (Wirken der »unsichtbaren Hand«) endgültig erst hinter dem Rücken der Produzenten heraus. Die Objektivität des Wertes und damit des Preises ergibt sich nicht nur aus der Errechnung der individuellen Aufwandsgrößen, sondern aus der Bewährung des individuellen Aufwandes auf dem Markt als gesellschaftlich notwendiger Aufwand. Der aber ist nicht eine einfache Durchschnittsgröße, auch kein irgendwie gewichteter Durchschnitt. Er ergibt sich aus dem vom Einzelnen unbeeinflussbaren Marktgeschehen durch voneinander unabhängige Anbieter und Nachfrager. Der in der Produktion entstehende Wert macht eine Transformation zum Marktwert durch (die bekannte Weiterführung der Marx'schen Werttheorie vom Ersten zum Dritten Band des »Kapital«).

Diese Problematik ist auch an der Diskussion über den »ökonomisch« bestimmten Preis im sozialistischen, planwirtschaftlichen System erkennbar. Wie wird bestimmt, was ein »ökonomisch begründeter Preis« ist? Die exakte Berechnung des Aufwandes, wie das auch bei der Industriepreisreform in der DDR – zumindest vom Grundanliegen her – versucht wurde, führte noch keineswegs zur ökonomischen Begründung eines Preises. Das ist ein Schritt dahin, mehr aber nicht. Dazu gehört des Weiteren die Bestimmung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses an der Ware. Wie aber soll das quantitativ bewertet werden? Versuche dazu hat es gegeben. Bei Konsumgütern führte das beispielsweise zu teilweise grotesken Preisfestlegungen für »hochwertige Waren«, bei der Mikroelektronik zu krassen Senkungen der Abgabepreise in Unterschied zu den für die Herstellerbetriebe errechneten Preise, damit diese neue Technik nicht unbezahlbar wird.

Ohne echten Markt gibt es weder den wirklichen Wert noch den ökonomisch begründeten Preis. Dieser entsteht erst in der Wechselwirkung von Arbeitsaufwand und der durch den Markt anerkannten Befriedigung eines Bedürfnisses. Es geht also nicht nur um die Anerkennung des gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsaufwandes, sondern darüber hinaus um die Wechselwirkung von Aufwand und Bedürfnisbefriedigung, wie sie sich in der gegenseitigen Bedingtheit von Angebot

und Nachfrage in Abhängigkeit vom Preis und der Menge der nachgefragten bzw. angebotenen Produkte äußert.

Das macht dann den Unterschied zwischen einer rein quantitativen und einer qualitativen Betrachtung des Wertes bzw. des Preises aus, und der ist wesentlich. In der politischen Ökonomie des Sozialismus aber wurde der Preis immer nur in seiner quantitativen Erscheinung als Aufwandsgröße, aber nicht in seiner qualitativen Rolle als unabhängiger objektiver Regulator angesehen. Diese Rolle könnte er nur bei Vorhandensein eines echten Marktes, auf dem von einander unabhängige Produzenten und Nachfrager agieren, annehmen. Und genau das wurde als systemfremd ausgeblendet; notwendiger Weise, denn ein solches Wirken des Marktes war mit der Konstruktion des Planwirtschaftsmodells unvereinbar.

An dieser Stelle eine Bemerkung zu den in der NÖS-Konzeption enthaltenen Idee der »Normative«. Solche Normative in der Form vorgegebener Prozentsätze sollten z. B. eine Beziehung zwischen der Höhe des erzielten Gewinns und der Größe der von den Betrieben einzubehaltenden Investitionen herstellen. Die Zuteilung von objektbezogenen Investitionssummen durch die »Zentrale« wäre so zumindest zum Teil entfallen und damit auch das belastende Gerangel um die Zuteilung der staatlichen Fonds. Soweit, so gut; aber ihrem Wesen nach waren diese Normative genau so staatlich festgelegte und geplante Größen wie jede Investitionssumme im absoluten Geldausdruck, denn auch der Gewinn als Basis war eine staatlich festgelegte Plangröße. Darüber hinaus waren die Betriebe abhängig von der »Bilanzierung« der Ausrüstungen und Baukapazitäten. Da sich die Situation auf diesem Gebiet immer mehr zuspitzte, wurde der Spielraum für betriebliche Entscheidungen mit dem Beschluss des Politbüros vom 8. September 1970 noch mehr eingeengt.

Die Normative hätten bestenfalls eine Erleichterung in der Handhabung der Investitionen darstellen können, sie wären aber keine prinzipielle Lösung eines dahinter liegenden und niemals öffentlich ausgesprochenen Grundproblems gewesen. Dieses bestand darin, dass die Betriebe und später die Kombinate der DDR in keiner Weise über echtes Eigenkapital, weder in Form von Geld, noch in Form von Anlagevermögen, verfügten. Sie waren immer nur Verwalter staatlicher Fonds. So war es beispielsweise auch nicht möglich, das leidige Problem der Zulieferungen für die Finalproduzenten zu lösen. Bei einer freien Verfügung von Kapital durch die Kombinate wäre es durch deren Investitionsbeteiligung in den Zulieferbetrieben möglich gewesen, hier notwendige Kapazitäten, wie sie vor allem auch bei Innovationen in den Vorstufen der

Produktion zwingend notwendig waren, zu schaffen. Statt dessen gab es ein oft unfruchtbares Gezerre zwischen den Ministerien um die Investitionsfonds. Diese wurden dann auch in den Zulieferbereichen zuerst immer für die Erfüllung des Exportplanes, da hierauf der größte Druck der »Zentrale« lag, nicht aber primär für die Sicherung des inneren Bedarfs verwendet.

Eine weitere Folge der Nicht-Anerkennung der Kategorie »Kapital« in den Betrieben und Kombinatn war, dass es dadurch auch im NÖS keine echte Rentabilitätsgröße geben konnte. Die Gewinnhöhe wurde nicht aus der Reproduktion der Grund- und Umlauffonds abgeleitet, sondern sie ergab sich lediglich aus einer mehr oder weniger willkürlichen Berechnung eines festgelegten Prozentsatzes auf die Selbstkosten, bei dem historische, wie verteilungspolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielten. Eine echte Kapitalrentabilität konnte nicht entstehen. Sie hätte in der Endkonsequenz auch einen Kapitalmarkt vorausgesetzt. Wie das mit der Kategorie des Volkseigentums als gesamtstaatlichem Eigentum zu vereinbaren gewesen wäre, diese Frage hatte man sich gar nicht erst gestellt, und sie ist somit auch nie beantwortet worden.

Die Unterscheidung zwischen dem »quantitativen« und dem »qualitativen« Wirken des »Wertgesetzes« ist auch hilfreich, um sich über die »direkte« und die »indirekte« Regulierung zu verständigen. Das Beispiel der Normative zeigt, dass zwischen beiden Arten der Regulierung kein grundsätzlicher Unterschied besteht, sofern sie beide auf der Grundlage des Planes erfolgen. Es ist dies ein Unterschied zwischen absoluten und relativen Maßgrößen und ein Unterschied zwischen einer Mittelzuweisung, die objektbezogen ist oder die im Detail unspezifiziert erfolgt, aber letzten Endes dennoch von weiteren Plangrößen abhängig ist. Innerhalb eines planwirtschaftlichen Systems ist letzten Endes jede Form der »Regulierung« immer eine Form der staatlichen Planung und in diese, wenn auch auf unterschiedlich detaillierte Weise, eingebunden. Die Frage lautet, wer ist es, der »reguliert«? Ist es ein bewusst gesteuertes administratives System, oder ist es der anonyme Markt? Darin besteht die eigentliche Alternative. Sie ist grundsätzlicher, und nicht nur formaler Natur.

Fast ausnahmslos alle Preise wurden von der »Zentrale« von vornherein festgelegt oder nach genauen Kriterien kontrolliert. Preise für wichtige Erzeugnisse wurden sogar auf höchster Ebene, also im Politbüro, beschlossen, natürlich auf der Grundlage entsprechender Vorarbeiten der staatlichen Organe. Aber solche Preise können dem Wesen nach keine ökonomisch gebildeten Preise sein, sie hatten aber ökonomische, und darüber hinaus politische, Auswirkungen!

Indem die Zentralgewalt Preise festlegt und sich die Verantwortung dafür auch selbst zubilligt – die staatliche Preisbildung wurde schließlich als ein wesentlicher Vorzug des Systems angesehen und propagiert –, entscheiden die Inhaber der Macht nach ihren Kriterien, und das sind die des Machterhalts. Die Preisbildung, besonders auf dem Konsumgütersektor, wurde direkt durch den Generalsekretär der SED kontrolliert. Ohne seine Zustimmung gab es hier keinerlei Veränderung. Die politischen Interessen des Macherhalts können, sie müssen aber nicht zwangsläufig mit den wirklichen ökonomischen Erfordernissen und den Interessen der Gesellschaft überein stimmen. Während es in bezug auf materielle Produktionskennzahlen noch relativ einfach ist, deren Höhe zentral zu bestimmen, z. B. wie viel Kohle für die vorgesehene Erzeugung von Elektroenergie benötigt wird, ist die Festlegung eines Preises ein ganz anderes Problem. Zwar lässt sich noch ohne weiteres exakt berechnen, welche Auswirkungen sich aus einer Preisveränderung für die *Kosten* nachfolgender Produktionsstufen ergeben; nicht aber lässt sich die Auswirkung einer ganz konkreten Preisveränderung auf das *Verhalten* von Abnehmern berechnen, zumal, wenn diese wenigstens die Spur einer freien Wahl haben. Es ist also ein prinzipieller Unterschied, ob die »Zentrale« eine materielle Produktionskennziffer, oder eine ökonomische Steuergröße, wie sie ein Preis immer ist, verbindlich festlegt. Dieser nämlich entzieht sich einer solchen verbindlichen Festschreibung, und wenn es trotzdem geschieht, dann geht die Wirkung oftmals in eine ganz andere Richtung los, als in die, die erwartet worden ist.

Also hätte die Schlussfolgerung sein müssen, dass eine »ökonomisch begründete« Preisbildung eben nicht durch eine Administration, sondern nur durch ein »ökonomisches« Medium möglich ist, und das ist eben der Markt. Die Anerkennung des Marktes aber hätte den Verzicht auf Machtausübung bedeutet. Dazu war niemand bereit, denn der Verzicht auf Machtausübung durch die Partei, die als Kontrolle über alle relevanten gesellschaftlichen Vorgänge verstanden wurde, wurde mit der Aufgabe des ganzen Systems gleich gesetzt.

In diesem Machtverständnis aber spielte die Wirtschaft eine ganz besondere Rolle. Ideologisch wurde die Wirtschaft als »Hauptfeld des Klassenkampfes« eingestuft, woraus sich logischer Weise die besondere Aufmerksamkeit seitens der herrschenden Partei ableitete. Politisch wurde die Wirtschaft und dabei insbesondere die Industrie als Hort der Arbeiterklasse angesehen, der die besondere Aufmerksamkeit gelten musste. Latent war immer die Furcht vor offen geäußertem Missmut der Belegschaften in den Betrieben und vor eventuellen Streiks. Alles musste deshalb politisch unter Kontrolle sein. Deshalb wollte sich die

Führung nur sehr ungern auch ökonomischer Steuerungsinstrumente bedienen, deren Wirkung unkalkulierbar erschien.

Auf diese Weise wurde aus Furcht vor einer unkalkulierbaren Wirkung des »Ökonomischen« lieber darauf verzichtet. Das musste natürlich andererseits die Wirkung des durchaus anerkannten und gewollten »Prinzips der materiellen Interessiertheit«, einer Säule auch des NÖS, wieder abschwächen. Betriebe durften in keine ausweglose Lage geraten. Die Preise für Energie, Material und Ausrüstungen wurden zwar einerseits als Druckmittel zur Senkung der Selbstkosten hoch angesetzt, andererseits wurde aber auch dafür gesorgt, dass die Abnehmer nicht grundsätzlich in die Verlustzone gerieten. Jahresendprämien, die an die Planerfüllung gebunden waren, wurden auch dann gezahlt, wenn die ursprünglichen Planzahlen nicht erfüllt wurden. Das wurde dann durch »Plankorrekturen« ermöglicht, obwohl offiziell der Plan »Gesetz« war. Auf keinen Fall durfte Unzufriedenheit hervorgerufen werden, indem die ökonomischen Tatsachen Konsequenzen erfordert hätten. Und an dieser Stelle wird das Dilemma der zentralen staatlichen Leitung der Wirtschaft deutlich: Wenn nämlich Rückstände in der Planerfüllung wegen Störungen in den Zulieferbeziehungen oder wegen Nichtdurchführung geplanter Investitionsvorhaben verursacht worden waren, wer war denn da der Verantwortliche? Das konnten doch nicht nur die betreffenden Betriebe sein. Da stellte sich im Hintergrund die Frage, wer war denn verantwortlich für deren Arbeit, die ja wiederum von der Höhe der staatlich zugeteilten Fonds abhing. Gab es da nicht Ministerien, gab es da nicht die Staatliche Plankommission, die für abgestimmte Pläne zu sorgen hatte – und das alles unter der »Führung durch die Partei«, die nicht nur deklariert, sondern auch aktiv wahr genommen wurde. Soweit, dass solche Fragen gestellt wurden, durfte es nicht kommen.

Aus all diesen Gründen blieb das NÖS auch in sich inkonsequent. Das mit der NÖS-Reform nicht der Übergang zur Marktwirtschaft angestrebt wurde, war folgerichtig. Ohne dass der Preis, diese seine unabhängige Rolle als wirklich ökonomisches Steuerungsinstrument einnahm, kann von einer Marktwirtschaft eben nicht die Rede sein. Das wiederum erfordert den Verzicht auf die Nutzung politischer Macht zu direkter Lenkung der Wirtschaft. Daran musste aber auch die NÖS-Reform scheitern. Es waren systembedingte Gründe.

Lenins »Neue Ökonomische Politik (NÖP)« und die Gratwanderung zwischen Macht und Markt

Der Widerspruch zwischen politischer Macht einerseits und anonymem Markt andererseits hat das sozialistische Gesellschaftsmodell nach dem Beispiel der Sowjetunion über sieben Jahrzehnte geprägt. Es ist nicht ohne Interesse, einen Blick auf die Geschichte seiner Entstehung zu werfen. Nicht ohne Grund war die »Neue Ökonomische Politik« in der Frühzeit der Sowjetunion Gegenstand von Beiträgen dieses Kolloquiums.

Die Frage, ob und inwieweit das anonyme Medium »Markt« für das Wirksamwerden des »Ökonomischen« genutzt werden sollte, durchzog die Entstehung des Sozialismus von Beginn an. Nach der revolutionären Zerstörung der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse stellte sich sofort die Frage nach der Wiederbelebung des Marktes. Die NÖP wird in der Regel als »Stammzelle« für die entwicklungsgeschichtlich späteren Versuche, das planwirtschaftliche System mit marktwirtschaftlichen Elementen aufzulockern, angesehen. In der Tat lassen sich aus dieser Zeit viele Zitate Lenins finden, die die Herstellung von Marktbeziehungen, die Zulassung privater Kleinproduktion und vor allem des privaten Handels und darüber hinaus die Zulassung privaten ausländischen Kapitals auf dem Wege der Konzessionen in der entstehenden sozialistischen Sowjetunion belegen. Vor allem auch solche Äußerungen Lenins, die zu einem echten Wirtschaften, zum sorgsamem Umgang mit den Ressourcen, zum kaufmännischen Denken und Handeln auffordern, bildeten ein willkommenes Reservoir, aus dem sich 40 Jahre später die Protagonisten des NÖS in der DDR bedienten, um ihre Ideen und Konzeptionen als dem Sozialismus wesenseigen zu begründen und sie gegen das erstarrte dogmatische Denken ihrer zahlreichen Gegner im eigenen Land, wie insbesondere auch in der Sowjetunion, zu verteidigen.

In den ursprünglichen programmatischen Ansätzen Lenins über eine künftige Wirtschaft mit sozialistischem Charakter in Russland finden sich zunächst keine expliziten Hinweise in Richtung der späteren NÖP. Ganz im Gegenteil stand das Konzept des Aufbaus einer modernen vergesellschafteten Großindustrie, mit der eine neue, hochorganisierte Wirtschaft des Sozialismus geschaffen werden sollte, die mit der Präzision eines Uhrwerkes arbeitet, im Vordergrund. Diese Ideen entwickelte Lenin zu einer Zeit, als noch nicht die unmittelbare Aufgabe der Durchführung einer Revolution in Russland auf der Tagesordnung stand, sondern er sich vor allem in der Schweiz mit der modernen kapitalistischen

Industrie beschäftigt. In ihr sah er »die hauptsächlich materielle Grundlage für das unvermeidliche Kommen des Sozialismus.«¹ Lenin war fest davon überzeugt, dass man »den Sozialismus nicht anders als auf dem Wege über die Großindustrie aufbauen« kann.² Er glaubte fest daran, dass es auf der Grundlage der »vergesellschafteten Produktion« nach der Enteignung der Kapitalisten im künftigen Sozialismus zu einem großen Aufschwung kommen würde. »Gewaltige Steigerung der Produktivität der Arbeit, Verkürzung des Arbeitstags, Ersetzung der Überbleibsel, der Trümmer des primitiven, vereinzelt Kleinbetriebs durch die vollkommene kollektive Arbeit – das sind die direkten Folgen dieses Übergangs.«³

Lenin verband den Weg zum Sozialismus mit dem »Übergang zu dem auf der maschinellen Industrie aufgebauten Großbetrieb [...]«⁴. Dies war für ihn der Dreh- und Angelpunkt seiner programmatischen Vorstellungen, wie der Sozialismus aussehen sollte. Er verband damit die Erreichung einer hohen Arbeitsdisziplin der Menschen, die in hohem Maße freiwillig sein sollte, und einer auf das reibungslose Funktionieren des wirtschaftlichen Organismus gerichteten Leitung. »Der Sozialismus ist durch die maschinelle Großindustrie erzeugt worden. Und wenn die werktätigen Massen, die den Sozialismus einführen, es nicht verstehen, ihre Institutionen der Arbeitsweise der maschinellen Großindustrie anzupassen, dann kann von einer Einführung des Sozialismus gar nicht die Rede sein.«⁵ Was Lenin anfangs im Grunde betonte, war die technisch-organisatorische und die bewusstmäßige Komponente eines künftigen Sozialismus, aber nicht so sehr die ökonomische.

Der wirtschaftliche Mechanismus sollte perfekt funktionieren, wie ein Uhrwerk. »Weder die Eisenbahnen noch das Transportwesen, ja auch nicht die großen Maschinen und Betriebe können überhaupt richtig funktionieren, wenn es keine Einheit des Willens gibt, die alle beteiligten Werktätigen zu einem einzigen wirtschaftlichen Organ zusammenfasst, das mit der Genauigkeit eines Uhrwerkes arbeitet.«⁶ Lenin hatte durchaus nicht nur den einzelnen Betrieb im Blickfeld, sondern unter diesem Aspekt der »Maschinerie« die ganze Volkswirtschaft mit

1 Wladimir I. Lenin: Karl Marx. In: W.I. Lenin Werke Bd. 21. Berlin. S. 60.

2 W.I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) 27. März an den XI. Parteitag der KPR(B) im Jahre 1922. In: Werke Bd. 33. S. 285.

3 W.I. Lenin: Karl Marx. In: Werke Bd. 21. S. 60.

4 W.I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf des Artikels »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«. In: Werke Bd. 27 (im folgendem Ursprünglicher Entwurf). S. 197.

5 Ursprünglicher Entwurf. S. 202.

6 Ebenda.

ihren inneren Verflechtungen. Er verlangte »[...] die Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine, (Hervorhebung vom Verfasser) in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, dass sich Hunderte Millionen Menschen nach einem einzigen Plan richten – das ist die gigantische organisatorische Aufgabe, die uns zugefallen ist.«⁷ Es sei die Hauptaufgabe des Proletariats »ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen, wie sie für die Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind.«⁸ Diese neue Organisation der wirtschaftlichen Beziehungen in einer Volkswirtschaft im Sinne »planmäßiger Produktion und Verteilung« stellte Lenin dem Markt entgegen, der in der kapitalistischen Gesellschaft »die grundlegende organisierende Kraft in der anarchisch aufgebauten kapitalistischen Gesellschaft« darstellt.⁹ Damit es einen Sozialismus gibt, so Lenin weiter, ist das Entscheidende »die Organisierung einer strengen und vom gesamten Volk ausgeübten Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte«. Ohne dies könne »aber keine Rede sein von der zweiten, ebenso wesentlichen materiellen Bedingung für die Einführung des Sozialismus, nämlich von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität im gesamt-nationalen Maßstab.«¹⁰

Lenin gebrauchte die Vokabeln »Uhrwerk«, »Mechanismus« des öfteren, was kein Zufall war, sondern der damaligen Faszination der industriellen Maschinerie entsprach. Dieser Gedanke wurde einfach auf die gesamte Volkswirtschaft übertragen. Aber Lenin war sich damals wohl der Gefahr anarchistischer Tendenzen in der proletarischen Bewegung und bei Intellektuellen, sowie auch der in Russland stark verbreiteten Gleichgültigkeit und Disziplinlosigkeit bewusst und wollte dem entgegen wirken. Aber mit dieser »mechanistischen« Auffassung von Wirtschaft wurde das »Organische« im Wirtschaftsleben, bei dem es sich ja nicht um das Zusammenwirken von »Mechanismen«, sondern das von Menschen handelt, verdrängt. Das hatte fatale Folgen für die ganze Auffassung von den Aufgaben der Gestaltung und dem Funktionieren der »sozialistischen Planwirtschaft«. So wurde vor allem auf die Sicherung der materiell-produktionstechnischen Verflechtungen orientiert, anstatt die Wirtschaft als Wechselspiel ökonomischer Interessen zu

7 W.I. Lenin: Siebenter Parteitag der KPR(B). März 1918. In: Werke Bd. 27. S. 76f.

8 Ursprünglicher Entwurf. S. 231.

9 Ebenda. S. 230.

10 Ebenda. S. 235.

begreifen. Die Tatsache, dass es immer an Allem mangelte, nicht nur als Folge des »Systems«, sondern einfach auch als Ergebnis von fehlender Substanz an Ressourcen, insbesondere auf technologischem Gebiet und dem durch Embargo etc. versperrten Zugang, begünstigte diese einseitige Betonung auf die naturalwirtschaftlich-technologische Orientierung der Zentralplanwirtschaft.

Das war zentralisierte Planwirtschaft pur. Das betraf vor allem die einheitliche Leitung der Volkswirtschaft, die Beherrschung ihrer vielfältigen Verflechtungen und ihre Aufgabe hinsichtlich der Befriedigung der Bedürfnisse von Millionen Menschen. Ohne die heutigen Begriffe zu benutzen, wurden somit Marktwirtschaft und Planwirtschaft als grundlegende, die Gesellschaft charakterisierende Gegensätze ausgemacht. Der NÖP ging also eine andere Konzeption voraus. Das sollte bei der Einschätzung ihrer Bedeutung als Grundmodell eines auf dem Markt beruhenden Sozialismus keinesfalls übersehen werden.

Auch als Triebkraft für die Menschen, die notwendigen Anstrengungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erbringen, sah Lenin die »sozialistische Bewusstheit«. Damit war gemeint, dass sich die Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler nicht mehr als vom Kapital Ausgebeutete fühlen würden, sondern als »kollektive Eigentümer« der vergemeinschafteten Produktion sich dessen bewusst mit ihrer ganzen Kraft für deren Entwicklung einsetzen würden. Durch das sozialistische Eigentum wäre die objektive Grundlage für ein solches Verhalten zur Produktion gegeben und es würde nur darauf ankommen, allen Werktätigen ihre neue Rolle als »Eigentümer« bewusst zu machen. In seiner Schrift »Die große Initiative« brachte Lenin dieses subjektiv gewollte Verhalten der Menschen zur sozialistischen Produktion als Grundlage des Sozialismus mit folgenden Worten auf den Punkt: »Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ›Nahestehenden‹ zugute kommen, sondern ›Fernstehenden‹, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit [...]«¹¹.

Lenin glaubte an die »freie und bewusste Disziplin der Werktätigen selbst, die das Joch der Gutsbesitzer als auch der Kapitalisten abgeschüttelt haben.« Diese »freiwillige Disziplin« hatte er im Blickfeld, als er konstatierte, »[...] dass das Proletariat einen im Vergleich zum Kapita-

11 W.I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke. Bd. 29. S. 417.

lismus höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht. Das ist der Kern der Sache. Darin liegt die Quelle der Kraft und die Bürgschaft für den unausbleiblichen vollen Sieg des Kommunismus.«¹² Lenin war sich über die damit verbundenen Schwierigkeiten durchaus im klaren. Schließlich galt es die alten Gewohnheiten des kleinbürgerlichen, nur auf die individuellen privaten Interessen bezogenen Denkens zu überwinden, die sehr zählebig waren. Deshalb sprach Lenin von einem gewaltigen Kampf »der sozialistischen Bewusstheit gegen das bürgerlich-anarchische Element«, von einem Kampf »von weltgeschichtlicher Bedeutung«.¹³

Rückblickend kann heute festgestellt werden, dass diese »sozialistische Bewusstheit« in der Sowjetunion entscheidend dazu beigetragen hat, dass sich dieses Land über Jahrzehnte erfolgreich, ja in manchen Perioden zum Erstaunen der internationalen Öffentlichkeit in geradezu bewundernswerter Weise stürmisch entwickelt hat. Das betraf insbesondere auch den Sieg im Zweiten Weltkrieg über den deutschen Faschismus. Hier spielte aber auch der einfache Patriotismus, das Gefühl für das Vaterland, eine große Rolle.

Das Problem war richtig erkannt, aber es war eine Hoffnung, dass sich diese »sozialistische Bewusstheit« als eine die Gesellschaft tragende Kraft durchsetzen würde. Wenn die Menschen sich nach dieser Erwartung in ihrer übergroßen Mehrheit und auf Dauer *tatsächlich* so verhielten, hätte die Geschichte einer erfolgreichen und beständigen Entwicklung des Sozialismus Lenins Vision bestätigt. Aber bereits die einfache Überlegung, dass schon bei der Revolution bei weitem nicht alle daran aktiv beteiligt waren und vor allem spätere Generationen das alte »Joch« nicht mehr erlebt hatten, sollte nachdenklich stimmen.

Mit politischem Bewusstsein allein war es auf Dauer nicht möglich, eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen und ihr eine nie versiegende Dynamik zu verleihen. Dazu gehört auch, dass die arbeitenden Menschen den Zusammenhang zwischen ihrem persönlichen Beitrag zur Steigerung der Produktion und dem Grad der Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse täglich nachvollziehen können. Dazu gehören greifbare Tatsachen, also auch ein stabiles und sich entwickelndes Konsumgüterangebot und eine stabile kaufkräftige Währung. Dies zu gewährleisten gelang nicht, u. a. auch wegen des der Sowjetunion aufgezwungenen Wetttrüstens, aber nicht unwesentlich wegen des ineffektiven Wirtschaftssystems, das mit »Kommandowirtschaft« charakteri-

12 Ebenda. S. 408f.

13 Ursprünglicher Entwurf. S. 244.

siert wird. Auch wenn Lenin die Bedeutung der »materiellen Interessiertheit« neben der »sozialistischen Bewusstheit« keineswegs unterschätzt hatte und sie sogar in späteren Jahren betonte, wurde materiell das Problem der Konsumgüterversorgung und damit der materiellen Interessiertheit nicht gelöst.

Der Paradigmenwandel von der alleinigen Orientierung auf den vom sozialistischen Bewusstsein getragenen hochorganisierten industriellen Wirtschaftsmechanismus hin zur Herstellung echter, d. h. auf ökonomischen Interessen beruhender Wirtschaftsbeziehungen kam alsbald. Er wurde durch konkrete historische Konstellationen erzwungen. Als sich nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges und dem von der Konterrevolution angezettelten Bürgerkrieg in Russland herausstellte, wie schwerwiegend die ökonomischen Zerstörungen waren und wie groß die ökonomische Rückständigkeit Russlands gegenüber dem Westen gerade auch auf dem Gebiet der Industrialisierung wirklich war, wurde alsbald sichtbar, dass es noch einer sehr langen Periode bedürfen würde, bis das Idealbild einer sozialistischen Volkswirtschaft, die auf einer hochorganisierten Großindustrie basiert, verwirklicht werden konnte. Es musste aus der Sicht der ursprünglich gesetzten hohen Maßstäbe ein Schritt zurück zur privaten Kleinproduktion und zum Markt gegangen werden. Das war die Zeit, in der nach dem »Kriegskommunismus« die »Neue Ökonomische Politik (NÖP)« entstand.

Lenin hatte nicht den geringsten Zweifel daran, dass die Praxis des »Kriegskommunismus« nicht die Zukunft des Sozialismus in Russland sein konnte. Um die Lage schnell zu stabilisieren, entwickelte er die Idee von der NÖP. Sie zielte gegenüber den früheren Vorstellungen darauf ab, Elemente einer Marktwirtschaft zu etablieren. Die Veränderungen mussten schnell erfolgen. Hier ging es nicht um langwährende Programmdiskussion, sondern zunächst um pragmatische Sofortentscheidungen. Für die Belebung marktwirtschaftlicher Elemente waren durch die bisherigen, von Kleinproduktion und Kleinhandel geprägten Wirtschaftsstrukturen Russlands die Voraussetzungen vorhanden. Sie zu beleben, versprach durchaus Erfolg. Es gab zu diesem Zeitpunkt keine erkennbare Alternative, um der entstandenen katastrophalen Situation in der Versorgung der Menschen zu begegnen.

Die Einführung der NÖP wurde im März 1921 auf dem X. Parteitag der bolschewistischen Partei beschlossen. Ihre wichtigste Bestimmung war die Abschaffung der generellen Ablieferungspflicht der Bauern für ihre Produkte. Dadurch hatten die Bauern nicht das geringste Interesse an einer Überschussproduktion gehabt. Nunmehr wurde eine sogenannte »Naturalsteuer« eingeführt, die einen festen Ablieferungssatz be-

inhalten. Lenin bewertete die Naturalsteuer als »den Übergang vom Kriegskommunismus zum geregelten sozialistischen Produktaus-tausch.«¹⁴ Damit hat Lenin genau genommen eine Aussage getroffen, die programmatisch gedeutet werden kann. Sie lautete: Sozialismus geht auch mit privatem Handel und privater Kleinproduktion.

Als ebenso bedeutsam ist das »Dekret über die Konzessionen« einzuschätzen. Es beinhaltet die »Heranziehung von ausländischen staatlichen und kommunalen Institutionen, von Privatunternehmen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Arbeiterorganisationen anderer Staaten zur Gewinnung und Verarbeitung der Naturschätze Russlands [...]«. Diese Konzessionen beinhalteten: »Dem Konzessionär wird ein im Vertrag festgelegter Teil des Produkts als Vergütung überlassen, den er berechtigt ist, ins Ausland auszuführen.«¹⁵ All das sollte der beschleunigten Wiederherstellung der Produktivkräfte Russlands dienen, und zwar durch Einbindung in die internationale Entwicklung. Dieser Weg der Konzessionen kam jedoch nur sehr zögerlich zum Tragen. Er wurde nach dem Tode Lenins völlig aufgegeben.

Die NÖP beinhaltet Elemente der Einführung des Marktes und damit auch des Kapitalismus in den Aufbau der sozialistischen Sowjetunion. Und um diesen »Kapitalismus« in der NÖP gab es von Anfang an Streit. Lenin war sich der Problematik bewusst. Deshalb schränkte er damals ein: »Umsatz bedeutet freien Handel, bedeutet Kapitalismus.«¹⁶ Und wie, um sich zu verteidigen, fügte er hinzu: »Für die proletarische Macht hat das nichts Schreckliches an sich, solange das Proletariat die Macht fest in Händen hält, das Verkehrswesen und die Großindustrie fest in Händen hält.«¹⁷

Die NÖP existierte nur eine kurze Zeit. Wenige Jahre nach Lenins Tod wurde sie beendet. In den Vordergrund rückte der beschleunigte Aufbau der großen Industrie, um mit aller Kraft und unter sehr großen Opfern jene Ressourcen zu schaffen, die ein Überleben der Sowjetunion unter den Bedingungen einer erbarmungslosen Umkreisung durch die entwickelten kapitalistischen Länder des Westens wie auch durch Japan sichern sollten.

Die NÖP wurde alsbald als zeitweiliger Rückzug eingestuft, womit ihre mögliche programmatische Bedeutung entwertet werden sollte.

14 W.I. Lenin: Über die Naturalsteuer. In: Werke Bd. 32. S. 379.

15 W.I. Lenin: Schlusswort zum Referat über die Konzessionen. In: Werke Bd. 31. S. 472ff.

16 Siehe ebenda. S. 379

17 Siehe ebenda.

Unter der Herrschaft Stalins wurde ihr keine strategische Bedeutung für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion zuerkannt. Die unter Leitung Stalins verfasste »Geschichte der KPdSU« nahm mit sichtlicher Zufriedenheit ein Zitat Lenins aus dem Jahre 1922 auf, in dem es heißt: »Ein Jahr lang befanden wir uns auf dem Rückzug [...]. Diese Periode geht zu Ende oder ist zu Ende.«¹⁸ Aber in Wahrheit hatte Lenin auf dem XI. Parteitag der KPR(B) damit nicht die NÖP für beendet erklärt. Im selben Kontext forderte er nämlich dazu auf, »über die NÖP nicht zu reden, sondern die Zahl dieser Gesellschaften [gemeint waren »Gemischte Gesellschaften« mit Kapitalisten – C. K.] vergrößern, die Zahl der Kommunisten überprüfen, die es verstehen, den Wettbewerb mit den Kapitalisten in Gang zu bringen.«¹⁹ Lenin versuchte nachgerade verzweifelt, den Delegierten klar zu machen, dass dieser Wettbewerb mit den Kapitalisten eine Realität sei, der man nicht ausweichen könne. Aber Lenin konnte diese Debatte in der folgenden Zeit nicht mehr mit der nötigen Kraft beeinflussen. Die Frage, inwieweit die NÖP als eine Orientierung auf marktwirtschaftliche Elemente zeitweiligen oder programmatischen Charakter für den Aufbau des Sozialismus besaß, blieb durch Lenin unbeantwortet.

Das substantielle Problem war, dass der Sowjetmacht in diesem Jahr 1922 keine Zeit mehr verblieb, um über die NÖP als zeitweilige Taktik oder strategische Programmatik nachzudenken und zu diskutieren. »Gerade in diesem Moment,« so Hobsbawm »als die ohnehin rückläufige Wirtschaft Russlands auf 10 Prozent ihres Vorkriegsvolumens zurückgefallen war [...], wurde die in großem Ausmaß notwendige Industrialisierung und deren Einleitung mittels staatlicher Planung zu einer Aufgabe von oberster Priorität für die sowjetische Regierung. Und während die Neue Ökonomische Politik den Kriegskommunismus abwrackte, verblieben staatliche Kontrollen und Zwangsmaßnahmen als das einzig bekannte Modell für eine Wirtschaft mit verstaatlichtem Eigentum und Management.«²⁰ So führte der Zwang, die historische Lücke im Industrialisierungsniveau zum Westen unter ungeheurem Zeitdruck um des Überlebens willen zu schließen, zur Entscheidung für das Modell der »zentralstaatlichen Planwirtschaft«, das die weitere Entwicklung der

18 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Berlin 1949. S. 351.

19 W.I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) 27. März an den XI. Parteitag der KPR(B) im Jahre 1922. In: Werke Bd. 33. S. 271.

20 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995. S. 472.

Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten prägte und das sich auf Dauer als unterlegen erwies.

Inwieweit die NÖP zur damaligen Zeit wirklich eine Alternative für das Überleben der Sowjetunion gewesen wäre, ist aus Sicht der herrschenden Bedingungen eine müßige Frage. Unter den Bedingungen des Kampfes, den der Westen gegen die junge Sowjetmacht geführt hat, und der im Grunde durch den Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion seinen Höhepunkt erreicht hatte, herrschten eben keine Laborbedingungen für das Ausprobieren von Experimenten auf dem Gebiet der Wirtschaftsordnung, die es wohl prinzipiell niemals geben kann. Leider wird oftmals der Umstand, dass es sich bei der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft immer um einen Macht- und Interessenkampf handelt, ausgeblendet. Die strikte Abschottung erschien Stalin wohl als der (scheinbar) sicherste Weg. Auch er führte letztlich in eine strategische Sackgasse, weil genau das Ziel, was Lenin immer vorgeschwebt hat, die Rückständigkeit Russlands zu überwinden und es in die Weltzivilisation zu integrieren, nicht verwirklicht werden konnte.

Nach Beendigung der NÖP gab Stalin die Losung der Industrialisierung aus eigener Kraft aus. Das bedeutete allerdings nicht, auf ausländische Technik zu verzichten. So wurde das gigantische metallurgische Werk von Magnitogorsk zu großen Teilen von USA-Firmen projektiert und ausgerüstet. Aber es war unumschränktes Eigentum der UdSSR. Bis 1937 waren viele deutsche Facharbeiter und Ingenieure beim Aufbau der sowjetischen Industrie, zum großen Teil aus politischem Enthusiasmus heraus, tätig. Sie wurden bis auf Ausnahmen zu diesem Zeitpunkt aus der Sowjetunion ausgewiesen. In Deutschland fielen sie vielfach in die Hände der Gestapo. Ein Teil wurde als Spione verdächtigt und verhaftet. So zerbrachen die letzten Fäden, die Russland mit Deutschland und der industrialisierten Welt verbanden. An dessen Stelle trat der politische Wille, den Sozialismus in der Sowjetunion nahezu abgeschotet aufzubauen.

Die »kapitalistische Umkreisung« spielte für das strategische Verhalten der Sowjetunion immer eine überragende Rolle. Sie war massiv, politisch, militärisch und ökonomisch. Es war auch eine Umkreisung durch den kapitalistischen Weltmarkt. Die junge Sowjetunion fühlte sich vom Ausland, insbesondere Deutschland und Japan, bedroht. Der Überfall Deutschlands 1941 war die Bestätigung für diese Befürchtungen. Der sozialistische Großstaat auf einem Sechstel der Erde war in den Augen des kapitalistischen Westens aus ideologischen wie machtpolitischen Gründen allein durch seine Existenz immer eine Gefahr für ihr eigenes, durch mannigfaltige Krisen geschwächtes System, die beseitigt

werden musste. Auch während des Zweiten Weltkrieges unternahmen die westlichen Alliierten, obwohl sie selbst von Hitler angegriffen worden waren, zunächst nur wenig, um den Vormarsch Hitlers nach Osten durch Entlastungsoperationen wirksam zu stoppen. Erst als sich die Gefahr abzeichnete, dass Hitlerdeutschland durch seine Erfolge beim Vormarsch nach Russland zu übermächtig werden würde, kam es zu einer Wende.

Der Prozess der wirtschaftlichen und politischen Isolierung Russlands fand schließlich mit dem Zusammenbruch der Sowjetmacht sein vorläufiges(?) Ende. Der Preis war die Aufgabe des bis dahin herrschenden politischen Systems. In den Jahrzehnten zuvor herrschte nach dem »heißen Krieg« dann der »Kalte Krieg« mit seinen ungeheuren Rüstungslasten, die der Welt aufgebürdet wurden. Noch immer sind die Gefahren für die Vernichtung der Welt, die aus den Atomarsenalen drohen, nicht gebannt. Es darf die hypothetische Fragestellung erlaubt sein, was aus der Welt geworden wäre und wie sich das Spannungsverhältnis zwischen Russland und der übrigen Welt gestaltet hätte, wenn es nach den Visionen Lenins auf dem Wege der wirtschaftlichen Kooperation einen zivilisierten Umgang zwischen Russland und Europa, insbesondere Deutschland, gegeben hätte?

Diese Entwicklung spiegelt eine historische Tragik, denn nach der Theorie von Marx hatte der Kapitalismus die Großindustrie bereits entwickelt, auf die der Sozialismus nach der Enteignung der »Expropriateure« dann aufbauen sollte; in Russland dagegen musste diese Großindustrie erst nach der sozialistischen Revolution in dem erforderlichen Maße geschaffen werden! So stand die Sowjetmacht vor der Aufgabe einer »nachholenden Industrialisierung«. Diese Aufgabe wurde auch in der späteren Zeit, trotz großer Fortschritte (vor allem auf militärtechnischem Gebiet) für die Gesamtheit der Volkswirtschaft niemals zu Ende geführt. Es bestand, auf die gesamte Industriestruktur bezogen, immer ein Rückstand gegenüber den führenden westlichen Industrieländern.

In der Sowjetunion gelang zu keinem Zeitpunkt, eine wirkliche ökonomische Verbindung von Landwirtschaft und Industrie herzustellen. Die Landwirtschaft wurde in einem Maße vernachlässigt, dass beispielsweise in den 70er Jahren alle Deviseneinnahmen durch den Erdöl-export für den Import von Getreide aus den USA und anderen westlichen Ländern buchstäblich »aufgefressen« wurden. Die schwankenden Getreideernten und ein Ernteverlust von 30 Prozent durch Transport- und Lagermängel ließen eine stabile Eigenversorgung nicht zu. Die Landbevölkerung blieb im wesentlichen verarmt und hatte keine

Möglichkeit, in ausreichendem Maße Industrieprodukte zu kaufen. Die Modernisierung der Industrie vollzog sich nahezu ausschließlich im Verteidigungsbereich, der seinerseits hermetisch gegenüber der übrigen Wirtschaft abgeschottet war. »Weshalb,« so resümiert Hobsbawm, »fragten sich die sowjetischen Arbeiter, sollten sie ihre Produktivität steigern und höhere Löhne erzielen, wenn die Wirtschaft doch nicht die Konsumgüter produzierte, die sie mit diesen höheren Löhnen kaufen könnten? Doch wie sollten diese Güter produziert werden, ohne dass die Arbeiter ihre Produktivität steigerten?« Und Hobsbawm kommt zu dem Schluss: »Es war daher niemals sehr wahrscheinlich gewesen, dass sich die Neue Ökonomische Politik [...] als dauerhafte Strategie erweisen würde.«²¹

Die NÖP und die späteren Reformbewegungen

Der Streit um die NÖP belebte sich in Zusammenhang mit Reformbestrebungen in den mit der Sowjetunion verbündeten sozialistischen Staaten vierzig Jahre später erneut. Neben der Sowjetunion waren nach 1945 weitere sozialistische Staaten entstanden. In Europa waren sie mit Ausnahme Jugoslawiens fest unter Kontrolle der Moskauer Führung. In der DDR existierten aber, trotz vieler Restriktionen, immer noch private Einzelhandelsbetriebe, Handwerker und auch kleine bis mittlere Industriebetriebe in privater Hand oder in Form von gemischten Betrieben, sogenannte »Halbstaatliche Betriebe«. Sie hatten neben den staatlichen Betrieben ihren festen Platz. 1964 beispielsweise betrug der Anteil der halbstaatlichen Industriebetriebe an der Gesamtproduktion 6,5 Prozent und der privaten Betriebe 7,0 Prozent, also zusammen rund 15 Prozent. Das war eine der »Abweichungen« vom sowjetischen Modell, in dem seit Stalin die Reste der NÖP-Periode längst mit Stumpf und Stiel ausgerottet waren. Von Lenins programmatischem Ansatz war nichts übrig geblieben. So waren die Reformbestrebungen in der DDR der Moskauer Führung immer ein Dorn im Auge. Während sie unter Chruschtschow noch geduldet wurden, kam mit Breschnew nach einiger Zeit der Umschwung. Mit ihm wuchs die Kritik an den Reformbestrebungen Ulbrichts, die in den 60er Jahren unter dem Begriff »Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS)« in Angriff genommen worden waren. »Erich, das musst Du ändern«, so

21 Ebenda. S. 474f.

sinngemäß die Mahnung Breshnews an Erich Honecker, der Ulbricht 1971 ablöste. Die Reformpolitik wurde korrigiert und im Zuge dessen wurden 1972 die noch bestehenden privaten bzw. halbstaatlichen Industriebetriebe vollständig in Staatseigentum überführt. Das hat sich sehr nachteilig auf die Versorgung der Bevölkerung ausgewirkt. Diese Veränderung erfolgte, um der sowjetischen Führung zu signalisieren, dass sich die DDR von nun an keine Abweichungen von dem sowjetischen Modell mehr leisten werde. Heute demonstriert die Volksrepublik China, dass Sozialismus und ein starker privater Sektor in der Wirtschaft sowie ein entwickelter Markt, verbunden mit auch ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen zum Westen, sich als tragfähig auch für ein sozialistisches Land erweisen, wenn die politische Macht sich in der Hand einer kommunistischen Partei befindet. Allerdings wird eine längere Zeit abzuwarten sein, um die Tragfähigkeit dieses Modells, das auch als »Sozialistische Marktwirtschaft« bezeichnet wird und das weit über den Leninschen Ansatz der NÖP hinaus geht, auf seine Dauerhaftigkeit zu testen.

Die Sowjetunion löste sich jedenfalls frühzeitig von sozialistischen Experimenten. Es überwog der Erhalt der Macht unter allen Bedingungen. Nach der erfolgreichen Abwehr des faschistischen Überfalls waren endgültig die Würfel gefallen. Der dann von den USA und den Westalliierten inszenierte »Kalte Krieg« hatte die strategische Eindämmung der sowjetischen Macht zum Ziel. Die Spaltung Deutschlands und die Schaffung der Bundesrepublik Deutschlands und deren strikte Integration in das westliche Bündnis spielten dabei eine entscheidende Rolle. Die Systemauseinandersetzung, die zunehmend Züge des Kampfes zwischen zwei Supermächten annahm, drängte die Sowjetunion trotz einiger offensiver Anfängserfolge in der Nachkriegsperiode, zunehmend in eine Position der »Rundumverteidigung«. Jeder Reformversuch wurde argwöhnisch beäugt und – nicht ganz zu Unrecht – als Versuch der Untergrabung der Macht der herrschenden Kommunistischen Partei beurteilt. Die dadurch bedingte Starrheit gewährleistete auf Jahrzehnte eine scheinbare Stabilität – um den Preis der Implosion des Systems. Um die staatliche Hülle dessen, was unter Sozialismus verstanden wurde, zu retten, wurden althergebrachte Methoden der Machtsicherung auf ökonomischen, politischen und militärischen Gebiet angewendet, die mit einem Sozialismus als einer dem Kapitalismus wirklich überlegenen Gesellschaft immer weniger zu tun hatten. Sie werden gemeinhin unter das Schlagwort »Stalinismus« subsumiert.

Unter diesen Umständen musste schließlich der Versuch scheitern, innerhalb einer bestehenden und in sich immer stärker verflochtenen

Welt, eine neue, davon abgeschottete Gesellschaft zu errichten. Hobsbawm spricht davon, dass die sozialistische Region der Welt, »ein separates und weitgehend in sich geschlossenes Subuniversum gebildet hat, in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht.«²² Nur vier Prozent der Exporte aus den entwickelten Marktwirtschaften gingen in die Länder der »zentralen Planwirtschaft«. Dagegen stand in der »übrigen Welt« die Ausdehnung des Weltmarktes, der Marktwirtschaft, des internationalen Kapitalflusses und der Kommunikationsmöglichkeiten (Rundfunk, Fernsehen) für die Ausbreitung der sogenannten »westlichen Lebensweise« und des »Wertesystems der Demokratie«.

Das programmatische Erbe Lenins, wenn wir es als seine Vision einer künftigen Gesellschaft auffassen, einer Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinaus wächst, bietet nach wie vor viele Ansatzpunkte zum Nachdenken. Dazu gehört allerdings auch, die Frage zu beantworten, warum es nach seinem Tode zu so vielen Entstellungen gekommen ist und weshalb es niemals gelungen ist, seinen positiven Gehalt wieder zum Leben zu erwecken. Sicher liegt es auch an der Widersprüchlichkeit dieses Erbes selbst. Es liegt aber auch daran, dass von Seiten seiner Gegner alles getan wurde, es zu zerstören. Aber wenn der Kampf um dieses Erbe so hart war, wenn er fast das ganze zurück liegende Jahrhundert bestimmte, dann zeigt das auch, dass dieses Erbe, das auf der Analyse von Marx und Engels beruht, einen harten Kern hat. Auch wenn die Sowjetunion zerstört wurde, sind die Probleme dieser Welt, die auch die Probleme eines entfesselten Kapitalismus sind, nach wie vor ungelöst. Deshalb ist diese Situation, so sehr sie manche Illusionen auf schmerzhaft Weise zerstört hat, auch eine Chance, neue Strategien gegen den entfesselten Kapitalismus zu entdecken, denn so wie es ist, kann es um das Überleben der Welt willen, nicht bleiben.

Marktwirtschaft – Ausgangspunkt für Reformen?

Die Ergebnisse, die der real stattgefundenen Systemwettbewerb gezeitigt hat, lehren uns, dass es das System der zentralisierten Planwirtschaft nicht vermochte, durchgängig jenen neuen Aufschwung der Produktivkräfte zu organisieren, mit dem sich eine neue Gesellschaftsordnung hätte auszeichnen müssen. Aus dieser Sicht war eine tragfähige Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft in der gesellschaftlichen Praxis

22 Ebenda. S. 467.

nicht entstanden, wie es von den theoretischen Ansätzen und Prognosen her eigentlich erwartet worden war.

Die enge Verflechtung von Marktwirtschaft und kapitalistischer Produktionsweise führt logisch dazu, dass eine Entwicklung der Marktwirtschaft immer auch Kapitalismus ist und dass eine Reform der Marktwirtschaft, immer auch eine Reform innerhalb des kapitalistischen Systems ist. Somit bedeutet der Schritt von der zentralstaatlichen Planwirtschaft zur Etablierung des Marktes und damit von Grundelementen der Marktwirtschaft mit logischer Konsequenz, dem Kapitalismus den Boden zu bereiten. Lenin hatte seinerzeit die Einführung der »Neuen Ökonomischen Politik« ohne Umschweife als Wiederbelebung und Einführung kapitalistischer Elemente in die Wirtschaft Russlands verstanden.

Bekanntlich gibt es kontroverse Auffassungen zu diesem Thema. Wird die Marktwirtschaft konsequenter Weise als »kapitalistische Marktwirtschaft« definiert, dann würde sie in bisheriger Auslegung der Erkenntnisse von Marx genauso gesetzmäßig von der Bühne der Geschichte abtreten müssen, wie der ganze Kapitalismus. Folglich wäre eine Diskussion über deren Reform überflüssig.

Die Analyse des tatsächlichen Verlaufs der Geschichte zeigt, dass unter der Marktwirtschaft im Kapitalismus eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte erfolgte und immer noch erfolgt, die durch aufeinander folgende qualitative Sprünge gekennzeichnet war und ist. Dies entgegen der marxistischen Auffassung, dass der Kapitalismus nach seinem Entstehen alsbald die Entwicklung der Produktivkräfte gesetzmäßig hemmt und eben deshalb durch eine grundsätzlich neue Gesellschaftsordnung abgelöst werden muss.

So oder so, gegen Marktwirtschaft, wie mit ihr, hatten und haben Sozialismusversuche ihre Probleme. Diese allerdings, so vermute ich, liegen in deren Entstehungsgeschichte. Sie begannen alle mit einer vorherigen radikalen Umwälzung aller ökonomischen und politischen Strukturen, um von einem Tag auf den anderen das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen und den Markt durch zentrale Kontrolle und Verteilung der Güter zu ersetzen. Die Marktwirtschaft hat sich gegen Versuche ihrer Abschaffung kraft politischer revolutionärer Gewalt als überaus resistent erwiesen. Es war gerade dieser Versuch, ohne Marktwirtschaft auskommen zu wollen, der ein ganzes politisches System zusammenbrechen ließ.

Somit können bei realistischer Einschätzung Reformen nur aus den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen der Existenz einer vom Kapitalismus getragenen und bis in ihre letzten Winkel von ihm durchdrun-

gene Marktwirtschaft angedacht und angestrebt werden. Sie sind dringend notwendig, denn es erweist sich an unzähligen Beispielen, dass die gegenwärtige Verfassung der Marktwirtschaft die erforderliche Reproduktion der Gesellschaft nicht mehr gewährleistet. Dies zeigt sich am Zurückbleiben des Bildungswesens, an der zunehmenden Verdrängung und Entwertung der menschlichen Arbeit aus dem Leben der Gesellschaft, an der schrankenlosen Ausdehnung der Massenproduktion, an der weitergehenden Umweltzerstörung um immer neue Ressourcen für die Kapitalverwertung um jeden Preis zu erschließen und last not least an der ungelösten sozialen Frage, das heißt der immer weiter um sich greifenden Ausgrenzung von Millionen Menschen an der Teilhabe der Ergebnisse einer auf der anderen Seite hochproduktiven Wirtschaft. Diese Widersprüche harren ihrer Lösung. Ein Weg ist die Veränderung der Marktwirtschaft selbst. Sie bedarf dringend Reformen, nicht aber in Richtung auf den Neoliberalismus, sondern in Richtung auf eine politische Kontrolle ihrer Rolle in der Gesellschaft mit dem Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und die Reproduktion der Gesellschaft, nicht nur als ökonomischen, sondern gleichzeitig als sozialen Organismus zu sichern.

Halbherzige Versuche, Marktbeziehungen im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR zu gestalten – dargelegt am Beispiel des Bauwesens

Joachim Tesch

Beim Thema »Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖS)« kann ich aus ureigenstem Erleben schöpfen und mich auch darauf konzentrieren, zumal so kompetente Autoren wie Claus Krömke¹ und Jörg Roesler² sich ausführlich zu generellen Aspekten des NÖS geäußert haben.

Die Beschlüsse zum Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung wurden bekanntlich im Jahre 1963 gefasst³. Zu diesem Zeitpunkt sammelte ich in einem Berliner Baubetrieb mit rund 3500 Beschäftigten schon zwei Jahre lang nach meiner Promotion praktische Erfahrungen in der Leitung und Kontrolle ökonomischer Prozesse.

Diese Tätigkeit im Baubetrieb ist insofern bemerkenswert, als es zum Grundsatzbeschluss NÖS einen parallelen Beschluss für das Bauwesen gab: »Beschluss über die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen« vom 14. Juni 1963⁴. Er wurde in derselben Broschüre wie der Grundsatzbeschluss veröffentlicht. – Auf dem Beschlusswege kam es sogar zu einem zeitlichen Kuriosum: Der Beschluss über die Anwendung im Bauwesen ist mit dem 14. Juni, aber der inhaltlich vorlaufende

1 Siehe Claus Krömke: Das »Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und die Wandlungen des Günter Mittag. Hefte zur ddr-geschichte 37. Berlin 1996.

2 Siehe Jörg Roesler: Zwischen Markt und Plan. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR. Berlin 1990.

3 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluss des Präsidiums des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1963. Berlin 1963. S. 5-136.

4 Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen. Beschluss des Präsidiums des Ministerrats der DDR vom 14. Juni 1963. Veröffentlicht zusammen mit: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1963. S. 137-184.

»Beschluss über die Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« erst mit dem 11. Juli 1963 datiert.

Der parallele Beschluss zum Bauwesen war sicherlich nicht in erster Linie der bewussten Berücksichtigung der Besonderheiten im Reproduktionsprozess dieses Volkswirtschaftsbereichs geschuldet, sondern vor allem dem Umstand, dass es damals eine allgemeine große öffentliche Unzufriedenheit mit viel zu langen Bauzeiten, viel zu hohem Bauaufwand und viel zu niedriger Produktivität im Bauwesen gab. Absicht und Hoffnung waren darauf gerichtet, hier mit dem NÖS im Schutze der Mauer eine Wende zu erreichen. Das war in Berlin sehr konkret zu erleben, zumal mehrere Zehntausend Bauarbeiter, die bis dahin in Westberlin gearbeitet hatten, nunmehr auf Ostberliner Baustellen tätig wurden, und wir dachten, mit dem allen vieler Sorgen ledig zu sein. Jedenfalls gingen wir mit Enthusiasmus und Optimismus und – aus späterer Sicht: mit ziemlicher Naivität – an die Umsetzung der Beschlüsse.

Anfang 1964 kam ich ins Ministerium für Bauwesen (MfB), zunächst als Leiter des Sektors Statistik, und wurde dann 1966 der für den Bereich Planung und Ökonomie zuständige Stellvertreter des Ministers. In diesen Funktionen war ich direkt in die Umsetzung der Beschlüsse zum NÖS eingebunden und trug dafür eine hohe Verantwortung. In dieser Rolle nahm ich auch an den Beratungen der Arbeitsgruppe für die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus beim Präsidium des Ministerrates teil.

Und da der Minister für Bauwesen der DDR innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der Ständigen Kommission Bauwesen (SKB) vorstand, hatte ich auch die entsprechende Arbeitsgruppe Prognose und Ökonomie zu leiten, die mehrmals den Erfahrungsaustausch zu den Wirtschaftsreformen in mehreren RGW-Ländern organisierte. Daraus ergab sich ein ausgeprägtes Interesse an den Reformbemühungen in anderen Ländern, neben der UdSSR⁵ besonders an der CSSR⁶ und an Ungarn⁷ – sowohl im allgemeinen (ich verweise auf die

5 Siehe Evsej G. Liberman: Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion. Akademie-Verlag Berlin 1973. In der BRD veröffentlicht als: Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über die Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion. Frankfurt am Main 1974. – N. J. Drobitschinski, W. G. Starodubrowski (Red.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR. Berlin 1972.

6 Ota Šik: Ökonomie – Interessen – Politik. Berlin 1966.

7 János Kornai: Mathematische Methoden bei der Planung der ökonomischen Struktur. Unter Mitarbeit von Tamas Liptak und Peter Wellisch. Berlin 1967.

damals auch in der DDR veröffentlichten Schriften von Liberman, Šik und Kornai) als auch speziell zum Bauwesen.

Uns leitete die Absicht, innerhalb des Systems der zentralen staatlichen Planung durch den Übergang von administrativen Methoden auf ökonomische Instrumente – »ökonomische Hebel« wie damals formuliert wurde – Leistungsfähigkeit und Effizienz beschleunigt zu erhöhen, bezogen auf das Bauwesen: die Bauzeiten entschieden zu verkürzen, den Bauaufwand spürbar zu senken und die Arbeitsproduktivität sprunghaft zu erhöhen. Die ökonomischen Hebel sollten an die Interessen der Wirtschaftssubjekte anknüpfen, um gesellschaftliche, betriebliche und persönliche Interessen miteinander zu verbinden⁸. Die entsprechenden Zielstellungen und Maßnahmen waren Gegenstand der 5. Tagung des ZK der SED 1964⁹, der 4. und der 5. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR¹⁰ sowie von mehreren Plenartagungen der Deutschen Bauakademie [später Bauakademie der DDR]¹¹. Sie waren auch Gegenstand internationaler Konferenzen unter dem Dach der SKB des RGW, u. a. in Bratislava¹².

Zu den genannten drei Aspekten – Bauzeitverkürzung, Senkung des Bauaufwandes und Steigerung der Produktivität – möchte ich beispiel-

8 Vgl. Joachim Tesch: Zum ökonomischen Interesse der Baubetriebe an der Erhöhung des volkswirtschaftlichen Nutzeffekts von Investitionsbauten. In: *Wirtschaftswissenschaft* 14(1966)10. S. 1639-1648.

9 Siehe Wolfgang Junker: Die Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 14. Juni 1963 über das neue ökonomische System der Planung und Leitung im Bauwesen. Ergänzungsreferat auf der 5. Tagung des ZK der SED 1964. Beilage zu *Der Bau* vom 15.2.1964.

10 4. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR 1965: Die weitere Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1966. – Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz der DDR: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975. Berlin 1969.

11 Bauakademie der DDR [damals noch Deutsche Bauakademie]: 2. Plenartagung. Zu Fragen der Ökonomie im Bauwesen. Berlin: [Deutsche] Bauinformation 1962.– 17. Plenartagung. Die Planung und Leitung der Bauindustrie in Verbindung mit dem System ökonomischer Hebel unter Berücksichtigung der Aufgaben des ökonomischen Experiments im volkseigenen Bau- und Montagekombinat Nord, Stralsund. Berlin: [Deutsche] Bauinformation 1965. – 18. Plenartagung. Aufgaben und Arbeitsweise der Deutschen Bauakademie in der zweiten Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung. Berlin: [Deutsche] Bauinformation 1966.

12 Joachim Tesch: Zur Frage der Wechselbeziehungen administrativer Methoden der Leitung und der Anwendung ökonomischer Kategorien in der Planung und Leitung des Bauwesens der DDR (Diskussionsbeitrag). In: Konferenz über die ökonomische Leitung des Bauwesens. Bratislava 1966. Band 2. S. 173-181 (russ.)

haft das Herangehen und die begrenzte Wirkung erläutern, bevor ich einige wenige grundsätzliche Folgerungen ableite.

I.

Um das Interesse der Volkswirtschaft an kurzen *Bauzeiten* enger mit dem ökonomischen Interesse der Baubetriebe zu verknüpfen, bildete der Übergang auf die »Abrechnung von Warenproduktion« einen Schwerpunkt¹³.

Darunter war folgendes zu verstehen: Bis Anfang der 60er Jahre wurden die von den Baubetrieben erbrachten Bauleistungen den Auftraggebern dekadenweise bzw. monatlich mit Abschlagszahlungen in Rechnung gestellt und von diesen entsprechend bezahlt. Das wurde mit dem Übergang zum NÖS dahingehend geändert, dass nur noch die fertigen Objekte oder – bei sehr umfangreichen, langfristigen Bauvorhaben – gebrauchswertmäßig bzw. technologisch abgrenzbare Bauabschnitte in Rechnung gestellt und bezahlt werden durften. Die große Hoffnung war, dass es dadurch endlich gelingen könnte, die langen Bauzeiten entschieden zu verkürzen. Das stellte sich schnell als Irrtum heraus, vielmehr gerieten die Baubetriebe infolge ihrer geringen Umlaufmittelausstattung in große finanzielle Schwierigkeiten, was zu heftigen Auseinandersetzungen in der Leitung des MfB führte. Als mir dann persönlich vorgeworfen wurde, die Beschlüsse nicht konsequent umgesetzt zu haben, beantragte ich ein Parteiverfahren gegen mich selbst. Dazu kam es nicht, sondern wir kehrten zu den Sachproblemen zurück. Praktisch geschah dann vor allem zweierlei.

Erstens wurde im Präsidium des Ministerrates ein Beschlussvorschlag zur Erhöhung der Umlaufmittelausstattung der Baubetriebe eingebracht. Ich hatte zum betreffenden Tagesordnungspunkt den Minister für Bauwesen zu vertreten. Dank der Unterstützung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission (SPK), Gerhard Schürer, und des anwesenden Staatssekretärs aus dem Ministerium der Finanzen wurde der Vorschlag gebilligt. Damit waren die größten Finanzprobleme der Baubetriebe gelöst.

13 Joachim Tesch: Welche Anforderungen ergeben sich aus der Festlegung der Warenproduktion als wichtigste Kennziffer des Planes der Bauproduktion an die Bau- und Investitionsstatistik? In: Statistische Praxis 1966/2, S. 56-59. – Stärkere Konzentration der Betriebe und Kombinate des Bauwesens auf die Warenproduktion (Interview). In: Die Wirtschaft 22(1967)21. S 5f.

Zweitens trug die Enttäuschung über die relative Wirkungslosigkeit des Übergangs auf die Abrechnung von Bauwerken als Warenproduktion dazu bei, die staatliche Administration in der Baubilanzierung zu perfektionieren¹⁴.

Die Baubilanzierung war – ähnlich der Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung (MAK-Bilanzierung) – hierarchisch gegliedert. Von der Zentrale – dem Ministerrat bzw. der SPK – erhielten einerseits die Bedarfsträger im Rahmen der Investitionsplanung »Bauanteile« zugewiesen und andererseits die Baukombinate und Bauämter entsprechende Auflagen für Bauproduktion. Diese Fonds bzw. verbindlichen Kennziffern wurden über die betreffenden Ministerien und die ihnen nachgeordneten staatlichen Institutionen bis auf die Ebene der Betriebe aufgeschlüsselt und diesen zugeteilt. Ein gravierendes Problem war dabei immer, dass die Plangrößen an der Spitze wertmäßig korrespondierten, aber an der Basis der Pyramide die Gebrauchswertstrukturen des Baubedarfs einerseits und die technologische Struktur der Baukapazitäten andererseits nur zum Teil zusammenpassten¹⁵. Soweit von den staatlichen Bilanzorganen keine einvernehmlichen Entscheidungen getroffen werden konnten, kam es in der Regel dann in sogenannten territorialen Komplexberatungen unter Leitung von Stellvertretern des Ministerpräsidenten zu weiteren staatlichen Entscheidungen, die sich mehr oder weniger realisieren ließen.

So konnten die »Baubedarfsträger« und die Baubetriebe kaum selbstständig über die Durchführung von Bauaufgaben entscheiden, sondern waren auf die Weisungen staatlicher Organe angewiesen. Da der Druck wegen zu knapper Baukapazitäten ständig erheblich war, wurden immer wieder zu viele Bauvorhaben gleichzeitig in die Bilanzen eingeordnet, so dass damit von vornherein die Ursache für zu lange Bauzeiten gegeben war.

Persönlich hatte ich dann noch die undankbare Aufgabe, federführend die gesamte staatliche Administration auf diesem Gebiet in die erste Baubilanz-Verordnung zu fassen, die im Jahre 1971 vom Ministerrat beschlossen wurde. Damals begann ich zu begreifen, wie wenig die

14 Joachim Tesch (mit Else Jung): Durch langfristige Baubilanzierung zur höheren Effektivität im Investgeschehen. In: Die Wirtschaft 1966/21, S. 3f. – Joachim Tesch: Bedingungen für die Sicherung des planmäßigen Baubedarfs der Volkswirtschaft durch eine sich vorwiegend ökonomischer Mittel bedienende Baubilanzierung. In: Wirtschaftswissenschaft 16(1968)2. S. 237-249.

15 Siehe auch Herbert Wolf zum generellen Problem der Desaggregation komplexer Planungsgrößen in: Ansichten zur Geschichte der DDR. Band VI. Bonn, Berlin 1996. S. 31.

Veränderung lediglich eines einzelnen Elements in einem komplexen ökonomischen System ausrichten kann.

Die administrative Fixierung des Produktionsprogramms der Baubetriebe im Prozess der staatlichen Baubilanzierung hatte – neben dem Nachteil, dass in den Bilanzberatungen kaum ein Minister der Versuchung widerstehen konnte, zu viele Bauobjekte gleichzeitig in die Bilanz einzuordnen und dadurch bei gegebener Baukapazität die Bauzeiten zwangsläufig zu verlängern, – weitere nachteilige Folgen:

- Die Baubilanzierung erfolgte auf der Grundlage der Bauproduktion als einer Bruttoproduktionskennziffer und nicht der Warenproduktion. Dadurch wurde die Hauptaufmerksamkeit der Leiter auf die Erfüllung des Planes der Bauproduktion gelenkt – von der Planung über die Bilanzierung bis zur täglichen Plankontrolle.
- Demgegenüber traten die Warenproduktion und alle damit verbundenen Aufgaben zur Kostensenkung sowie die finanziellen Beziehungen in den Hintergrund der Leitungstätigkeit; die entsprechenden Aufgaben wurden den Ökonomen überlassen.

Darüber hinaus führten die im Prozess der Desaggregation der Plankennziffern von oben nach unten unvermeidbaren Diskrepanzen zwischen gebrauchswertmäßiger und wertmäßiger Planung und Bilanzierung oft bei den Auftraggebern zu Geldüberhängen, während wegen technologischer Probleme teilweise nicht planmäßig einsetzbare Baukapazitäten in den Territorien für »Schwarzbauten« – nützlich oder weniger nützlich – verwendet werden konnten.

Auf diesem Boden gedeihten allerdings auch spezifische Formen der Verhandlungsökonomie zwischen den Betrieben und ggf. auch von falschen Angaben in der staatlichen Berichterstattung. Das betraf insbesondere die Jahresabgrenzung in der Planerfüllung, indem Leistungen bereits gemeldet wurden, die aber erst zu erbringen waren. Dafür auch ein Beispiel aus der Bauakademie, wo zu meinem Verantwortungsbe-
reich – 1977 bis 1982 – auch die Eigeninvestitionen gehörten: Wir hatten für eine für Forschungszwecke dringend benötigte Versuchshalle in Berlin bereits mehrere Jahre die entsprechenden Bilanzanteile und Gelder, fielen aber immer wieder aus der Baubilanz heraus; dann einigten wir uns mit einem Berliner Baukombinat auf folgenden »Handel«: Das Baukombinat lieferte gegen Jahresende nur die Montageteile auf die Baustelle, berechnete aber bereits die Montage bis zum Abschluss des Rohbaus, die jedoch erst im folgenden Jahr erfolgte. So war beiden Partnern geholfen: der eine konnte die Planerfüllung melden, der andere bekam seine geplante Halle. – Solche Vorgänge waren kein Einzelfall: Wenn ein aus irgendwelchen Gründen in Ungnade gefallener Leiter

ohne längere politische Auseinandersetzungen seines Amtes enthoben werden sollte, reichte in der Regel eine Revision und körperliche Inventur der Jahresabgrenzung in der Produktion. Keiner konnte in diesem System alle Vorschriften einhalten.

Als Zwischenfazit ist festzustellen: Das Produktionsprogramm der Baubetriebe wurde im wesentlichen durch übergeordnete staatliche Festlegungen im Prozess der Baubilanzierung direktiv und administrativ festgelegt. Auch die Länge der Bauzeiten wurde dadurch entscheidend beeinflusst. Der Übergang auf die Abrechnung von Bauwerken als Warenproduktion änderte daran grundsätzlich nichts.

II.

Um das Interesse an der *Senkung des Investitions- und Bauaufwandes* und die Funktionsfähigkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Baubetrieben zu stärken, war die Preisreform im Bauwesen ein zweiter wesentlicher Maßnahmekomplex. Diese Reform wurde mit einem außerordentlich großen Arbeitsaufwand in mehreren Schritten durch überbetriebliche Arbeitsgruppen vorbereitet, um dann in allen Baubetrieben in der DDR für gleichartige Leistungen neue einheitliche Einzelpreise einzuführen¹⁶. Die Bildung überbetrieblicher Arbeitskreise für die Preisbildung war notwendig, weil – wie leicht nachzuvollziehen ist – vergleichbare Leistungssortimente in einer Vielzahl von Baubetrieben existierten und so die gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Kosten nur überbetrieblich ermittelt werden konnten.

Die Preisreform war zunächst auch ein großer politischer Kraftakt, da die noch zahlreich existenten Bauhandwerker – sei es private oder genossenschaftliche – befürchteten, dass ihnen bei der Preisreform durch niedrigere Gewinnkalkulationen ökonomisch der Garaus gemacht werden sollte. Vor der Einführung der neuen Baupreise reisten Verantwortliche des MfB deshalb wie die Wanderprediger durch die Bezirke der DDR, um zu beteuern, dass mit den neuen Preisen nicht beabsichtigt sei, die Bauhandwerker zu ruinieren.

Nach der Einführung der neuen Baupreise hatten wir das gleiche Problem, aber mit umgekehrtem Vorzeichen: Infolge überplanmäßiger Gewinne vermuteten die volkswirtschaftlichen Kontrollinstanzen, die

16 Joachim Tesch: Die Auswirkungen der mit der Industriepreisreform in der Bauwirtschaft wirksam gewordenen neuen Preise. In: Zur Industriepreisreform in der Bauwirtschaft. Berlin 1967. S. 7-22.

Preise seien überhöht gebildet worden. Die Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) und mein Verantwortungsbereich lieferten sich bei der Ursachenforschung und der Suche von Schuldigen ein längeres Verfolgungsrennen, bis wir schneller waren und beweisen konnten, dass es nicht an der Preiskalkulation lag. Uns war aufgefallen, dass die Gewinne nach der Preisreform in den Tiefbaubetrieben am größten waren. Die Tiefenprüfungen ergaben, dass die Einzelpreiskalkulationen korrekt, aber die abgerechneten Mengen zu hoch waren – und die sind aus plausiblen Grunde beim Tiefbau nachträglich am schwersten zu kontrollieren¹⁷. Viele Auftraggeber waren froh, dass überhaupt gebaut wurde; außerdem wollten sie in der Regel vom de-facto-Baumonopolisten im Territorium auch zukünftig noch weitere Bauwerke errichtet bekommen; da sah man schon gelegentlich über die Mengenansätze mancher Rechnung hinweg, zumal das Geld meist nicht knapp war.

Aber die Probleme der Baupreise waren noch schwerwiegender. Sie stimulierten die Baubetriebe nur schwach, den Bauaufwand und die Kosten zu senken, da sie ungenügend mit der wirtschaftlichen Rechnungsführung und den Interessen der Baubetriebe verknüpft waren. Die erwirtschafteten Gewinne wurden an den Staatshaushalt abgeführt und die für die staatlich geplanten Investitionen benötigten Mittel vom Staatshaushalt wieder zugeführt. Um engere Beziehungen zwischen der Gewinnerwirtschaftung und den Investitionen herzustellen, sollte im Rahmen des NÖS auf das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel übergegangen werden. Mit diesem Prinzip korrespondierte aber der bei der Industriepreisreform eingeführte kostenbezogene Preistyp nicht. Deshalb wurde der Übergang auf den »fondsbezogenen« Preistyp auch im Bauwesen vorbereitet¹⁸. Mein großer Artikel zum Übergang auf den fondsbezogenen Preistyp erschien in der Wochenzeitung »Die Wirtschaft« noch, als schon alle Messen gelesen waren und seine Einführung gestoppt wurde.

Als Zwischenfazit ist hier festzustellen: Preise dienten nur als Messgrößen für die Produktion und als Mittel finanzieller Verrechnun-

17 Ich erinnerte mich auch an meine Erfahrungen in einer Studentenbrigade auf dem Bau der Jugend Trattendorf. Wir fuhren aus einem großen Keller mit Feldloren Trümmerschutt hinaus. Der Brigadier hatte einen »weichen Bleistift«; bei Nachrechnungen hätte festgestellt werden können, dass das abtransportierte Volumen deutlich größer als der Rauminhalt des Kellers war!

18 Siehe Joachim Tesch: Der Übergang zum fondsbezogenen Baupreis – ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung des ökonomischen Systems im Bauwesen. In: Die Wirtschaft 25(1970)34. S. 3f.

gen, aber ohne nennenswerte Anreize für die Effektivierung der Produktion auszulösen. Sie waren kein echtes Entscheidungskriterium für die Betriebswirtschaft. Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung ist nie voll zur Wirkung gekommen. Bestenfalls bewirkte es eine Umschichtung der Finanzierungsquellen.

Aber selbst, wenn der Übergang zum fondbezogenen Preis gelungen wäre: Der Grundmangel staatlich administrierter Preis wäre geblieben. Die einzig mögliche Methode einer staatlich administrierten Baupreisbildung – die Festlegung von einheitlichen Preisen für Teilleistungen – war auch nicht geeignet, das Interesse der Baubetriebe an der Anwendung der volkswirtschaftlich günstigsten Bauweise zu stimulieren. Dieser und jener erinnert sich vielleicht noch an die heftigen Debatten über die Verteuerung der Bauwerke beim Übergang von Mauerziegeln auf Betonfertigteile. Es gab keinen Wettbewerb um kostengünstige Leistungs- und Preisangebote. Die Auftraggeber akzeptierten die von den Baubetrieben diktierten Bauweisen, um überhaupt in die Baubilanzen hineinzukommen. Als abschreckende Mahnmale sei an die mehrgeschossigen Wohngebäude in industrieller Bauweise auf dem flachen Lande – in den Dörfern – erinnert.

III.

Die Steigerungsrate der *Arbeitsproduktivität* war bei der Aufstellung und Abrechnung der Pläne heiß umstritten. Hier herrschte besonders viel Voluntarismus. Ich erinnere mich z. B. an die Auseinandersetzungen, die bis zum Morgen vor der Eröffnung der 5. Baukonferenz andauerten. Der Minister gab dem politischen Druck nach und forderte generell von den Baubetrieben eine jährliche Erhöhung der Produktivität um mehr als 10 Prozent¹⁹.

Zweifellos gab es in den Betrieben erhebliche Leistungsreserven, aber zu ihrer Erschließung hätte es neben besseren technischen Ausrüstungen einer engeren, konsequenteren Verbindung von Leistung und Arbeitseinkommen bedurft. Hier sah das NÖS durchaus eine engere Verknüpfung von persönlicher und betrieblicher Interessiertheit über Lohn und Jahresendprämien vor, die jedoch in der Praxis nicht konsequent verwirklicht wurde. In Bezug auf den Lohn ist das in diesem Kreise sicherlich allgemein bekannt. Deshalb aus dem Bauwesen nur ein kleines Beispiel: Vor dem Einbau von Personenaufzügen in den viel-

19 Siehe Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz der DDR. Berlin 1969. S. 34.

geschossigen Wohngebäuden waren in den Arbeitsnormen Zeiten für den körperlichen Transport von Ausbaumaterialien über die Treppen enthalten; dann wurden die Personenaufzüge für den Transport benutzt, aber die Treppenzuschläge blieben in den Normen.

Weniger bekannt, aber noch anschaulicher sind die Erfahrungen mit der Jahresendprämie, die im Rahmen des NÖS in Abhängigkeit von den betrieblichen Ergebnissen gezahlt werden sollte. Dazu sei auf die Ereignisse im Zusammenhang mit der Jahresendprämie im WBK Cottbus im März 1970 eingegangen. Sie wundern sich vermutlich über den in meinem Literaturverzeichnis angegebenen wissenschaftlich unbedeutenden Artikel aus der SED-Funktionärszeitschrift »Neuer Weg«²⁰. Aber er ist die aufschlussreiche Reflektion eines charakteristischen Vorgangs am Ende des NÖS. Die Leitung des WBK wollte und konnte entsprechend den ungenügenden Ergebnissen im Jahre 1969 Anfang 1970 keine Jahresendprämie zahlen. Darauf legte eine Produktionsbrigade einen halben Tag lang auf einer Baustelle die Arbeit nieder. Davon erfuhr der Minister für Bauwesen nach etwa 10 Tagen, allerdings nicht auf dem regulären Informationsweg von unten nach oben, sondern aus dem »Großen Haus« – dem ZK der SED. Die hektische Folge war: Buchstäblich über Nacht wurde eine hochrangige Arbeitsgruppe eingesetzt und nach Cottbus entsandt. Ich vermeide, im einzelnen darzulegen, was sich vor Ort mit vielen Akteuren – von Partei bis Staatssicherheit – abspielte. Aber die internen Wirkungen im Ministerium für Bauwesen sind für unser heutiges Thema aufschlussreich. Die offizielle Schlussfolgerung lautete: Zukünftig seien die von den Produktionskollektiven nicht beeinflussbaren Faktoren aus den betrieblichen Ergebnissen der Planerfüllung zu eliminieren. Da das aber angesichts der großen Komplexität der Einflussfaktoren nicht praktikabel war, bewahrten die Planungsabteilungen im Ministerium für Bauwesen sich und die Baukombinate vor unliebsamen Wiederholungen der Cottbusser Ereignisse dadurch, dass rechtzeitig vor Jahresende die Finanzpläne generell so »präzisiert« wurden, dass die Jahresendprämien durchgängig gezahlt werden konnten. Damit waren die Jahresendprämien in den Baubetrieben eine leistungsunabhängige feste Zahlung geworden.

Als Zwischenfazit ist hier festzustellen: Weder beim Lohn noch bei den Jahresprämien gelang es, eine strikte Verknüpfung von Leistung und Arbeitseinkommen herzustellen. Hier liegt eine Ursache für die zu geringe Arbeitsintensität – neben der unzureichenden technischen Ausstat-

20 Rudolf Wettengel: Weniger Wortgeprassel ... Zu einer »Argumentation« des Wohnungsbaukombinates Cottbus. In: Neuer Weg 25(1970)10. S. 439-441.

tung entscheidend für den Produktivitätsrückstand im internationalen Maßstab – sowie für die Defizite in der Versorgung und letztlich für das Auseinanderfallen von Warenangebot und Geldmenge.

Das Cottbusser Beispiel zeigt darüber hinaus, dass die zentralistische sozialistische Ordnung über keine hinreichenden demokratischen Mechanismen verfügte, um lokale politische und ökonomische Konflikte, die in jedem System unvermeidbar sind, auch dezentral zu bewältigen. So drohte jede örtliche Störung das politische Gesamtsystem in Frage zu stellen.

IV.

Zusammenfassend ist festzustellen: Der Versuch des NÖS kam nicht zur Reife und wurde beim Übergang von Ulbricht auf Honecker abgebrochen²¹. Der Versuch blieb halbherzig.

Erstens wurde den Wirtschaftseinheiten generell – nicht nur den Baubetrieben – keine hinreichende Eigenverantwortung für ihren Produktions- und Reproduktionsprozess übertragen. Das war eine entscheidende Ursache der mangelnden Effektivität der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Hinzu kamen die dauerhaften Schwierigkeiten beim rechtzeitigen, ausreichenden und sortimentsgerechten Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten, die die Neigung zur Autarkie förderten und so den erreichten und möglichen Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der Produktion zurückentwickelten.

Zweitens wurden im Planungssystem charakteristische Elemente, die auf der Ebene der Produktionseinheiten unumgänglich sind, in der zentralen Planungsinstanz nur kosmetisch verringert, im Kern aber beibehalten und dadurch hypertrophiert. Dazu zählen:

- Die primär naturalwirtschaftliche Ausrichtung der Planung, auch wenn die Produktionspläne in wertmäßiger Form ausgewiesen wurden, und die Dominanz von Mengenkennziffern zur Bewertung der betrieblichen Arbeitsergebnisse; sowie
- die große Detailliertheit der Wirtschaftspläne und die relativ kurzen Planperioden. Statt tatsächlich die Fünfjahrpläne zum Hauptsteuerinstrument zu machen, wuchs die Rolle kürzerer Planperioden, bis zu Quartals- und Monatsplänen.

21 Neben den genannten Schriften von Krömke und Roesler sei auch auf Stefan Bollinger verwiesen: Die DDR kann nicht über ihren Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. hefte zur ddr-geschichte 5. Berlin: Gesellschaftswissenschaftliches Forum 1993.

Hinzu kam, dass das System der administrativen Zuteilung von Fonds an ökonomischen Ressourcen beibehalten wurde, obwohl es erheblich zur Reproduktion von Knappheit und Mangel beitrug, indem es die Betriebe veranlasste, mehr Bauinvestitionen, Rohstoffe und Materialien als benötigt anzufordern und – soweit möglich – Vorräte in einem Ausmaß zu horten, das unter anderen Voraussetzungen unökonomisch gewesen wäre.

Die infolge des detaillierten zentralen Planungssystems aufgeblähten Daten- und Berichtsanforderungen und die zahlreichen Kontrollen beeinträchtigten außerdem weiterhin zeitlich und geistig die Tätigkeit von Direktoren, Ökonomen und Ingenieuren zu Lasten ihrer ureigensten Leitungs- und Planungsfunktionen, vor allem auf den Gebieten der Forschungs- und Entwicklungsarbeit und der Produktionsorganisation.

Drittens wurden das Wohl und Wehe des Betriebes und der in ihm beschäftigten Werktätigen nicht konsequent von der eigenen Leistung und den sich daraus ergebenden Einnahmen abhängig gemacht. Erfolg oder Misserfolg entschieden meist nur über die Verweildauer von Direktoren in ihren Funktionen. Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel ist nie konsequent umgesetzt worden. Größere finanzielle Verantwortung für die Investitionstätigkeit hätte allerdings auch Rechte auf die Gestaltung von Kreditbeziehungen einschließen müssen und damit ebenfalls die Stellung und Rolle der Banken verändert. Aber vor der Ausdehnung der Geldwirtschaft scheuten die politisch Verantwortlichen wie der Teufel vor dem Weihwasser zurück.

Das Haupthindernis in der Fortführung des NÖS waren die gesellschaftlichen, insbesondere die politischen Rahmenbedingungen in der DDR und im sozialistischen Lager. Die Fortführung war auch nicht primär ein Problem der mathematischen Modellierung – in dieser Hinsicht gab es zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, teils in der richtigen Richtung, teils aber auch als Perfektionierung des zentralistischen administrativen Systems angelegt.

Auch Erklärungsversuche, dass Halbherzigkeit und Abbruch des NÖS in der DDR durch ihre spezifische Situation bedingt waren, taugen nicht. Die Lage war in den anderen Ländern des RGW nur graduell anders. Es fehlt hier die Zeit, näher auf die Situation in diesen Ländern einzugehen. Nur soviel: In der CSSR beendete die Intervention der Warschauer Paktstaaten im Sommer 1968 die Versuche. Am weitesten gediehen sie in der Ungarischen Volksrepublik, letzten Endes aber auch ohne dauerhafte ökonomische und politische Wirksamkeit. Die erwähnten tschechischen und ungarischen Autoren haben in späteren Veröffent-

lichungen – Ota Šik²² schon im Schweizer Exil, János Kornai²³ weiterhin in seiner Heimat – versucht, tiefer zu den Ursachen für die Widersprüche im staatssozialistischen Wirtschaftssystem vorzudringen und adäquate Schlussfolgerungen zu ziehen.

M. E. lautet eine entscheidende Lehre aus dem NÖS, dass ein wesentliches Merkmal einer »sozialistischen Wirtschaftsordnung« in einer realen hohen Eigenverantwortung der Produzenten für ihren Produktions- und Reproduktionsprozess im Rahmen gesellschaftlicher Regulierung bestehen muss. Und daran schließt sich die weitergehende Feststellung an: Dazu bedarf es gesellschaftlicher Mechanismen, die es gestatten, lokale oder partielle Interessenkonflikte unter aktiver Mitwirkung aller Beteiligten vor Ort zu lösen. Ob solche Verhältnisse durch die Kurzbezeichnungen »sozialistische Marktwirtschaft« und »demokratischer Sozialismus« benannt werden können, bleibt der weiteren Diskussion vorbehalten.

Schließlich eine persönliche Schlussbemerkung: Als der Versuch des NÖS zu Ende war, gehörte ich zu denen, die aus ihrer staatlichen Verantwortung ausschieden. Andere sahen das als einen Karrierebruch, ich dagegen war zufrieden, konnte ich doch endlich mein persönliches Ziel – die Lehraufgabe an einer Hochschule – erreichen, denn ich wurde an die damalige Hochschule für Bauwesen in Leipzig als Gründungsdirektor der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft berufen.

22 Ota Šik: Die sozialgerechte Marktwirtschaft – ein Weg für Osteuropa. Mit Beiträgen von L. Balcerowicz, W. Brus, J. Kosta, K.-F. Raible. Hrsg. von Elke und Wolfgang Leonhard. Freiburg im Breisgau 1990.

23 János Kornai: Contradictions and Dilemmas. Studies on the Socialist Economy and Society. Budapest 1985.

Das Neue Ökonomische System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und der Strukturwandel in der Landwirtschaft der DDR

Rainald Ackermann

Bei der Darstellung sowie Beurteilung der Verwirklichung des »Neuen Ökonomischen Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft« sind die Entwicklungen der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und der sozialökonomischen Struktur der Landwirtschaft der DDR zu berücksichtigen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Umwandlung einzelbäuerlicher Betriebe in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), die abgesehen von den Volkseigenen Gütern (VEG) ab den 60er Jahren fast die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschafteten (siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite). Rosenkranz schreibt zur Situation im Jahre 1990, die die Entwicklung von vier Jahrzehnten widerspiegelt, ohne die Schattenseiten der »sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft« zu übersehen: »Die Genossenschaftsbauern haben 1990 sehr schnell erkannt, was ihren Kollegen in den alten Bundesländern noch bevorsteht: der Wandel vom bäuerlichen Familienbetrieb zum Produzenten von Nahrungsgütern in Betrieben mit Flächen, die meist gepachtet sind und deren Bewirtschaftung weitgehend von dem für die Produktion erforderlichen Maschinensystem bestimmt wird.«¹

1 Otto Rosenkranz: Zur Entwicklung der Landarbeitslehre, Technologie und landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftswissenschaften in Sachsen von 1920 bis 2000. In: Beiträge der betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Forschung in Sachsen zur Entwicklung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert. Leipziger Universitätsverlag 2000.

Tabelle 1: Entwicklung der sozialökonomischen Struktur in der Landwirtschaft der DDR von 1950 bis 1989

Jahr	Betriebsform ²	Anzahl	Anteil an der LN ³ in %	Durchschn. Betriebsgröße in ha
1950	Einzelbauern	855.624	94,3	7
	VEG	599	2,7	317
1955	Einzelbauern	780.990	72,7	6
	LPG Typ I u. II	1.504	2,1	76
	LPG Typ III	4.375	16,5	236
	VEG	540	4,4	525
1960	Einzelbauern	30.202	7,6	16
	LPG Typ I u. II	13.022	31,0	115
	LPG Typ III	6.323	52,0	507
	VEG	669	6,3	602
1970	LPG Typ I u. II	3.485	13,8	249
	LPG Typ III	5.524	72,0	819
	VEG	511	7,0	866
1980	LPG	3.946	87,2	1326
	VEG	469	6,3	845
1989	LPG	3.844	87,4	1353
	VEG	464	7,2	962

In der Tierhaltung hatten mit der Ausnahme von Rindern auch sogenannte persönliche Hauswirtschaften der Genossenschaftsbauern und andere individuelle Tierhaltungen ein nicht unbedeutendes Gewicht (siehe Tabelle 2).

2 Betriebe ab 0,5 ha bewirtschaftete Fläche.

3 Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) insgesamt einschließlich der von Kirchen, Kleinstbetrieben und Gärtnereien sowie Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften bewirtschafteten Fläche, so dass die Summe der unter dieser Spalte angeführten Anteile unter 100% bleibt.

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR. Berlin. 1957: S. 350, 351. 1961: S. 419, 421. 1971: S. 179-182. 1981: S. 161-163. 1990: S. 212.

Tabelle 2: Überblick über die persönliche Tierhaltung in der DDR im Jahre 1989⁴

Viehart	Viehbestand in 1000 St. insgesamt	persönliche Viehhaltung	Anteil der persönl. Vieh- haltung am Viehbestand in %
Rinder	5.724	181	3,2
dar. Kühe	2.001	16	0,8
Schweine	12.013	1.029	8,6
Schafe	2.603	369	14,2
Geflügel	49.270	10.937	22,2

Die LPG konnten bei aller differenzierten Entwicklung der gesellschaftlichen Formen der Betriebe auch nach der Wiedervereinigung ihr Vorhandensein weitgehend behaupten. Während die volkseigenen Betriebe der Industrie, des Baus und Verkehrs sowie des Handels mit der Wiedervereinigung zum überwiegenden Teil untergingen oder nur in geringern Umfang eine andere Eigentumsform bildeten, blieben die LPG erhalten, wobei die Genossenschaftsmitglieder in wesentlichem Maße die Eigentümer der LPG darstellen. Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz regelte die Umwandlung der LPG. Zum Teil bildeten sich aber völlig neue Betriebe als Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften, aber auch als GmbH heraus, die keine Umwandlung einer LPG darstellen. Die LPG ging in Liquidation und die neue GmbH vereinbarte die Nutzung von Grund- und z. T. Umlaufmitteln entsprechend des Bedarfs (siehe Tabelle 3).

4 Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin 1990. S. 236.

Tabelle 3: Aktuelle Betriebsstruktur in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer⁵

	Zahl der Betriebe	durchschn. LF pro Betrieb in ha	Anteil an der LF in %
Natürliche Personen	27.834	86	43,9
Davon			
Einzelunternehmen	25.014	48	21,7
Personengesellschaften	2.820	437	22,2
Davon			
– GbR	2.291	363	15,0
– KG einschl. GmbH & Co. KG	355	1.126	7,2
– Sonstige	174	13	0,0
Juristische Personen des privaten Rechts	2.894	1.074	55,9
Davon			
Genossenschaften	1.293	1.425	33,2
GmbH	1.432	826	21,3
AG	54	1.369	1,3
Sonstige	115	72	0,1
Juristische Personen des öffentl. Rechts	115	86	0,2

Die erfolgreiche Umwandlung vieler LPG nach dem Landwirtschafts-
anpassungsgesetz zeigt die ökonomische Kraft dieser Betriebe in der
DDR und die Vorteile einer Großproduktion nach Produkt und Techno-
logie, aber auch das Eigentümerbewusstsein der Genossenschaftsbau-
ern. Neben diesem Eigentümerbewusstsein waren die hohe eigene Ent-
scheidungsbefugnis der Genossenschaften über ihre wirtschaftliche
Tätigkeit sowie die Gestaltung der Vergütung bzw. der Anwendung des
Prinzips der materiellen Interessiertheit für die ökonomischen Erfolge
und das Eintreten der Bauern »für ihre Genossenschaft« maßgebend.

Bereits 1945 wurde die im »Dritten Reich« vorherrschende Pflicht
zur Totalablieferung durch eine Teilablieferung ersetzt, die wegen der
ausschlaggebenden Bedeutung der Normen für die Höhe der Abliefe-

5 Quelle: Nach dem Agrarbericht 2001 vom Verf. zusammengestellt.

ung auch als »Normalablieferung« bezeichnet wird. Die sowjetische Militäradministration stellte die Erfassung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen in den beiden »Veranlagungsbefehlen« Nr. 18/1945 und 40/1945 um. Damit wurde das Interesse an der Erhöhung der pflanzlichen und tierischen Produktion verbessert, da für die so genannten freien Spitzen höhere Produktpreise gezahlt wurden bzw. für die Eigenversorgung frei verfügbar waren. Die Höhe der Teilablieferung wurde in Abhängigkeit von der Betriebsgröße festgelegt. Die Grenzen dafür wurden bei 2,5, 10, 15, 20, 35 und 50 ha gezogen. Betriebe bis 1,0 ha waren ablieferungsfrei und hatten die Möglichkeit, als »freie Spitzen« pflanzliche und tierische Erzeugnisse zu höheren Preisen an den Staat zu verkaufen. Die höheren Ablieferungsnormen größerer bäuerlicher Betriebe sind zum Teil gerechtfertigt gewesen, da u.a. der Selbstversorgungsanteil an der Gesamterzeugung geringer als der der kleinbäuerlichen Betriebe ist. Auch war damit eine gewisse Umverteilung des Einkommens gewollt.

Das Prinzip der unterschiedlichen Preise für »Soll« und »Aufkauf« wurde auch für die sich bildenden und erweiternden LPG der verschiedenen Typen angewandt, wobei die Höhe des Ablieferungssolls pro Flächeneinheit niedriger als für die einzelbäuerlichen Betriebe lag. Diese Verfahrensweise wurde bis Anfang der sechziger Jahre fortgesetzt, um danach eine Zweiteilung der Preise nach »Soll« und »Aufkauf« abzuschaffen.

Die Abschaffung der Totalablieferung und wesentlich höhere Preise für den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse über die Pflichtablieferung hinaus hat die landwirtschaftlichen Betriebe und die in diesen tätigen Personen maßgeblich für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion stimuliert. Der Hunger konnte dadurch relativ schnell beseitigt werden, und im Jahre 1958 wurde die Abschaffung der Lebensmittelkarten möglich. Die altansässigen Bauern, aber auch die Neubauern stabilisierten ihre Betriebe in Folge dieser agrarpolitischen Maßnahmen wirtschaftlich in starkem Maße. Das betraf dabei auch – wenn auch sehr differenziert – großbäuerliche Betriebe.

In den fünfziger Jahren wurde heftig und kontrovers die Frage diskutiert, ob es eine »landwirtschaftliche Betriebslehre« als Wissenschaft gibt. Manche marxistische Politökonomien meinten, dass alle wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft von der politischen Ökonomie des Sozialismus zu lösen sind. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass Betriebe Einheiten der gesellschaftlichen Produktion sind, in denen die Gesetze der materiellen Produktion wirken.

Nachdem anfangs dem Begriff »Gewinn des Betriebes« wenig Bedeutung beigemessen und zum Teil als falsche Ideologie aufgefasst wurde, begann man den Begriff »wirtschaftliche Rechnungsführung« aus der Sowjetunion zu übernehmen und zu propagieren. Damit sollte wie in der Sowjetunion der Übergang der bis dahin gültigen Finanzierung aller staatlichen Betriebe aus dem Haushalt zur betrieblichen Eigenfinanzierung erfolgen. Neben der Erfüllung des staatlichen Produktplanes sollten auch alle Kosten durch Erlöse gedeckt werden. Generelles Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit war das Erreichen der geplanten Produktion mit niedrigsten Kosten. Damit wurde den Vorstellungen der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftler der DDR entsprochen, die Kosten zu minimieren und sie den Erlösen gegenüber zu stellen. Wenn man von den Vollkostenrechnungen der bekannten landwirtschaftlichen Buchstelle in Leipzig in den Jahren etwa von 1900 bis 1930 absieht, wurden in Deutschland vor allem von den volkseigenen Gütern, aber auch später von den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die ersten Jahresabschlüsse mit Kostenträgerstückrechnung vorgelegt. Die in der DDR gegründete Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften hat mit den diesbezüglichen Instituten der Universitäten dabei gemeinsam mit den Praktikern eine enorme wissenschaftliche Arbeit geleistet. Erst jetzt beginnt ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftler in Westdeutschland die Bedeutung der Vollkostenrechnung zu erkennen. Ein bekannter westdeutscher Betriebswirtschaftler sagte unlängst in einer Konferenz: »Wir haben durch die deutsche Einheit nicht nur den grünen Pfeil, sondern auch die Vollkostenrechnung aus der DDR erhalten«. Der in der westdeutschen landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft fast ausschließlich angewandte »Deckungsbeitrag« sagt nichts über das Einkommen des Bauern aus und ignoriert die sogenannten Festkosten völlig, die in den bäuerlichen Betrieben besonders hoch liegen.

Außerordentliches Interesse bestand seit den 50er Jahren an der Messung der Arbeitsproduktivität. Behrens arbeitete an der so genannten Zeitsummenmethode. Diese wurde von Gampe und Bail unter Rosenkranz auf die Landwirtschaft angewandt. Es ergaben sich dadurch nicht nur Möglichkeiten, die Effektivität der lebendigen Arbeit in den einzelnen Betrieben mit Normen für die verschiedenen Erzeugnisse zu vergleichen, sondern auch Betriebe wurden insgesamt untereinander vergleichbar.

Ab den 60er Jahren erlangte die Kategorie »Gewinn« eine zunehmende Bedeutung bei der Faktoreinsatzplanung, ohne jedoch die Planvorgabe des Staates für die Mengenproduktion vom ersten Platz ver-

drängen zu können. Ziel der betriebswirtschaftlichen Arbeit mit Effektivitätskennzahlen war es u. a., folgende Entwicklungen positiv zu beeinflussen:

- den rationellen Einsatz des betrieblich und kooperativ genutzten Arbeitsvermögens,
- die Verbesserung der Ökonomie je Einheit Fonds,
- die Selbstkostensenkung je Erzeugnis,
- den Gewinnzuwachs als Grundlage der Erfüllung der finanziellen Verpflichtung gegenüber dem Staat und nicht zuletzt für die Akkumulation des Betriebes,
- die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter.

Einer optimalen Kombination von Produktionsverfahren und Produktionsfaktoren stand entgegen, dass der Betrieb nur sehr bedingt eigenverantwortlich nach marktwirtschaftlichen Bedingungen über sein Produktionssortiment, sondern im wesentlichen nur im Rahmen vorgegebener staatlicher Plankennzahlen entscheiden konnte. Deshalb blieb die so genannte Faktorverwertung nach bestimmten Rangfolgen: z. B. Rangfolge der Flächen-, der Stallplatz- und der Arbeitszeitverwertung, immer begrenzt auf die Möglichkeiten, die die Spielräume der Plangrößen des Staates zuließen. Auch die sehr mangelhaften Beschaffungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen, für Umlaufmittel wie Dünge-, Futter- und Pflanzenschutzmittel begrenzten nachhaltig die optimale Kombination der Produktionsverfahren und den optimalen Faktoreinsatz. Besonders in den achtziger Jahren verschlechterte sich die Situation dramatisch. Betriebswirtschaftlich waren deshalb Optimierungsrechnungen – eigentlich ein wichtiges Entscheidungskriterium – nicht oder nur bedingt vorgesehen und möglich.

Dennoch muss festgestellt werden, dass im Rahmen entsprechend der von der staatlichen Leitung vorgelegten Berechnungen eine Optimierung der Produktionsstruktur besonders nach den natürlichen Standortvoraussetzungen und arbeitswirtschaftlichen Gesichtspunkten möglich war. In den Direktionen der VEG, aber auch nach dem Herauslösen der Abteilung Landwirtschaft aus dem Rat des Kreises und die Bildung eines selbständigen Landwirtschaftsrates mit einer hauptamtlichen Verwaltung und einem parlamentarisch ähnlichem Gremium der Beratung und Beschlussfassung Anfang der sechziger Jahre waren relativ günstige Voraussetzungen für eine weitgehend optimale Gestaltung der Betriebs-einrichtung gegeben. Diese Entwicklung wurde in den siebziger Jahren durch die Wiedereingliederung der Landwirtschaftsverwaltung in den Rat des Kreises teilweise unterbrochen.

In den Lehr- und Versuchsgütern der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften wurden im Rahmen der ökonomischen Experimente in der Zeit des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft die finanziellen Abführungen der Betriebe an den Staat als ein Prozentsatz zum Grundmittelbestand berechnet, wobei für die für die Volkswirtschaft und die Ernährung wichtigen Zweige der abzuführende Prozentsatz niedriger lag. Dieses und andere ökonomische Experimente wurden jedoch in den siebziger Jahren mit dem weitgehenden Verzicht auf eine ökonomisch und nach den Prinzipien der materiellen Interessiertheit der Betriebe und der Betriebsangehörigen gelenkten Volkswirtschaft eingestellt.

In den LPG stand von Beginn an das Ziel der persönlichen materiellen Interessiertheit im Vordergrund, d. h. die stimulierende Wirkung auf eine möglichst hohe Leistung. Grundlage der Vergütung war stets eine quantitative und qualitative Arbeitsbewertung, die über Arbeitsnormen erfolgte. Die immer wieder vom Institut für landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitsökonomik gemeinsam mit Genossenschaftsbauern überarbeiteten Richtnormenkataloge und Normative stellten eine gute Grundlage hierfür dar. Die Tagesarbeitsnormen wurden in Arbeitseinheiten (AE) bewertet. Hierfür gab es einen Bewertungsrahmen mit mehreren Gruppen für einfache und komplizierte Arbeit und die Arbeitsqualität. Die LPG berechneten im jährlichen Betriebsplan die spezifische Höhe des Bruttoeinkommens und den Teil, der als Vergütung eingesetzt werden sollte. Daraus ergab sich die Höhe des Geldbetrages pro Arbeitseinheit als Vergütung, die bei Erreichen des geplanten Bruttoeinkommens bezogen auf die Anzahl der geplanten Arbeitseinheiten ausgezahlt werden kann. Vom geplanten Betrag pro Arbeitseinheit wurden meist 80 Prozent als Vorschusszahlung, die restlichen 20 Prozent nach Vorlage des Jahresabschlusses und seiner Bestätigung durch die Mitgliederversammlung ausgezahlt. Veränderungen in der Höhe ergaben sich bei höherem oder niedrigerem Bruttoeinkommen im »Ist« zum Plan und bei Abweichungen der geplanten Arbeitseinheiten zum Jahresplan.

Die Endproduktvergütung in der Tierproduktion führte zu der negativen Entwicklung, dass jede Ertragssteigerung in der Tierproduktion eine proportionale Erhöhung der Vergütung nach sich zog.

In den volkseigenen Gütern war die Jahresendprämie in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis stark ausgeprägt, so dass nicht selten 4.000 bis 5.000 Mark Jahresendprämie pro Produktionsarbeiter gezahlt wurden.

In den 80er Jahren gab es auf dem Gebiet der materiellen Interessiertheit starke Einschränkungen, die zur weitgehenden oder teilweisen Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung führten. Die Begrenzung der Vergütung in Mark je Vollbeschäftigteneinheit war dabei das entscheidende Hindernis einer wirklichen Leistungsstimulierung. Ich sprach danach von »Anti-Ökonomik«, da u. a. bei gleichem Arbeitszeitbedarf und bei einer höheren Anzahl an Arbeitskräften die gleiche oder annähernd gleiche Vergütung einschließlich Jahresendvergütung gewährt wurde.

Ab 1975 blieb die Produktivität der Landwirtschaft in der DDR im Verhältnis zur BRD zurück bzw. stagnierte.⁶ Die Landwirtschaftsbetriebe konnten die Vorzüge des Großbetriebes und der größeren Bewirtschaftungseinheiten auf Grund einer verfehlten Wirtschaftspolitik völlig unzureichend in ökonomische Erfolge übertragen. Dabei waren vor allem seit Mitte der siebziger Jahre die folgenden Gesichtspunkte von Bedeutung:

- Weitgehende Beseitigung des Prinzips der materiellen Interessiertheit der Betriebe, Produktionseinheiten und Einzelpersonen. Zum Teil galt folgende Verfahrensweise: Die mögliche Vergütung je Arbeitskraft ergab sich nicht nach dem erzielten Gewinn, sondern je höher die Zahl der Arbeitskräfte, um so höher der Vergütungsfonds.
- Oftmals fast vollständiger Verzicht auf die Zahlung von Bodenanteilen an die Landeinbringer.
- Einschränkung der Eigenentscheidung bei der Entwicklung und Betriebseinrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe.
- Falsche Agrarpreisbildung und zu hohe Gewinnabgabe in Abhängigkeit von der tatsächlichen Gewinnhöhe (Brutto- und Nettogewinn).
- Fehlende bzw. nicht ausreichende moderne Verarbeitungsindustrie, fehlende hochwertige Mechanisierungs-, Produktions- und Hilfsmittel.

In der BRD wurde z. B. die Effektivität der Erzeugung durch die Einführung des stärkereichen Hybridmaisbaues zu Lasten des Rotklee-, Luzerne- und Ackergrasbaues sowie des neuen Verfahrens von CCM (Corn-Cob-Mais) für die Schweinefütterung wesentlich gesteigert. In der DDR wurde, obgleich der Hybridmais von Prof. Oberdorf

6 Siehe Reinald Ackermann: Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. In: Arbeits- und Sozialwissenschaften in der DDR. Werk und Wirken von Hans Thalmann. Herausgegeben von Rolf Emmrich, Eva Müller und Joachim Tesch. Leipzig 2000. S. 135-151, speziell S. 143.

in Bernburg früher als in der BRD gezüchtet wurde, auf diese Möglichkeit weitgehend verzichtet.

Heute beweisen die Großbetriebe in den östlichen Bundesländern ihre Überlegenheit. Die Genossenschaften erweisen sich trotz aller zum Teil ideologisch bedingten anderer Auffassungen als zukunftsfähig. Die Auswertung ist schwierig, da die Agrarstatistik der Bundesrepublik jährlichen Veränderungen hinsichtlich der Zuordnung der Betriebe usw. unterworfen ist.

II. Aktuelle Vorstellungen und Konzeptionen

Regulationsmechanismus bei der Gestaltung zukünftiger Gesellschaftsordnungen

Siegfried Wenzel

Wenn über die Rolle der Marktwirtschaft, der Warenproduktion und die Möglichkeiten ihrer Regulierung nachgedacht wird, sollte zunächst geklärt werden, welchen Zeitraum, welchen Abschnitt der künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung man dabei im Auge hat. Ich stimme mit der Auffassung überein, dass die Gestaltung einer gegenüber den jetzigen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Verhältnissen qualitativ anderen Ordnung unter den gegebenen Bedingungen keine Tagesaufgabe ist.

Daraus leiten sich drei Schlussfolgerungen ab, über die man sich m.E. verständigen sollte, wenn weiter gedacht werden soll:

1. Die Ausarbeitung einer politischen Strategie für die Übergangs- oder Vorbereitungsperiode zu einer qualitativ anderen Ordnung hat mindestens die gleiche, wenn nicht eine größere Bedeutung als die detaillierte Ausarbeitung des eigentlichen, in der Ferne liegenden Ziels. Das ist nicht nur eine Frage der »praktischen Politik« oder der Taktik. Das setzt eine begründete, von der Realität ausgehende Strategie auch dafür voraus. Zwischen beiden Konzepten muss inhaltlich ein enger Zusammenhang bestehen.
2. Es ist richtig, sich über die Gestaltung und Struktur des langfristigen Ziels Gedanken zu machen. Aber offensichtlich ist es heute ebenso schwierig wie zu Zeiten Marx und Engels, Voraussagen über den Inhalt und die konkrete Ausgestaltung einer kommunistischen Gesellschaft zu machen; und man sollte sich vor vorschnellen, fertigen Konzepten hüten. Sicher verfügen wir heute über eine Menge viel weiter gehender Erfahrungen als Marx und Engels. Aber der Zeitraum der Voraussicht ist mindestens ebenso lang – und die inhaltliche Voraussage ebenso schwierig. Das mahnt zur Bescheidenheit.
3. Es ist eine Richtungsentscheidung erforderlich. Dieses qualitativ Neue muss offenbar auf dem Wege der schrittweisen Umgestaltung der jetzt bestehenden Ordnung angestrebt werden, auf dem Boden der parlamentarisch-demokratischen Ordnung, des Parteienpluralismus, der Gewinnung politischer Mehrheiten. Entscheidet man

sich für den gewaltsamen Weg, ist dies mit unberechenbaren Entwicklungen verbunden, die das Ganze in Frage stellen können.

I.

Das Konzept der staatssozialistischen Wirtschaftsorganisation leitete sich aus der Überzeugung ab, dass die blinden Gesetze des Marktes die Ursache grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen sind und nur durch die Beseitigung der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung selbst und ihres Regelmechanismus überwunden werden können. Das marktwirtschaftliche Grundmuster sollte durch die bereits im kommunistischen Manifest geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel und durch die zu einem Gesetz erhobene planmäßig-proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft ersetzt werden. Das Hauptinstrument hierfür war der alle wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende Plan. Das führte unter den gegebenen historischen und materiellen Voraussetzungen zum Typ einer zentral geleiteten Verwaltungswirtschaft, die die Kategorien des Wertgesetzes und damit der Warenwirtschaft einer zentralen, teilweise voluntaristischen Planung zu unterwerfen versuchte.

Ein solches Modell hat sich, auch nach Auffassung führender Weltökonomien wie John Kenneth Galbraith¹ und Historiker wie Eric Hobsbawm², hinsichtlich der Lösung ökonomischer und sozialer Grundaufgaben als brauchbar und funktionsfähig erwiesen. Sie verweisen auf die Bewältigung der Industrialisierung eines solchen riesigen und halbfeudalen Landes wie der UdSSR, die Schaffung einer schwerindustriellen Basis und die Überwindung unvorstellbarer Kriegsschäden in den osteuropäischen Ländern ohne fremde Hilfe. Man könnte die Erfolge und Pionierleistungen bei der Erschließung des Kosmos u. a. nennen. Es erwies sich jedoch, dass nach der Lösung solcher Grundaufgaben und der damit einher gehenden Steigerung des ökonomischen Niveaus unter friedlichen Bedingungen die Beherrschung der ständig zunehmenden Vielfalt, besonders im konsumtiven Bereich, mit Hilfe einer administrativen, verwaltungsmäßigen Planung kompliziert ist und immer schwieriger wurde. Es kam die bittere Feststellung hinzu: Das als Volkseigentum bezeichnete Staatseigentum an Produktionsmitteln blieb für den

1 John Kenneth Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Hamburg 1996. S. 253.

2 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München Wien 1995. S. 317.

Einzelnen wie für Kollektive weitgehend anonym. Es entstand nur ungenügend subjektives Eigentümerbewusstsein und damit auch ungenügend Eigentümergebundenheit. Auch die jugoslawische Variante des gesellschaftlichen Gruppeneigentums bzw. des beschränkt gesellschaftlichen Eigentums erwies sich aus verschiedenen Gründen nicht als tragfähig. Obwohl man sich hinsichtlich der allgemeinen Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf Marx und für die Übergangsperiode hinsichtlich der Form des Staatseigentums auf Engels berufen kann, war diese Form und die damit verbundene mangelnde persönliche Motivation eine der entscheidenden Ursachen für das Scheitern dieses Versuchs in Europa.

Ich möchte jedoch deutlich Ernest Mandel³, einem führenden Theoretiker der IV. Internationale, aber auch der unter westdeutschen Linken verbreiteten Auffassung widersprechen, die diesen ersten Versuch zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft als eine »bürokratisch zentralisierte Befehlswirtschaft« oder als eine »bürokratische Produktionsweise mit monopolistischen Überbau« bezeichnen, die mit den Marxschen Sozialismusvorstellungen nichts gemein gehabt hätten.

Erstens: Niemand kann bestreiten, dass das bestimmende Motiv der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht das Profitinteresse von Privateigentümern an Produktionsmitteln war, sondern die Erhöhung von Produktivität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Zweitens: Die Kräfte des Marktes waren durch das Anstreben der planmäßig-proportionalen Entwicklung auf der Grundlage des vergesellschafteten bzw. verstaatlichten Eigentums an den Produktionsmitteln weitgehend ausgeschaltet.

Drittens: Es wurde ein zwar egalitär geprägtes, aber mehr oder weniger in sich geschlossenes System der sozialen Sicherheit geschaffen, das solche Auswüchse der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Bettelei nicht kannte.

Ein Grundproblem dieses Modells bestand darin, dass anstelle der persönlichen Anreize und Triebkräfte des Marktes das Interesse der Beschäftigten an hohen Produktions- und Effektivitätsergebnissen durch ein Geflecht materieller und moralischer Anreize geweckt werden sollte. Da diese Anreize jedoch an die Erfüllung und Übererfüllung der zentral vorgegebenen Planaufgaben gebunden waren – andere Metho-

3 Ernest Mandel: Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. OktoberTexte 2. Dez. 1989.

den erwiesen sich als noch weniger praktikabel – ergab sich eine weitverbreitete kontraproduktive Interessenlage der Arbeiter und der wirtschaftlichen Einheiten. Man strebte als Basis zunächst niedrige, sogenannte weiche Pläne an. Je niedriger der Basisplan, desto größer die Aussicht auf zusätzliche Prämierungen. Das war ein ungelöstes Problem mit weitreichenden Auswirkungen. Die »Peitsche des Marktes« oder die »unsichtbare Hand«, von der Adam Smith spricht, fand in den Modellen der Planökonomien keine hinreichenden Entsprechungen. Die eigentliche Ursache hierfür bestand jedoch offensichtlich in der praktizierten Form der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Beziehungen der Produzenten zu ihren Produktionsmitteln. Darin lag eine wesentliche Ursache für Ineffizienz und Wachstumsschwäche – obwohl es nach der ideologischen Doktrin genau umgekehrt hätte sein müssen. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen sind zweifellos ein Kernpunkt der künftigen Gestaltung einer fortschrittlichen, menschenfreundlichen, sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation.

Welche grundlegenden Erfahrungen ergeben sich aus dem staatssozialistischen Versuch hinsichtlich der Rolle des Wertgesetzes und des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus für die Wirtschaftsorganisation der Zukunft?

Das Wirtschaftssystem der Planökonomien bediente sich der ökonomischen Kategorien wie Geld, Preis, Kosten und Gewinn. Das Wertgesetz wurde in der Theorie dieser Modelle als »Gesetz der Warenproduktion« und gleichzeitig als »ein notwendiger Bestandteil der ökonomischen Gesetze des Sozialismus«⁴ bezeichnet. Das heißt, das staatssozialistische Modell hatte sich bereits für die erste Phase der neuen Gesellschaft, der sozialistischen, für die Nutzung der Warenwirtschaft und des Wertgesetzes entschieden. Das Problem der Nutzung der Wertkategorien bestand aber darin, dass die für ihre Wirkung notwendige objektive Grundlage fehlte: nämlich ein mehr oder weniger autonomer Markt. Gerade dieser wurde aus ideologischen und doktrinären Gründen strikt abgelehnt. Vor allem die Preise und damit eng verbundene Kategorien unterlagen oft außerökonomischen, voluntaristischen Entscheidungen. Je länger sie, ohne am Markt überprüft zu sein, angewandt wurden, desto weiter entfernten sie sich von der Realität und verloren ihre Steuerungsfunktion, ja wirkten oftmals sogar kontraproduktiv. Der Verbund der sozialistischen Staaten besaß deshalb auch nie

4 Volkswirtschaftsplanung. Lehrbuch. Hg.: Hans-Heinrich Kinze / Hans Knop / Eberhard Seifert. Berlin 1974. S. 60.

eine eigene, von allen Teilnehmern anerkannte Preisbasis, da es keinen sozialistischen Weltmarkt gab.

In der DDR wurde diese Problematik besonders deutlich an der wirtschaftspolitischen Entscheidung des Einfrierens der Preise für den Grundbedarf der Bevölkerung – teilweise auf dem Vorkriegsniveau – die, je länger sie eingefroren blieben, immer mehr vom tatsächlich notwendigen gesellschaftlichen Aufwand abwichen. Diese über Jahrzehnte eingefrorenen Preise umfassten immerhin rd. 80 Prozent des gesamten Konsumtionsfonds der Bevölkerung. Sie wirkten in zweierlei Hinsicht kontraproduktiv. Einmal verzerrten sich die Preisverhältnisse zwischen den Waren des Grundbedarfs und den anderen Produkten, hauptsächlich industriell erzeugbaren Waren. Zum anderen wurde den Verbrauchern der tatsächliche »Wert« dieser Erzeugnisse und Leistungen nicht mehr bewusst, und es verbreiteten sich Verschwendung, unachtsamer Umgang und niedrige Wertschätzung. Das galt gleichermaßen auch für andere Leistungen, die hoch subventioniert waren, wie Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, Verkehrstarife, Mieten u. a. Diese spezielle Form der Mißachtung des Wertgesetzes war jedoch keine systembedingte Zwangsläufigkeit.

Eine wesentliche Erfahrung der Praxis der Planökonomien besteht deshalb darin, dass der Preis als grundlegender Faktor des Wirtschaftsgeschehens nicht künstlich nachgebildet werden kann, ohne sein Wesen als einheitlicher Wertmaßstab zu verlieren. Aus diesem Dilemma gibt es offensichtlich nur zwei Auswege: Entweder auf die Nutzung des Wertgesetzes ganz zu verzichten; oder nicht nur das Wertgesetz, sondern auch den objektiven Gehalt seiner Kategorien sowie den dezentralen marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus als notwendigen Bestandteil dieses Systems anzuerkennen.

Man sollte die Denkrichtung der Ablehnung des Wertgesetzes und des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus nicht unterschätzen. Aktuell und vehement wird eine solche Konzeption vertreten von Robert Kurz. Er charakterisierte dieses Konzept in einem Zeitungsbeitrag⁵ im Jahre 2000 unter der Überschrift »Ideologie der Effizienz«, wie er die Nutzung des Wertgesetzes nennt, folgendermaßen: Der Markt und das Wertgesetz sei zu ersetzen, indem »die Gesellschaftsmitglieder über den gemeinsamen Einsatz ihrer materiellen Ressourcen diskutieren und beschließen, demgemäß die Naturstoffe umformen und schließlich die Produkte zwecks Bedürfnisbefriedigung konsumieren«. Wie das im Detail aussehen soll und könnte, hat Ernest Mandel, ein führender

5 Robert Kurz. In: »Neues Deutschland« v. 7.1.2000

Theoretiker der IV. Internationale 1989 in einer Streitschrift mit dem Titel »Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik des marktwirtschaftlichen Sozialismus«⁶ folgendermaßen erläutert: »In den Fabriken, die Konsumgüter herstellen, würde der Produktionsumfang durch vorher gehende Beratungen zwischen Arbeiterräten und den von der Masse der Bürger gewählten Verbraucherversammlungen ermittelt. Ihnen würden verschiedene Modelle vorgelegt, z. B. verschiedene Schuhmodelle, die von den Verbrauchern begutachtet, kritisiert und durch andere ersetzt werden könnten. Ausstellungen und öffentliche Anschlagtafeln wären die Hauptinstrumente für solche Verbrauchertests. Es könnte eine Art Referendum stattfinden, in dem ein Verbraucher, der Anspruch auf sechs Paar Schuhe hat, sechs Modelle auf einer Liste ankreuzt, die einhundert oder zweihundert Wahlmöglichkeiten aufweist.« Selbst wenn man für das dahinter stehende Anliegen eine bestimmte Sympathie empfindet, ist es schwer vorstellbar, wie eine solche Konzeption in der nächsten überschaubaren Zukunft in die Realität umgesetzt werden kann. Offenbar ist dies – wenn überhaupt – eine Frage der ferneren Zukunft, über die sich heute kaum zu streiten lohnt.

In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes Problem aufwerfen: Marx hat in seiner »Kritik des Gothaer Programms«⁷ für die erste Phase einer kommunistischen Gesellschaft das grundlegende Verteilungsprinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seiner Leistung« heraus gearbeitet. Die Etappe werde geprägt davon, dass »gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen umgetauscht« werde. Und er fuhr fort: »Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, dass an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. [...] Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist.« Und, was in mehrerlei Hinsicht offenbar der Knackpunkt ist: »[...] und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muss der Ausdehnung und Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein.« Marx sagt in diesem Entwurf einer weit voraus greifenden Vision von der Struktur einer sozialistischen Gesellschaft nichts zu dem entscheidenden Punkt, wie denn die Arbeit »der Ausdehnung und der Intensität nach« zu einem einheitlichen Maßstab werden kann. Kann dies mit Hilfe der Zeit und/oder in der Form differenzierten Koeffizienten für die Schwere und Kompliziertheit der Arbeit erfolgen? Man kann Marx nicht dafür kritisieren, dass er sich zu diesem damals

6 Ernest Mandel: Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. A.a.O.

7 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd. 19.

weit entfernten Problem nicht geäußert hat. Aber es ist schwer vorstellbar, dass ein solcher einheitlicher Maßstab anders als auf der Grundlage der abstrakten Arbeit, die entscheidender Bestandteil der Marxschen Werttheorie ist, gebildet werden kann. Wenn das aber so ist, dann bedeutet dies, dass zur Durchsetzung des grundlegenden Verteilungsprinzips der ersten Phase des Kommunismus der Austausch nach den Regeln des Wertgesetzes unvermeidbar ist.

Aus all dem ergibt sich der Schluss: Die Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus ist offensichtlich in der nächsten überschaubaren Zukunft – zumindest so lange das Prinzip gilt »jedem nach seinen Leistungen« – ein objektives Erfordernis der Entwicklung der modernen Produktivkräfte, das in seiner Grundstruktur in diesem Zeitraum durch nichts anderes ersetzt werden kann. Ich unterstütze deshalb auch den Gedanken in den Thesen zur Programmdebatte der PDS⁸ von 1999, dass »der Markt [...] trotz seiner sozialen Kälte, ökologischer Blindheit und zerstörerischen Wirkungen zugleich ein unverzichtbarer dezentraler Regulationsmechanismus ist«.

II.

Eine Kernfrage ist offensichtlich die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln; noch enger gefasst: Kann es eine funktionierende Marktwirtschaft ohne privates Eigentum an Produktionsmitteln geben? Die getrennte Behandlung und Erörterung der Rolle dieser beiden fundamentalen ökonomischen Grundkategorien führt offenbar nicht zu optimalen Ergebnissen.

Die Erfahrungen des ersten großen Sozialismusversuchs besagen, dass verwaltungsmäßige, gesamtwirtschaftliche Planung bei Dominanz des Staatseigentums den Markt nicht ersetzen kann. Wenn man in Ansehung dieser Erfahrungen akzeptiert, dass der Markt aufgrund der ständigen Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eine unabdingbare Voraussetzung und zugleich das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte war und in der überschaubaren Zukunft noch ist, dann setzt dies die Aktion selbständiger wirtschaftlicher Subjekte bzw. wirtschaftlicher Einheiten voraus, die nach Gewinn streben und gleichzeitig das damit verbundene Risiko ihres Agierens am Markt tragen; dann erfordert dies die eigenverantwortliche Verfügungsgewalt über die dafür erforderlichen Mittel.

8 Thesen zur programmatischen Debatte. Berlin. November 1999. S. 5.

An diesem Punkt ergibt sich die Frage, ob Marktwirtschaft nicht auch ohne Privateigentum an Produktionsmitteln vorstellbar und möglich ist; ob nicht Manager, Wirtschaftsleiter im Auftrage des Staates oder der Gesellschaft am Markt die gleiche Rolle spielen können wie Manager großer Kapitalgesellschaften. Wie konkrete Beispiele im Staatsbesitz befindlicher Unternehmen in der BRD und in anderen Ländern beweisen, ist dies selektiv durchaus eine mögliche, bereits praktizierte und auch erfolgreiche Form der Durchsetzung oder Wahrung gesamtgesellschaftlicher Interessen. Die Entwicklung solcher Konzerne wie VEBA, Volkswagen u. a. sind dafür Beispiele.

Was ist dabei zu berücksichtigen? Die prägnanten Erscheinungen der gegenwärtig ablaufenden neuen Stufe der Globalisierung mit ihren für die nationalen Volkswirtschaften gefährlichen Konsequenzen werden von den börsennotierten großen Unternehmungen bestritten. Sie sind die Träger der Fusionswellen, ihre wirtschaftliche Macht sprengt die nationalen Dimensionen. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Banken, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften. Dort werden mit vergleichsweise geringem Eigenkapital sowohl die zeitweise Ansammlung der Abschreibungen der Unternehmungen als auch die zur Zeit nicht gebundenen Kapitalien sowie das beträchtliche Privatvermögen der Bürger gesammelt und über deren Verwendung und Anlage nach ausschließlich privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfügt. Unabhängig von anderen Entscheidungen ist es also heute bereits eine herangereifte aktuelle Frage, Maßnahmen zur Beschränkung des Verfügungsrechtes der Banken, Investmentfonds und Versicherungskonglomerate über das bei ihnen deponierte Fremdkapital bis hin zur Verstaatlichung großer Banken festzulegen. Solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind offensichtlich auf demokratischem Wege und in der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik realisierbar – wenn es gelingt, dafür politische Mehrheiten zu gewinnen.

Gleichzeitig wird die Situation in den entwickelten Industrieländern dadurch geprägt, dass der relativ kleinen Zahl großer Aktiengesellschaften eine gewaltige Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben gegenüber steht, die in entwickelten Industriestaaten wie z. B. der BRD etwa die Hälfte der wirtschaftlichen Leistung erbringen. Mitte der achtziger Jahre standen in der BRD als einer typischen hoch industrialisierten Volkswirtschaft etwa 3000 AGs allein etwa 500.000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs), d. h. der Betriebsform vornehmlich für Klein- und Mittelbetriebe, gegenüber. Hinzu kommen andere klein- und mittelständische Betriebsformen wie Kommanditgesellschaften u. ä. Nicht von ihnen werden die extremen Seiten und Aspekte der Markt-

wirtschaft vertreten; nicht sie haben die ökonomischen Potentiale, um den parlamentarisch-demokratischen Staat unter Druck zu setzen. Viele von ihnen unterliegen außerdem selbst dem Diktat der Giganten, weil sie in vielfältiger Form – z. B. als Zulieferbetriebe – von ihnen abhängig sind.

Eine grundlegende Aufgabe linker Politik kann und muss auf lange Frist deshalb darin bestehen, die Inhaber von Klein- und Mittelbetrieben für eine demokratische Politik der sozialen Ausgewogenheit, des angemessenen wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung der Produktivkräfte zu gewinnen. Das darf aber keine taktische, zeitweilige politische Entscheidung sein, sondern muss aus prinzipiellen Gründen und als eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung politischer Mehrheiten eine langfristige, strategische, verlässliche Konzeption sein. Daraus ergibt sich eine wesentliche Schlussfolgerung: Es ist offensichtlich verfehlt, undifferenziert von privatkapitalistischen Eigentum an Produktionsmitteln zu sprechen und daraus globale Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik zu ziehen. Es stellt sich die Frage, ob in der überschaubaren Zukunft für eine alternative Gesellschaft nach den gemachten Erfahrungen das Problem des Eigentums an Produktionsmitteln weiterhin nach dem Prinzip »alles oder nichts« entschieden werden sollte. Das berührt allerdings Grundprämissen des Kommunistischen Manifestes. Aber offensichtlich zwingen die Erfahrungen zu neuen Lösungen. Das sollte man auch deutlich aussprechen.

Wir sollten dabei auch über folgende Erkenntnis des staatssozialistischen Versuchs nachdenken: Was für eine überschaubare und organisatorisch beherrschbare Anzahl von Großunternehmen hinsichtlich Lenkung, Steuerung und Kontrolle möglich ist, kann für Hunderttausende von Klein- und Mittelbetrieben ohne die direkte persönliche Interessiertheit nicht effektiv und erfahrungsgemäß nur mit hohem bürokratischen Aufwand organisiert werden. Es stellt sich die Frage, ob in der BRD mehr als eine Million Leiter von Klein- und Mittelbetrieben als Angestellte so engagiert und effektiv arbeiten, wie unter den Bedingungen der Motivation, mit Hilfe der eingesetzten eigenen Mittel einen hohen persönlichen Gewinn erwirtschaften zu können? Man muss sich auch mit der bitteren Erkenntnis auseinandersetzen, dass das vollkommene vergesellschaftete Produktiveigentum des Staatssozialismus für den Einzelnen und die Gesellschaft anonym blieb. Es entstand kein subjektives Eigentümerbewusstsein und damit auch nur ungenügend Eigentümerverantwortung. Für dieses Problem ist offenbar keine optimale Lösung absehbar. Übrigens haben auch die Erfahrungen der DDR mit kleineren und mittleren privaten und halbstaatlichen Betrieben be-

wiesen, dass diese privatwirtschaftliche Form des Eigentums an Produktionsmitteln, die z. B. in der Leichtindustrie 1970 noch 40 Prozent der Produktion erbrachte, weder Feinde oder auch nur Ablehner einer sozialen oder sogar sozialistisch orientierten Gesellschaftsentwicklung waren, noch dass durch staatliche Regulation, selbst durch ein hypertrophiertes Planungssystem, die Initiative und Kreativität dieser privaten Eigentümer unterdrückt wurde.

Dabei sollte klar sein: In einer marktwirtschaftlich orientierten, auf Eigentumspluralismus beruhenden Wirtschaft ist – in welchem Stadium auch immer – vergesellschaftetes, öffentliches, staatliches Eigentum *wesentlicher* Bestandteil dieses Eigentumspluralismus. Diese Form des Eigentums ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung einer Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen für die blind wirkenden Marktkräfte festlegt und imstande ist, diese auch durchzusetzen. Es stärkt das ökonomische Gewicht eines demokratischen Staates und ist eine wichtige Voraussetzung, um Eigentum und Verfügung darüber in eine Form zu bringen, die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit ermöglicht.

Es ergibt sich natürlich die Frage, was ist das für eine Gesellschaft? Sie wird charakterisiert durch die Nutzung des gesellschaftlich-demokratisch kontrollierten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus, beinhaltet nicht die totale Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern basiert auf Eigentumspluralismus. Diese Überlegungen gehen davon aus, dass die Umgestaltung der Gesellschaft nicht gewaltsam, sondern im wesentlichen friedlich in vielen kleinen Schritten durch die Gewinnung politischer Mehrheiten erfolgt. Ja, das ist der Weg der Reform. Aber ist das Reformismus in alten Sinne und damit Opportunismus, Verrat an sozialistischen Prinzipien? Offensichtlich wäre das ein Festhalten an Begriffen und ihren Inhalten, die zum Scheitern dieses ersten Versuchs der Schaffung einer alternativen Gesellschaft beigetragen haben. Ein solches Konzept steht in Übereinstimmung mit dem, was in der Volksrepublik China in den letzten Jahren als Quintessenz aus einer langen, teilweise eigenwilligen, aber im Ganzen bisher erfolgreichen Entwicklung in ihrer Verfassung fest geschrieben wurde: Nutzung des Marktes, Eigentumspluralismus. Entscheidend ist doch nicht die instrumentale, die detaillierte methodische Ausgestaltung des sozialistischen Ziels der Menschheitsentwicklung, sondern der anzustrebende Inhalt, der mit folgenden Stichworten umrissen werden kann: Höchstmögliche soziale Gerechtigkeit, Schließung der Schere zwischen Arm und Reich, Beseitigung von Hunger, Elend und Unterentwicklung, Sicherung der ökologischen Grundlagen der Menschheitsentwicklung und

die Gestaltung einer solidarischen, von ethischen Werten geprägten Gesellschaft.

Ist das eine soziale oder eine sozialistische Marktwirtschaft? Die Chinesen nennen es »sozialistische Marktwirtschaft«. Minimalistisch formuliert, könnte man es auch als konsequente Fortentwicklung der Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft bezeichnen, die der Erfinder des Begriffs »soziale Marktwirtschaft«, Müller-Armack, Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium der Anfangszeit, als eine »ordnungspolitische Idee« so formulierte⁹: Ihr Ziel sei es, »auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden« so dass »auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden« könne. Der inneren Logik eines solchen Konzeptes folgend, sollte und kann eine solche Entwicklung über die ursprünglichen Ziele der sozialen Marktwirtschaft in Richtung sozialistischer Vorstellungen hinauswachsen. Dem liegt eben auch die Überlegung zugrunde, dass es keine chinesische Mauer zwischen der Verteidigung des Sozialstaatsprinzips, der Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit auf der Basis des Bestehenden und der Entwicklung hin zu und schließlich Gestaltung einer qualitativ neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung geben wird.

III.

Die Grundfrage bleibt natürlich, ob eine solche Entwicklung unter friedlichen Bedingungen in den Metropolen der Weltwirtschaft möglich ist, ob der blinde marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismus im übergeordneten Menschheitsinteresse steuerbar ist. Die linken Kräfte wären gut beraten, wenn sie dabei nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie von ihren eigenen Traditionslinien der Kritik an der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgehen, sondern sich auch auf den großen Fundus der modernen bürgerlichen Wirtschaftstheorie stützen, in dem diese Mängel und Fehler im Kontext mit der wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung heraus gearbeitet wurden. So z. B. von Wilhelm Röpke (1899–1966) der feststellte: »[...] Marktwirtschaft ist nicht

9 Vgl. Alfred Müller-Armack: Genealogie der sozialen Marktwirtschaft. 2., erw. Aufl. Bern [u.a.] 1981.

alles«¹⁰. In einer Leistungsgesellschaft sei sie zwar nicht zu entbehren. Ohne Grenzen und Ordnung aber müsse sie »verrotten und mit ihren Fäulnisstoffen alle anderen Bereiche der Gesellschaft vergiften«. Der Markt brauche Rahmenbedingungen: Sitten, Gesetze, moralische Voraussetzungen – Eigenschaften, die der Markt nicht erzeugt, sondern verbraucht.¹¹ Im Zentrum des Werkes des bekannten Nationalökonom Walter Eucken (1891–1950)¹², von dem es eine enge Beziehung zu Müller-Armack, Franz Böhm und Ludwig Erhard, den Vätern der sozialen Marktwirtschaft, gibt, stand die Kritik wirtschaftlicher Macht und die Suche nach Strukturen, die sie begrenzen könnten. Begriffe wie »Ordnungspolitik«, »Rahmenbedingungen« sind seitdem auch aus der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Sie sind verbunden mit der sogenannten Freiburger Schule und den Vertretern des Ordoliberalismus. Gerade dagegen liefen und laufen die Neoliberalen und Deregulierer Sturm. D. h. für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie von Steuerungs- und Lenkungsmechanismen muss und kann offenbar ein breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden werden. Die soziale Marktwirtschaft, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger deutlich in der BRD, in Frankreich, Italien herausgebildet hat, kann als Beweis dafür gelten, dass die marktwirtschaftliche Ordnung gestaltbar ist, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist.

Auch im internationalen Rahmen gibt es eine Reihe von Elementen, die bereits in diese Richtung weisen, deren Arbeitsinhalte jedoch weiter entwickelt und weit mehr noch grundlegend umgestaltet werden müssen. Man könnte einwenden, dass dies weltfremd und illusorisch sei. Aber die Entwicklung hat gezeigt, dass es bei Beharrlichkeit und Geduld Schritte in die richtige Richtung geben kann. Es gibt dazu keine Alternative. Es sei denn man resigniert oder hofft auf irgendwelche »weltrevolutionären« Ereignisse.

Die gerade gegenwärtig sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den Hauptgruppen des Weltkapitals – USA, Japan, Europäische Union – schaffen im Zusammenhang mit dem wachsenden Gewicht der dritten Welt zweifellos Möglichkeiten für die Verwirklichung von Schritten, um die die menschliche Gesellschaft als Ganzes bedro-

10 Wilhelm Röpke: Jenseits von Angebot und Nachfrage. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958. S. 131.

11 Vgl. ebenda. S. 169ff.

12 Siehe Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Jena 1944. Ders.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 6. Aufl. Tübingen 1990.

henden Exzesse des Big Business schrittweise einzuschränken. Noch hat es nicht zu greifbaren Konsequenzen geführt, – gegenwärtig scheint es mit dem Amtsantritt der Bush-Administration sogar substantielle Rückschläge zu geben – aber es ist eine Tatsache, dass die USA in für die Menschheit wichtigen Fragen zunehmend in die Isolierung geraten. Auch die Konferenz von Regierungschefs aus aller Welt unter dem Motto »Modernes Regieren im 21. Jahrhundert« Ende Mai 2000 in Berlin weist in diese Richtung. In der veröffentlichten Erklärung heißt es: »Dem dynamischen Markt muss eine starke Zivilgesellschaft gegenüber stehen, die sich nicht auf Vorurteile, sondern vereinbarte Regelungen stützt sowie ein informierter Staat. [...] Wir sehen die Notwendigkeit, den institutionellen Rahmen zu verbessern, in dem die Finanzmärkte operieren; und zwar durch effiziente Regulierungen, Überwachungsmechanismen und Rechenschaftsverfahren.«¹³

In den verschiedensten Schichten der Gesellschaft scheint sich die Erkenntnis Bahn zu brechen, dass die drängenden Probleme der menschlichen Gesellschaft, wie Ressourcenraubbau, Zerstörung der Atmosphäre, der Kampf gegen Hunger, Armut und Unterentwicklung besonders in der dritten Welt nicht durch die weitere Entfaltung der Marktkräfte, die ja gerade die Hauptursache dieser Probleme sind, gelöst werden können, sondern eine vernunftbasierte Steuerung und Lenkung der Marktkräfte nötig machen.

Wenn man den Weg, die Herausbildung einer solchen Gesellschaft skizzieren soll, dann beginnt das mit der Gewinnung politischer Mehrheiten zur Verteidigung des Sozialstaatsprinzips, der Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben, d. h. zunächst der Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips, dem Abstoppen der neoliberalen Welle, die auch die sogenannten Reformvorhaben der Regierung Schröder noch bestimmt. Das ist der Kampf, der sich gegenwärtig abspielt und in dem zunächst Ergebnisse erzielt werden müssen. Erst von da aus ergibt sich die Möglichkeit nicht nur der Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips, sondern der schrittweisen Einschränkung seines Wirkungsbereiches überhaupt. Erst wenn diese Aufgaben gelöst sind, kann man die Frage des Übergangs – nicht extrem gewaltsam, sondern auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie in vielen kleinen Schritten – zu einer qualitativ neuen Wirtschaft und Gesellschaft stellen. Das macht ebenfalls deutlich, dass die Periode bis zur möglichen Realisierung eines solchen Zieles einen längeren Zeitraum umfassen wird.

13 Zitiert in »Neues Deutschland« v. 5.6.2000.

»Sozialistische Marktwirtschaft« – ein Paradoxon¹

Harald Börner

Der Begriff »sozialistische Marktwirtschaft« ist ein Paradoxon. Er soll völlig Widersprüchliches vereinen. Marktwirtschaft heißt im Grunde, daß die Wirtschaft durch den Markt geregelt und gelenkt wird. Das setzt Privateigentum an Produktionsmitteln, freie Konkurrenz und weitgehende Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft voraus. Der Markt regelt die Wirtschaft mit dem Ziel der Profitsteigerung im nachhinein, wenn die Waren produziert sind und ruft deshalb Preisschwankungen, Konkurse und Krisen hervor. Er ist mit anderen Worten kapitalistische Wirtschaft. Sozialistische Wirtschaft ist nach meinem Verständnis eine Wirtschaft, die durch volkswirtschaftliche Pläne nach den Bedürfnissen der Bevölkerung auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln geregelt wird: also eine Wirtschaftsregelung vor der Produktion mit sozialer Zielstellung.

Abgesehen von den Eigentumsverhältnissen kann die Problemstellung auch auf die Verbindung von Markt und Plan unter der Zielstellung einer sozial gerechten Versorgung der Bevölkerung konzentriert werden. Die soziale Zielstellung ist dabei wichtig, denn eine Verbindung von Markt und Plan unter der Zielstellung der Kriegsvorbereitung mit dem Ergebnis von Tod und Elend von vielen Millionen Menschen hat es schon gegeben: Siehe die Wirtschaftspläne Hitlers in Deutschland vor und in dem Zweiten Weltkrieg.

Die Verbindung von Plan und Markt wird angestrebt, um die Effekte beider Systeme zu erschließen. Bei der Marktwirtschaft ist es die vielgepriesene betriebswirtschaftliche Effektivität; von der Konkurrenz getrieben und mit innovativen technischen Fortschritt verbunden. Die Planwirtschaft ermöglicht eine volkswirtschaftliche Effektivität durch rationellen Einsatz der volkswirtschaftlichen Ressourcen, bedarfsgerechte Produktion und Vermeidung von Krisen.

1 Schriftlich eingereichter Beitrag, da der Autor verhindert war, am Kolloquium teilzunehmen.

Die Verbindung von Plan und Markt mit sozialer Zielstellung ist bereits mehrfach unter verschiedenen Eigentumsverhältnissen versucht worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in einigen kapitalistischen Ländern Europas staatliche Plankommissionen gebildet und Wirtschaftspläne ausgearbeitet. Abgesehen von einigen Fortschritten bei der Überwindung der Kriegsfolgen hatte diese Wirtschaftsplanung keinen Bestand. Es gelang nicht, eine feste Verbindung zwischen den nationalen Wirtschaftsplänen und der Tätigkeit der privaten Wirtschaftsunternehmen herzustellen. Außerdem änderten sich die dominierenden Wirtschaftstheorien hin zur »freien Marktwirtschaft« nach wenigen Jahren. Auch der Versuch der sozialistischen Marktwirtschaft auf der Basis sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in Jugoslawien muß als gescheitert betrachtet werden. Die Ursachen dafür sehe ich in dem sukzessivem Abbau der gesamtstaatlichen Wirtschaftsplanung bis zur praktischen Aufgabe, der innovationshemmenden Arbeiterselbstverwaltung in den Unternehmen und der fehlenden Unterstützung durch den sozialistischen und kapitalistischen Weltmarkt.

Die Notwendigkeit einer Verbindung von Markt und Plan mit dem Ziel einer effektiveren Volkswirtschaft zum Nutzen der Bevölkerung und für den sozialen Fortschritt wächst angesichts der gegenwärtigen chaotischen Mißwirtschaft, die viele Menschen in Elend und Verzweiflung stürzt und die sozialen Gegensätze vertieft. Zwei Beispiele: Mit vielen Milliarden Euro wird die Aufzucht von Tieren und die Fleischproduktion gefördert, um jetzt mit noch mehr Milliarden Euro als Überproduktion vernichtet zu werden. Mit vielen Milliarden Mark wurde und wird der Wohnungsbau in den neuen Bundesländern gefördert; jetzt steht eine Million Wohnungen leer, die teilweise mit Fördermitteln wieder abgerissen werden sollen.

Die Schaffung einer »sozialistischen Marktwirtschaft« verstehe ich bestenfalls in einer Symbiose von Plan- und Marktwirtschaft mit sozialer Zielstellung. Allein eine »Zurückdrängung der Profitdominanz der vorhandenen Marktwirtschaft« ist noch keine sozialistische Marktwirtschaft und widerspricht außerdem dem Wesen und der Zielstellung dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems; ist also illusionär.

Um zu einer »sozialistischen Marktwirtschaft« im obengenannten Sinn zu kommen, ist vor allem ein Wandel in der herrschenden Wirtschaftstheorie notwendig. In Theorie und Praxis müssen die Widersprüche und Mißstände der gegenwärtigen Marktwirtschaft so bewusst werden, dass allgemein eine Änderung gewünscht wird. Dazu kann die öffentliche Kritik an solchen Missständen, ihren Ursachen und Auswirkungen beitragen.

Eine weitere Voraussetzung ist eine wissenschaftliche Konzeption zur Herstellung der Symbiose von Plan und Markt. Ein Hauptproblem scheint dabei die Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und Tätigkeit der Wirtschaftsunternehmen zu sein. Diese Verbindung muss die bürokratische Bevormundung der Wirtschaftsunternehmen vermeiden und ihre unternehmerische Aktivität ermöglichen und fördern. Das Planungssystem der Vergangenheit in den »realsozialistischen« Ländern ist dafür ungeeignet. Ein Verbindungselement könnte die Finanzierung der Wirtschaftstätigkeit durch die Banken sein, wenn diese nach den Zielen der volkswirtschaftlichen Planung erfolgt. Dies ist auch bei einer Pluralität der Eigentumsformen denkbar. Eine »sozialistische Marktwirtschaft« wird demnach wahrscheinlich nicht ohne Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur möglich sein, sonst bleibt es beim gewöhnlichen Kapitalismus.

»Sozialistische Marktwirtschaft« und das Beispiel China

Manfred Höfer

Als jemand, der nicht zu den Eingeweihten in Sachen politische Ökonomie gehört, gewinnt man den Eindruck, dass die Diskussion, die unter dem Thema läuft: Gibt es eine »sozialistische Marktwirtschaft?« inzwischen einen Endloscharakter angenommen hat. Sozusagen Aktenzeichen XY – ungelöst. Soweit ich sehe, geht sie auf die Broschüre zurück, die Stalin 1952 unter dem Titel »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR«¹ veröffentlichten ließ. Seitdem hat eine ansehnliche Schar von Politökonomien und Wirtschaftlern darüber nachgegrübelt, ob und wie man Plan und Markt miteinander verbinden und so das Wertgesetz für eine Produktionsweise, die man als »sozialistisch« definiert hatte, ausnutzen könnte. Zweck der Übung war, den Schwierigkeiten und Dysfunktionalitäten abzuweichen, von denen die Wirtschaft in den »realsozialistischen« Ländern geplagt wurde und an denen zuletzt der »Realsozialismus« schließlich gescheitert ist. Auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Crash ist man offensichtlich, jedenfalls was das Grundproblem betrifft, nicht vom Fleck gekommen. Der erste Referent dieser Veranstaltung musste gestehen, über kein Konzept darüber zu verfügen, wie »sozialistische Marktwirtschaft« im Einklang mit den wesentlichen Bestimmungen der politischen Ökonomie stringent zu begründen sei. Dies akzeptiert, wäre logisch zu schließen, dass bisher noch nirgends eine Wirtschaft dieses Namens gelaufen ist oder in Zukunft laufen könnte. Hier stutzt der Beobachter, der seinen Blick nicht auf die heimischen Gefilde beschränkt, denn er weiß, dass z. B. die chinesischen Kommunisten den Reformkurs, den sie seit mehr als 20 Jahren fahren, soweit er die Ökonomie betrifft, eben als »sozialistische Marktwirtschaft« bezeichnen. Handelt es sich hier nur um eine bloße Sprachverwirrung oder um die perfekte theoretische Konfusion? Um dem Mysterium auf den Grund zu kommen, ist es vielleicht nicht ganz abwegig, zunächst nachzusehen, ob die Crux vielleicht in der Fragestellung selbst liegt, denn man weiß ja, es gibt Fragen, die so formuliert sind, dass eine sinnvolle Beantwortung gar nicht möglich ist.

1 J.W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1952.

Das Wort »sozialistisch« in unserer Formel verweist auf eine Wirtschaft, die in einer sozialistischen Gesellschaft angesiedelt sein soll. Und »Marktwirtschaft«? Der Terminus ist dem westlichen Sprachgebrauch entnommen und fungiert dort als verschämte Ersatzbezeichnung für Kapitalismus. Nimmt man die Vokabeln in dieser Bedeutung, so erhalten wir die Formel »sozialistischer Kapitalismus«. Selbst einem Schulkind ginge dann auf, dass hier eine offensichtliche Ungereimtheit, sozusagen ein gelber Logarithmus vorliegt.

Kommen wir an diesem Punkt auf die schon erwähnte Broschüre von Stalin zurück. Er hatte darin den Versuch unternommen zu begründen, warum das in der Sowjetunion vorherrschende, als »sozialistische Ökonomik« bzw. »sozialistische Planwirtschaft« definierte Wirtschaftssystem nicht ohne solche aus der kapitalistischen Ökonomie überlieferten Kategorien wie Ware, Wert, Geld, Preis usw. auskommt und daraus die Forderung abgeleitet, das vorherrschende und dominierende Planprinzip mit der Ausnutzung des Wertprinzips zwecks Verbesserung der Wirtschaftsergebnisse zu koppeln bzw. zu ergänzen.

Das Wirtschaftssystem, auf das sich Stalin bezog, resultierte aus den Veränderungen, die mit der Liquidierung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) gegen Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts eingeleitet worden waren und deren Ergebnisse Stalin Mitte der 30er Jahre als »Sieg des Sozialismus« bzw. »Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse« ausgerufen hatte. Die wichtigsten dieser, unter der Losung »Liquidierung der kapitalistischen Elemente« gelaufenen Veränderungen betrafen auf ökonomischem Gebiet die volle Verstaatlichung der industriellen Produktionsmittel, die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die Einführung des zentralistisch-direktiven Planprinzips (»Kommandowirtschaft«), als dem entscheidenden staatlichen Instrument, um die Industrialisierung des Landes beschleunigt voranzutreiben.

Die sich so hergestellenden ökonomischen und sozialen Realitäten konnte Stalin aber nur deshalb als »Sozialismus« ausgeben, weil er unter fälschlicher Berufung auf Lenin und unter dem Signum einer »Weiterentwicklung« des Marxismus einschneidende Revisionen an der klassischen Sozialismustheorie vorgenommen hatte. Dieser Theorie gemäß gilt bekanntlich »Sozialismus« als anfängliche Phase und durchaus vollgültiger Bestandteil der neuen kommunistischen Gesellschaftsformation, die sich auf das Gemeineigentum an Produktionsmitteln gründet und durch ein assoziiertes Produktionsverhältnis charakterisiert ist, welches das Wertprinzip durch das Prinzip der Ökonomie der Zeit ersetzt und damit den Warencharakter des Produkts bereits aufgehoben

hat. Von der politischen Seite her entspricht dem ein Staat, der sich vom Repressionsinstrument schon weitgehend zu einem Instrument demokratischer Selbstverwaltung gewandelt hat.

Wie man weiß, war keine dieser Prämissen in der damaligen Sowjetgesellschaft gegeben. Mehr noch, selbst die Aufgaben, die Lenin seinerzeit mit der NÖP gestellt hatte, waren noch keineswegs erschöpfend verwirklicht worden. Hier muss man daran erinnern, dass Lenin mit der NÖP ein auf Jahrzehnte berechnetes gesellschaftsstrategisches Langfristkonzept verknüpft hatte, darauf ausgerichtet, Sowjetrußland aus der Rückständigkeit herauszuführen, auf diesem Wege zunächst die Grundlagen der Zivilisation zu legen und über einen Kompromiss mit dem Weltkapitalismus solange durchzuhalten, bis weitere Länder einen sozialistischen Entwicklungsweg einschlagen würden.

Das Projekt hingegen, das Stalin an die Stelle der NÖP gesetzt hatte, lief in gewissem Sinne auf die Rückkehr zu jener unter dem Namen des »Kriegkommunismus« praktizierten Methode hinaus, die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates zu regeln. Seinerzeit hatte man zu diesem Regime als einer durch die Umstände erzwungenen außerordentlichen Notmaßnahme gegriffen, die sich in dem Moment als schwerer, die Existenz der Sowjetordnung selbst bedrohender Fehler erwiesen hatte, als man sie über die Kriegserfordernisse hinaus als eine Methode des direkten Übergangs zur neuen Gesellschaft beizubehalten suchte. Stalin glaubte offenbar, mit der bereits erwähnten Ausschaltung der »kapitalistischen Elemente« und der damit erfolgten Reduzierung der Eigentumsformen auf staatliches und genossenschaftliches Eigentum nunmehr die nötigen Voraussetzungen geschaffen zu haben, um, ungeachtet der früheren Erfahrungen, dieses Konzept, diesmal unter ganz normalen Bedingungen und auf lange Sicht, doch noch für den Aufbau des Landes erfolgreich praktizieren zu können.

Wie sich dann aber praktisch erwies, konnten die ökonomischen Bedingungen, auf denen das NÖP-System beruhte, dennoch nicht einfach außer Kraft gesetzt werden. Einerseits machten sie sich als ein lästiges Relikt geltend, das dem zentralistischen Plandirigismus nur hindernd und einschränkend im Weg stand, andererseits erwiesen sie sich aber doch auch in Gestalt der Wertkategorien als nützliche und sogar unverzichtbare Elemente, um wenigsten die schlimmsten Defizite und Fehlleistungen einer auf subjektive Wünsche und Erwartungen abgestellten Kommandowirtschaft abzumildern und auszugleichen.

Die ideologische Begleitmusik zu diesem Coup bildete die nunmehr ausgegebene Losung vom »Aufbau des Sozialismus«. Erst später, als

nämlich die Defizite und Ungereimtheiten dieses Systems immer unübersehbarer zutage traten, hat dann Stalin als zusätzliche ökonomische Begründung des Ganzen die Theorie von der »sozialistischen Warenproduktion« dazu erfunden. Man kann in Stalins Broschüre wie auch in dem nach seinen Intentionen abgefassten Lehrbuch für Politische Ökonomie aus dem Jahre 1954² nachlesen, dass dabei ein alle gesicherten Einsichten der marxistischen Ökonomie ignorierendes Mixtum compositum herausgekommen war, das kein in sich stimmiges Wirtschaftskonzept konstituieren konnte. Das Hauptargument Stalins zur Rechtfertigung von Warenproduktion in einem sozialistischen System lautete dahingehend, dass Ware und Markt keineswegs nur an das Kapital bzw. die kapitalistische Produktionsweise gebunden seien, und daher als sozusagen formationsneutrale Elemente auch einer durch staatliches und genossenschaftliches Eigentum gekennzeichneten und von einem sozialistischen Staat geleiteten Wirtschaft implantiert werden könnten. Außen vor blieb der Umstand, dass es sich bei dem Planprinzip einerseits und dem Wertprinzip andererseits um zwei diametral entgegengesetzte ökonomische Regulationsprinzipien handelt, deren Wirkungsmechanismen auf jeweils ganz unterschiedlichen sozialökonomischen Voraussetzungen beruhen und daher nicht direkt und unmittelbar in dasselbe ökonomische System eingebaut und zusammengespannt werden können, ohne schwerwiegende Dysfunktionalitäten hervorzurufen. Denn eine auch nur einigermaßen entwickelte Wirtschaft bildet ein Systemganzes, das nur funktionsfähig bleibt, wenn sich alle Beteiligten an die gleichen Regeln halten. Selbst dann, wenn das Planprinzip als das übergreifende und bestimmende gilt und dem Wertprinzip eine nur begrenzte und ergänzende Rolle zugeordnet ist, müssen sie sich doch in ihrer Wirkung gegenseitig permanent stören und sogar aushebeln, wie die »realsozialistische« Wirtschaftspraxis zur Genüge gezeigt hat. Der logische Widersinn einer derartigen ökonomischen Systemkonstruktion wird vollends deutlich, wenn man folgendes bedenkt: Die vorkapitalistische Warenproduktion war an zwerghafte und zersplitterte Produktionsmittel in den Händen von Privaten gebunden. Marx hat nun nachgewiesen, dass mit dem Übergang zu industriellen, nur noch gesellschaftlich anwendbaren Produktionsmitteln die »einfache« Warenproduktion sich notwendig zur kapitalistischen Produktionsweise alias Kapitalismus ausbilden musste, der als solcher die logisch wie auch historisch höchste Form von Warenproduktion überhaupt darstellt, jen-

2 Politische Ökonomie. Lehrbuch. Hg.: Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Berlin 1955.

seits dessen es sich nur noch um eine aus der Auflösung des Kapitalismus hervorgehende, mit dem Kapital auch den Warencharakter des Produkts aufhebende neue Produktionsweise handeln kann, die dann erst uneingeschränkt dem Prinzip der Ökonomie der Zeit und damit einer bewussten Planung unterstellt werden kann.

Ökonomische Gegebenheiten sind harte Fakten, die sich nicht willkürlich ummodellieren lassen. Auch mit den sozialpolitischen Hauruckaktionen, die Stalin nach der Beendigung der NÖP durchgedrückt hatte und die sich in den Erfolgen der Industrialisierung zunächst tatsächlich zu bewähren schienen, konnte keine authentisch sozialistische Ökonomik herbeigezwungen werden; weder die dazu erforderlichen ökonomischen noch die zivilisatorischen und kulturellen Reifebedingungen waren dafür in ausreichendem Maße gegeben. Allen oktroyierten Veränderungen zum Trotz blieb daher die sowjetische Wirtschaft eine Wirtschaft, die man ihrem ökonomischen Wesen nach nicht anders denn als einen Staatskapitalismus der besonderen Art bezeichnen kann, d. h. hier als einen Kapitalismus sozusagen ohne Kapitalisten. Mit seiner Umbenennung in »sozialistische Produktionsverhältnisse« konnte auch ein Stalin zwar daran nichts ändern, schaffte sich damit aber die Legitimation, unter Ausnutzung des Massenenthusiasmus einerseits und von Gewaltmethoden andererseits direkt in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, um angesichts der Bedrohungen aus dem Westen die Sowjetunion forciert in eine unabhängige und auch militärisch potente Großmacht zu verwandeln. Unter den gegebenen Voraussetzungen konnte dies nur um den Preis großer Opfer und mit dem Ergebnis geschehen, dass das Sozialismusprojekt immer stärker Züge eines doktrinären Experiments kleinbürgerlich-nationalistischen Charakters annahm. Bei Ausbleiben einer grundlegenden Korrektur dieses Kurses mussten die Dysfunktionalitäten und Unstimmigkeiten immer stärker hervortreten, und, verstärkt durch die hinzutretenden Zwänge der Systemauseinandersetzung, das Ganze auf einen ökonomischen Kollaps zutreiben. Letzten Endes und alles in allem genommen, war es also die mit der Ersetzung des Leninschen NÖP-Systems durch eine ökonomische Fehlkonstruktion vorgenommene Weichenstellung, die den Weg des »Realsozialismus« in die Sackgasse vorprogrammiert hat. Übrigens können Sackgassen manchmal ziemlich lang sein, wie die Geschichte lehrt. Und wenn man dann vom Ende überrascht wird, mag es schwer fallen, darauf zu kommen, wann und warum man eigentlich in die Sackgasse geraten ist.

Doch zurück zur laufenden Debatte. Das seltsame daran ist, wenn man den hier kurz skizzierten historischen Hintergrund bedenkt, dass man brav und völlig unkritisch eine Sozialismusversion zugrundelegt,

die von niemand anders als Stalin höchstpersönlich in die Welt gesetzt worden ist. Mit der Gegenseite stimmt man dann fast nahtlos darin überein, dass in Gestalt des »Realsozialismus« der Sozialismus gescheitert sei, setzt also die Stalinversion mit dem marxistischen Sozialismusprojekt gleich und lastet nun, indem man die Mängelliste des Realsozialismus hoch und runter betet, die »Fehler« und »Defizite« dem marxistischen Originalprojekt selbst an. Da braucht es nicht zu verwundern, wenn innerhalb der so gesetzten Selbstbeschränkungen die Diskussion um eine »sozialistische Marktwirtschaft« zu einer ergebnislosen scholastischen Schulübung geraten musste, während doch der Ausweg zum Greifen nahelag – falls man nämlich bereit war, die vorliegende historische Erfahrung wirklich ernst zu nehmen. Inzwischen liegt diese Erfahrung sogar in Form zweier historischer Präzedenzfälle vor. Der eine betrifft die NÖP-Periode der Sowjetunion selbst. Der Kunstgriff, mit dem Lenin die Sowjetrepublik aus dem lebensgefährlichen ökonomischen Dilemma anfangs der 20er Jahre gerettet hatte, bestand allerdings darin, zwei gegensätzliche Elemente miteinander zu verbinden. Als Dialektiker und revolutionserfahrener Politiker wusste er, dass man Gegensätze auf zweierlei Weise miteinander kombinieren kann: entweder so, dass eine »Kakophonie«, also ein Missklang und Missgebilde – oder eine »Harmonie«, also ein zusammenstimmendes und praktisch funktionierendes Ganzes herauskommt. Im vorliegenden Falle handelte es sich auf der einen Seite um eine Ökonomie, die unter den gegebenen Voraussetzungen nur als ein auf Gewinn abgestelltes System kapitalistischer Warenwirtschaft funktionieren konnte, und auf der anderen Seite um eine dazu stracks im Gegensatz stehende, durch die Revolution begründete, auf die Interessen des werktätigen Volkes und das Ziel »Sozialismus« abgestellte Staatsordnung. Reduzieren wir diese beiden Seiten auf die nackten ökonomischen Prinzipien, sind wir wieder beim Wertprinzip (qua »Marktwirtschaft«) und beim Planprinzip (qua »Sozialismus«) angekommen, ihre Vereinigung erfolgte diesmal aber über einen Umweg, d. h. über einen Kapitalismus, der vom proletarischen Staat nicht nur zugelassen, sondern zugleich im eigenen Interesse kontrolliert wird und auf das angestrebte Ziel hin auszurichten ist. Selbstredend konnte es sich bei einer derartigen Kompromisskonstruktion nicht um einen authentischen Sozialismus handeln. Aber Lenin wusste sich seinerzeit durchaus mit seinen Genossen einig, wenn er nüchtern und realistisch die Situation folgendermaßen beschrieb: »Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, dass die Bezeichnung ›Sozialistische Sowjetrepublik‹ die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, dass

die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.«³ Wohlgermerkt, Lenin spricht hier nicht von der Verwirklichung des Sozialismus, sondern vom Übergang zu diesem Ziel, denn er wusste, dass es noch längst nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stand, ja in einem einzeln genommenen Land gar nicht vollständig verwirklicht werden kann. Der Zusammenbruch des Realsozialismus beweist folglich nur, dass man objektiv bedingte sozialökonomische Entwicklungsnotwendigkeiten nicht in den Wind schlagen darf, wenn man nicht das totale Fiasko des ganzen Projekts riskieren will, und sonst gar nichts.

Den zweiten Präzedenzfall und den Beweis für die Richtigkeit und historische Tragfähigkeit des Leninschen Modells eines sozialistisch orientierten Entwicklungsweges liefert die gegenwärtige Erfolgsgeschichte der Volksrepublik China. Im Vorurteil der »realsozialistischen«, d. h. Stalinschen Sozialismusversion befangen, vermögen manche darin offenbar nur den (Rück)Marsch zum Kapitalismus zu entdecken. Sie können dann aber kaum überzeugend erklären, warum Kommunisten, die über lange Jahrzehnte an der Spitze des revolutionären Befreiungskampfes des chinesischen Volkes standen und nach der Gründung der Volksrepublik weitere Turbulenzen und Prüfungen gemeistert haben, plötzlich ihre Liebe zu einer kapitalistischen Gesellschaft entdeckt haben sollen, von der sie tagtäglich sehen, in welchen desolaten und ruinösen Weltzustand sie die Menschheit hineinmanövriert hat.

Für ernstzunehmende Sozialisten sollte aber immer noch die Praxis, und nicht ein abstraktes Prinzip den Beurteilungsmaßstab für eine faktisch vorgehende Entwicklung abgeben. Und die heutige chinesische Praxis spricht für sich selbst. Wenn ein Staat in einer Welt, deren Bevölkerungsmehrheit immer noch von Armut, Unterentwicklung und Abhängigkeit sowie allen möglichen sonstigen Übeln geplagt wird, es nicht nur fertigbringt, seine 1,2 Milliarden Menschen tagtäglich ausreichend zu ernähren, zu kleiden, ein Dach über dem Kopf sowie Zugang zu Bildung und gesundheitlicher Betreuung zu verschaffen, sondern ihnen darüber hinaus eine sichere Aufstiegsperspektive zu bieten vermag, so verdankt er diese historische Glanzleistung einzig und allein der Führung durch eine kommunistische Partei, die sich zwar nicht an abstrakte Prinzipien klammert, dafür aber auch weiterhin strikt am sozialistischen Ziel festhält und gerade deshalb sich als fähig erwiesen hat und bis heute erweist, Weg und Ziel miteinander in Einklang zu bringen.

3 W.I. Lenin: Über die heutige Wirtschaft Russlands. In: Werke. Berlin. Bd. 32. S. 342.

Vielleicht sollten die Matadoren einer unbedingt »sozialistisch« sein sollenden »Marktwirtschaft« einmal über die in der Geschichte immer wieder für Überraschungen sorgende Ironie nachdenken, um sich davon zu überzeugen, dass der heute auf dem Globus noch vorherrschende Kapitalismus vielleicht am ehesten mit seinen eigenen Mitteln geschlagen werden kann.

Die Wirtschaftsreform in der Volksrepublik China, Realität – Vision oder Illusion

Paul Liehmann

In der Aussprache zu Vorträgen ist das Stichwort »China« gefallen. Ich möchte zur Wirtschaftsreform dieses Landes aus meinen Erfahrungen der Begegnung mit chinesischen Staatsbeamten und Managern von Unternehmen bei Schulungen und einem Arbeitstreffen vor Ort etwas sagen. Im folgenden werde ich ein positives und relativ optimistisches Bild zur Wirtschaftsreform Chinas zeichnen. Wenn ich dies vor deutschen Gesprächspartnern vortrage, werde ich logischerweise gefragt, was mich zu diesem Optimismus veranlasst. Ich nenne dann folgende Gründe: *Erstens* kenne ich kein Programm eines Reformstaates mit einer solchen in sich logischen und zukunftsorientierten Fassung.¹ *Zweitens* ist es die vor Ort festzustellende Praxis der Realisation, die bei allen Einschränkungen doch für die Konsequenz spricht, den eingeschlagenen Weg durchzustehen. *Drittens* ist es das Beispiel der Folgen der deutschen Einheit, die bekanntlich zu einer sehr kontroversen Diskussion über das Schicksal der Wirtschafts- und Sozialentwicklung in den neuen Bundesländern geführt haben. *Viertens* sprechen die Tatsachen solcher Länder wie Russland, Ukraine, Polen, Tschechien und andere für die Hoffnung, dass das Reformprogramm Chinas in seiner Gänze die Chance einer weltweit wirkenden Entwicklung hat. Natürlich muss man dabei berücksichtigen, dass die verwendeten Maßstäbe nicht formal an den entwickelten kapitalistischen Staaten angesetzt werden dürfen. Ebenso richtig wird es sein, die Gefahren und Konfliktpotenziale auf diesem Wege nicht zu übersehen und die Erfordernisse einer Reform des politischen Systems nicht zu vergessen.

In der westeuropäischen Geisteswelt radikalisiert sich die Diskussion über die weltweite Globalisierung, die Megafusionen und ihre Fol-

1 Starke Ähnlichkeiten mit dem Programm der DDR-Regierung vom 29.01.1990 »Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989« sind nicht zu übersehen, jedoch ist das chinesische Reformprojekt konsequenter und weitgehender.

gen sowie über die neoliberalen »Lösungsansätze« einschließlich der Verfechter der »Modernisierung«. Kritisiert werden vor allem die Abhebung der Finanzebene von der Produkt- und Sozialebene, Deregulierung von Währungssystem und Finanzmärkten, zwanghafte Liberalisierung der Handelsbeziehungen, Sozialabbau und Crash-Privatisierung, da sie weltweit in eine Sackgasse geführt haben. Deshalb wird

- eine Wiederherstellung der Aufsicht der Staaten über die global agierenden Finanzhäuser gefordert,
- die Einführung einer Besteuerung der Kapital-Transfers (Tobin-Steuer) vorgeschlagen,
- eine Erneuerung der Regeln über den Handelsverkehr gewünscht,
- gemeint, dass die Entwicklungsländer nicht noch drastischer in Abhängigkeit der reichen Industrieländer geraten dürfen,
- die Notwendigkeit gesehen, sich dem Druck der Europäischen Union (EU) und der Großbanken zur ungehemmter Privatisierung entgegen zu setzen.

Interessant sind kürzlich erschienene Veröffentlichungen zu dieser Thematik: Altkanzler Helmut Schmidt schreibt in seinem Buch »Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert«, dass in den europäischen Wohlfahrtsstaaten, die selbst durch das Raubtierverhalten der Multis gefährdet seien, Massenarbeitslosigkeit und Ausländerghettos wachsen würden. Mit der amerikanischen minderwertigen Pseudokultur entstehe der Boden für faschistoide Kräfte, denen ein in vieler Hinsicht machtloser Staat und eine von kleinkarierten, demokratisch nicht legitimierte Bürokraten beherrschte und überforderte EU gegenüberstehe.²

Besonders machen die St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik auf diese Problematik aufmerksam. Nach ihrer Ansicht kann eine wohlgeordnete Gesellschaft freier und gleicher Bürger nur gestaltet werden, wenn es gelingt, das Primat der politischen Ethik vor der Logik des Marktes durchzuhalten. Die Sachlogik des Wirtschaftens müsse vom Menschen her gedacht werden. Ein Staat, der sich dem Markt unterworfen hat, kann keinen sozialen Ausgleich mehr erzwingen. Märkte tendierten zur Selbstzerstörung und müssten daher sozialstaatlich und durch marktexterne Mittel behindert werden. Dennoch sei der Markt – wie viele giftige Substanzen – ein unerlässliches Heilmittel, wenn die Dosis stimme.³

2 Vgl. Betrachtung zu seinem Buch, erschienen Stuttgart/München 2000, von Herbert Niemann. In: Neues Deutschland v. 9.2.2001. S. 13.

3 Vgl. André Brie zu den Beiträgen, erschienen Bern /Stuttgart/Wien 2000. In: »Neues Deutschland« v. 9.2.2001. S. 13.

Chinas Wirtschaftsentwicklung

China wünscht zu lernen, dazu Schulungen und Reisen zu organisieren; Konsultationen finden in einer konstruktiven und intensiven Weise statt, man hat jedoch Vorbehalte gegenüber »Beratern«, da man selbst über die Realisierung von Vorschlägen entscheiden will. Ich konnte mich mit der aktuellen Situation bei der Durchführung der Wirtschaftsreform vertraut machen. Vor allem überzeugen die Konsequenz, mit der sich die führenden Staatsbeamten, beginnend beim Minister, sowie die Unternehmer und Wissenschaftler zur Notwendigkeit einer unumkehrbaren und totalen Gestaltung des Transformationsprozesses äußern, wobei sie die hohe Eigenständigkeit und nationale Differenziertheit der Lösungen bei gründlicher Auswertung der ausländischen Erfahrungen betonen.

Bei Bekenntnis zu den politischen Grundsätzen der Staatsgestaltung nach chinesischer Art orientiert die zentrale Politik auf makrowirtschaftliche Steuerung mit ökonomischen, juristischen und finanziellen Instrumenten, die Herausbildung einer vielfältigen Eigentumsstruktur in Form von Staats-, Kommunal-, Genossenschafts- und Privateigentum. Millionen neue Arbeitsplätze entstehen durch die Privatisierung, wozu es im neuen Planentwurf heißt: » Um sich der Welt draußen zu öffnen, muss China zuerst seine industriellen Monopole und regionalen Barrieren niederreißen und jede Diskriminierung der nichtstaatlichen Wirtschaft hinsichtlich des Marktzuganges loswerden «.

Die Tatsache, dass die chinesische Seite auf eine konsequente Durchführung der Wirtschaftsreform, die komplexere Gestaltung der Kooperationen mit Deutschland und der EU orientiert, mit der Konferenz zum Umweltschutz ein wichtiges Zeichen gesetzt hat, spricht für genannte Konsequenz. Dasselbe zeigen die Projekte in technikintensiven Bereichen des Maschinenbaus, der Chemie, der Stahlindustrie, bei moderner Kommunikations- und Umwelttechnik, beim Bau von U-Bahnen und Flughäfen im Westen Chinas und das Abkommen zum Transrapid, die positiv verhandelt wurden.

Es scheint wichtig zu sein, den *aktuellen Stand und Verlauf der Wirtschaftsentwicklung kurz darzustellen*: Seit 1979 – dem Zeitpunkt einer neuen Politik – erreichte man ein jährliches Wachstum von 9 Prozent; es verlangsamte sich 1997 und 1998 als Folge der asiatischen Finanzkrise auf 7,1 Prozent. Die folgende mangelhafte Nachfrage und Deflation wurde 2000 gestoppt und eine stabile Finanz- und Geldpolitik verfolgt. 2000 wuchs das Bruttoinlandprodukt (BIP) um 8 Prozent und überschritt damit erstmalig eine Billion \$. Die vereinbarten Direktinvestitionen ausländischer Partner stiegen um 36 Prozent auf 39,5 Mil-

liarden \$. Moderne Industriezweige sind seit 2000 die wichtigsten Produktionsbereiche und wachsen um 20 Prozent schneller als die Industrie gesamt. China stieg zur drittgrößten Informationstechnologie-Nation der Welt auf.

Große chinesische Staatsunternehmen haben 2000 durch ihren Gang auf internationale Börsen 21 Milliarden \$ aufgebracht, 2001 rechnet man mit 30 Milliarden. Bis 2010 soll das Bruttoinlandsprodukt verdoppelt werden. 80 Mio. neue Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, um die Arbeitslosigkeit unter 5 Prozent zu halten, derzeit 3 Prozent; im Jahre 2000 entließen die Staatsbetriebe 12 Millionen Beschäftigte.

Die Staatsverschuldung erhöht sich, bleibt aber mit 2,7 Prozent vom BIP moderat im internationalen Vergleich, so dass China sich steigende Staatsausgaben noch für einige Jahre ohne allzu kritische Folgen gestatten kann.

Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation kann bis Ende 2001 erreicht werden. Der Ständige Ausschuss des Volkskongresses hat die UN-Menschenrechtskonvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert.

Das Jahr 2001 ist nach dem chinesischen Kalender das »Jahr der Schlange«, gekennzeichnet durch die Wirkung hoher Intelligenz, berechnende Vorsicht, diskretes Handeln und einen ausgeprägten Erfolgsdrang. Für September 2001 wird der 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas vorbereitet. Im Januar hat der 10. Fünfjahrplan 2001–2005 begonnen.

Bemerkenswerte Verbesserungen zeigen sich in der Infrastruktur, in Spitzenpositionen in der Informationstechnik, in einem bescheidenen Wohlstand.

Gleichzeitig muss man mit einer Zuspitzung von Konflikten rechnen, so in der Industriestruktur, in der Schere zwischen den reichen Küstenregionen und den armen Provinzen im Landesinneren, im Modernisierungstempo. Achillesferse bleibt die geringe Effizienz der produzierenden Bereiche, massenhafte Ladenhüterproduktionen, Firmenpleiten und Entlassungen. Sorgenkind bleibt die Landwirtschaft mit wenig qualifizierten Arbeitskräften und niedriger Arbeitsproduktivität.

Richtig wird vermerkt, dass sich der »Sozialismus chinesischer Prägung« an den realen Möglichkeiten, nicht an Wunschträumen orientiert.

Zu einigen Ansätzen der Wirtschaftsreform

Es scheint sich zu bestätigen, dass in der Volksrepublik China mit großer Zielstrebigkeit, Konsequenz, Kreativität und Weltoffenheit an der Lösung der strategisch bedeutsamen und für das Weltwirtschaftssystem wichtigen Aufgabe gearbeitet wird, das Wirtschaftssystem in einer für die Zukunft Chinas geeigneten Weise zu vervollkommen. Die Wirtschaftsreform Chinas ist darauf gerichtet, den möglichst konfliktarmen Übergang zur sozialen Marktwirtschaft zu gestalten. Unter diesem Vorzeichen sind die Erfahrungen bei der Bestimmung einer neuen Rolle des Staates auf wirtschaftspolitischem Gebiet, bei der Aktionierung, Restrukturierung, Sanierung und Privatisierung von Staatsbetrieben, einer Vielfalt von Eigentumsformen, der Herausbildung kleiner und mittelständischer Unternehmen, der Bewältigung sozialer Probleme, der Ausbildung eines effektiven Management u. a. von großem Interesse.

Die Wirtschaftsreform wird konzentriert

- auf die Effizienz der Staatsunternehmen: sie ist in Stufen sorgsam zu erhöhen, die Unternehmen sollen in drei Jahren liquid sein und mit Gewinn wirtschaften, wozu moderne und unter den konkreten Bedingungen praktikable Formen und Wege erfolgsorientierter Unternehmensführung anzuwenden sind;
- Privatisierung und Übergang zu Gemeineigentum in verschiedenen Formen;
- Qualifizierung des Unternehmensmanagements auf westlichem Niveau, Ausbau der Managementausbildung;
- Ausweitung von ausländischen Kapitalbeteiligungen an Staatsunternehmen;
- Übergang zur vollen Entfaltung des Aktienwesens, der Wertpapier- und Börsengeschäfte;
- Öffnung zur Welt vor allem über die Welthandelsorganisation.

Die Privatisierung umfasst wesentliche Teile der Volkswirtschaft, wobei bestimmte Branchen und Bereiche zwar in Aktiengesellschaften umgewandelt, nicht aber voll privatisiert werden sollen.

Internationale Beteiligungen und Wirtschaftskooperationen werden unterstützt..

Die Zuständigkeit für unternehmenskonkrete Einflussnahmen zur Restrukturierung, Sanierung und Privatisierung von Staatsunternehmen wurde auf die Provinzregierungen übertragen. Der Standpunkt Chinas ist, genau definierte große Staatsbetriebe zu verkaufen, mit Joint Venture zu entwickeln oder an die Börse zu gehen. Stille Beteiligungen privater Kräfte am Staatseigentum sind ebenso möglich wie eine stille

Beteiligung des Staates an privaten Unternehmen. Unterstützt wird der Verkauf von Aktien an Manager und Belegschaftsangehörige, dies nach dem Prinzip »Es wird nur verkauft und nicht verschenkt« im Gegensatz zur russischen Art des »Voucher-Verschenkens«. Allerdings macht sich das Fehlen eines »Systems sozialer Sicherungen« im Reformprozess negativ bemerkbar.

Ich möchte deshalb zusammenfassend den Schluss ziehen: Reformstaaten kommen nicht um die Beantwortung der Fragen herum, die sich aus der weltweiten Entwicklung ergeben, die mit Begriffen wie Postfordismus, New Economy und Globalisierung verbunden sind und die in irgendeiner Weise die nationale Zielrichtung und den Prozess der Herausbildung des neuen Wirtschaftssystems beeinflussen.⁴

Die beiden letzten Jahrzehnte des zu Ende gegangenen Jahrhunderts waren von gewaltigen gesellschaftlichen Umbrüchen gekennzeichnet. Einerseits ist das System des »real existierenden Sozialismus« zusammengebrochen, andererseits sieht die Welt mit größter Aufmerksamkeit auf die Reformen in den ehemaligen RGW-Staaten, auf die Experimente Chinas und Vietnams bei der Vereinigung von national geprägten sozialistischem politischen System und Marktwirtschaft; einerseits hat sich die westliche Version eines kapitalistischen Systems bisher als überlebensfähig und bei allen Einschränkungen dynamisch erwiesen, andererseits fragt sich die Menschheit zunehmend, ob angesichts der Konsequenzen der Globalisierung, wachsender Krisenanfälligkeit, der langandauernden Rückständigkeit vieler Länder und des Abbaus vieler Elemente der sozialen Marktwirtschaft dies der »Weisheit letzter Schluss« sein soll.

Kein westlicher Berater kann einem Staat und einer Wirtschaft, die den Versuch eines erfolgversprechenden Übergangs zu einem neuen Wirtschaftssystem unternimmt, ein Modell »überstülpen«, denn es gibt auf der Welt kein allgemeingültiges Modell und schon gar keinen voll gelungenen Fall für den Übergang von der sozialistischen zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Erfahrungen anderer Länder aber können bei Akzeptanz nationaler Souveränität und Respektierung eigener Erfahrungen und Besonderheiten zu einem nationalen Projekt genutzt werden.

4 Beiträge zur Begriffsbestimmung bei internen Materialien von Wittich und Friedrich »Tritt der Kapitalismus in ein neues Stadium seiner Entwicklung ein ?« und Hanke »Postfordismus, Globalisierung und New Economy«

Mangel oder Überfluss?

Eva Müller

1. Die Mangelercheinungen in der DDR und ihre Ursachen

Das Warenangebot im Handel war in der DDR durch zahlreiche Mangelercheinungen geprägt, manche Produkte fehlten im Angebot über Jahre, wie beispielsweise Personenkraftwagen, andere fehlten über Monate, wie beispielsweise Handtücher oder Bettwäsche oder Apfelsinen und Bananen. Bei vielen Warenarten war das Angebot schmal, es wurden nur wenig Brotsorten, Fleischsorten, Obst- und Gemüsesorten, Bekleidungs- und Schuhmodelle angeboten.

Das gegenwärtige Warenangebot ist dagegen durch einen Überfluss geprägt: von jeder Warenart gibt es eine Vielzahl von Sorten und Modellen. Beachtet man noch die Versandhauskataloge, so wird die Vielfalt unüberschaubar, der Käufer macht nur noch Stichproben, weil er außerstande ist, die ganze Breite des Angebotenen zu erfassen.

Was waren die Ursachen für die Mangelercheinungen in der DDR?

Siegfried Wenzel meint, dass die Hauptursache für die Mangelercheinungen im Warenangebot der Geldüberhang bei der Bevölkerung gewesen ist.¹ Den Geldüberhang nachzuweisen, ist jedoch schwierig. Das durchschnittliche Geldeinkommen der privaten Haushalte und ihr durchschnittliches Geldvermögen sind heute in Ostdeutschland wesentlich höher als zu DDR-Zeiten, trotz des gegenwärtigen Überflusses im Warenangebot.²

-
- 1 Vgl. Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz. Berlin 2000. S. 218. Siehe auch ders.: Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? Ein Beitrag zur Systemauseinandersetzung. Pankower Vorträge. Heft 14. Berlin 1999. S. 21f. Hier wird die Rolle des Geldüberhangs bei der Erklärung der Ursachen der Mangelwirtschaft relativiert.
 - 2 Näheres siehe dazu: Eva Müller: Das Volkseigentum der DDR, was war es und was wurde daraus? Manuskript für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2001. Da das Geldvermögen auch Quelle von Vermögensinkommen ist, Quelle von Zinsen, Dividenden und ähnlichem, wird gegenwärtig Geldvermögen vorrangig deshalb auch angehäuft, während es zu DDR-Zeiten häufig entstand, weil man die gewünschte Ware, zum Beispiel einen Personenkraftwagen oder ein bestimmtes Möbelstück, nicht kaufen konnte, da sie im Warenangebot fehlten..

Nach meiner Meinung lag die Hauptursache für die Mangelerscheinungen im Warenangebot der DDR im Versuch, sparsam zu wirtschaften und nur das anzubieten, was mit relativ niedrigem Aufwand hergestellt oder importiert werden kann und mit großer Wahrscheinlichkeit verkauft wird. Ungünstige Importmöglichkeiten, wie beispielsweise bei Südfrüchten oder Personenkraftwagen, beschränkten das Angebot ebenso, wie das Bemühen der Inlandsproduzenten, möglichst billig, ohne zu viel Varianten, zu produzieren. Ist das Angebot beschränkt, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass es verkauft wird, größer. Die Kunden, die das genau Gewünschte nicht finden, weichen aus und kaufen etwas anderes.

Die Hauptursache für die Mangelerscheinungen im Warenangebot war somit nach meiner Auffassung das Sparsamkeitsregime, das dem Wirtschaften zugrunde lag, nicht der Geldüberhang.

Dabei darf man Sparsamkeit nicht mit Effektivität gleichsetzen, denn es wurde gespart auf Kosten des Ergebnisses, auf Kosten einer Vielfalt im Angebot. Häufig fehlten auch die notwendigen Investitionen, um die technischen Voraussetzungen für ein reicheres Warenangebot zu sichern. Ebenso bremste die Schwerfälligkeit in der Erzeugnisbilanzierung die Anpassung der Produktion an veränderte Käuferwünsche.

Das Bestreben, Zirkulationskosten einzusparen und möglichst billig zu produzieren, waren jedoch nach meiner Meinung die Hauptursache der Mangelerscheinungen im Warenangebot der DDR, wobei das Warenangebot im Vergleich zu den meisten anderen sozialistischen Ländern breit war, im Vergleich zu den ärmeren kapitalistisch wirtschaftenden Entwicklungsländern aber schmal.

2. Breites Warenangebot und sinkende Verkaufswahrscheinlichkeit

In dem Maße, wie die privaten Haushalte mit Wohnungen, Möbeln, Bekleidung ausgestattet sind und die Menschen sich satt essen können, wird ihre Nachfrage nach den verschiedenen Warenarten immer differenzierter. Die Wahrscheinlichkeit, das Gewünschte im Warenangebot zu finden, wächst mit der Breite des Warenangebots. Die Wahrscheinlichkeit, das Angebotene zu verkaufen, sinkt jedoch mit der Breite des Warenangebots.

In der Volkswirtschaft der DDR, für die das sparsame Wirtschaften kennzeichnend war, war es wichtiger, das Angebotene möglichst zu verkaufen, als eine wachsende Vielfalt von Bedürfnissen durch das Angebot zu befriedigen.

Anders gegenwärtig bei bestehender Konkurrenz zwischen den Anbietern und ihrem Bestreben, möglichst viel zu verkaufen, um dadurch auch einen möglichst hohen Gewinn zu realisieren. Die Breite des Warenangebots wächst, auch die Wahrscheinlichkeit, dass der Käufer darin das Gewünschte findet. Die gesunkene Wahrscheinlichkeit, das gesamte Angebot zu verkaufen, muss durch hohe Gewinne aus dem Verkauften ausgeglichen werden. Wege, das Nichtabsetzbare zu verschenken oder zu vernichten, müssen dem Händler oder Hersteller bekannt sein, auch wenn die Öffentlichkeit davon nichts erfährt.

Definiert man die Wahrscheinlichkeit, mit der eine angebotene Warenmenge verkauft wird, als die relative Häufigkeit, die die verkaufte Warenmenge in der gesamten angebotenen Warenmenge hat, so wächst die absolute Menge der nicht verkauften Waren mit der Breite des Angebotes und der sinkenden Wahrscheinlichkeit, sie zu verkaufen.

Umfasst das Angebot an einer bestimmten Warenart zu eine Zeitpunkt, zum Beispiel am Jahresende, beispielsweise 1.000 Stück, von denen in einer für den Verkauf üblichen Zeitspanne, zum Beispiel innerhalb von drei Monaten, 800 Stück verkauft worden sind, so ist die Wahrscheinlichkeit des Verkaufs dieser Warenart 0,8, vorausgesetzt, diese relative Häufigkeit wurde genügend oft beobachtet.

Bei gleicher Verkaufswahrscheinlichkeit ist die unverkaufte Menge größer, wenn die angebotene Menge größer ist. So sind bei einem Angebot von 1.000 Stück und einer Verkaufswahrscheinlichkeit von 0,8 200 Stück, die nicht verkauft worden, bei einem Angebot von 100 Stück sind es nur 20 Stück, die nicht verkauft werden. Stimmt die Annahme, dass die Verkaufswahrscheinlichkeit mit der Breite des Warenangebots sinkt, zum Beispiel von 0,8 auf 0,7, so ist die absolute Menge der nicht verkauften Waren einer Art noch größer: Beim Angebot von 1.000 Stück 300 Stück, beim Angebot von 100 Stück nur 30 Stück.

3. Die Vernichtung des Überschusses

Das breite Angebot, das den gegenwärtigen Handel kennzeichnet, ist zwar für den Käufer von Vorteil, die Wahrscheinlichkeit, daß er darin das Gewünschte findet, ist größer als bei einem schmalen Angebot, wie häufig zu DDR-Zeiten, jedoch ist dieses breite Angebot zugleich Verschwendung, weil mit der Vernichtung von Produkten gekoppelt, wenn diese nicht verschenkt werden können, einer Vernichtung in großen Mengen, worüber leider so gut wie nichts bekannt ist.

Jede Verkaufsstelle des Einzelhandels hat ihre Zulieferbetriebe, die häufig auch bereit sind, das Nichtverkaufte zurückzunehmen. Diese Zulieferbetriebe wissen dann auch, wo und wie sie die nicht mehr frischen Lebensmittel, schwer verkaufbaren Bekleidungsstücke und Schuhe, Haushaltwaren und anderes vernichten können, ohne dass es die Öffentlichkeit wahrnimmt. Ist das Nichtverkaufbare jedoch nicht mehr klein genug, um es unbemerkt vernichten zu können, sind es beispielsweise neu gebaute oder rekonstruierte Wohnhäuser, und eine unsichtbare Vernichtung ist nicht mehr möglich, dann wird die Öffentlichkeit wach und beschäftigt sich mit dem Sinn oder Unsinn des Abrisses dieser Wohnhäuser.

4. Möglicher Ausweg und sozialistische Marktwirtschaft

Die bisher erlebten Alternativen sind somit: *Mangel und Sparsamkeit* oder *Überfluss und Verschwendung*.

Gibt es einen Weg dazwischen, gibt es eine »goldene Mitte« zwischen dem Mangel und dem Überfluss?

Welcher Weg ist der rationelle, bei dem mit einem in Grenzen gehaltenen Angebot trotzdem die differenzierten Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden können?

Ist das Anbieten über Warenkataloge und analoger Sendungen des Internets eine Hilfe beim Erfassen der Kaufwünsche, bevor die Ware produziert wird? Wie wird aber eine rationelle Produktion in größeren Serien gesichert? Da der Wunsch vieler Käufer nach wie vor besteht, die Ware vor dem Kauf zu sehen und zu fühlen, muss es auch weiterhin ein Warenangebot im Handel geben. Wie breit kann und soll dieses Angebot sein? Solche Fragen müssten beantwortet werden, wenn man den Weg zwischen Mangel und Überfluss finden will.

Gibt es eine Marktwirtschaft, die mit einer volkswirtschaftlichen Planung gekoppelt ist und daher sozialistisch sei, die in der Lage wäre, ein solches Angebot zu sichern, das sich weitgehend mit den Kaufwünschen deckt und weder Mangel noch Überfluss erzeugt?

Die zunehmende Differenziertheit der Bedürfnisse und der Kaufwünsche, nicht nur zu einem gegebenen Zeitpunkt, sondern auch im Zeitverlauf, als ständiger Wechsel innerhalb dieser Differenziertheit erfordert eine besonders rasche Reaktion der Produktion auf diesen Wechsel. Moderne Computer-Systeme könnten die Informationen über diesen Wechsel rasch erfassen und verarbeiten, um sie dann den produzierenden Betrieben zu übermitteln.

Die in einer modernen Volkswirtschaft vorherrschende Großproduktion müsste viel beweglicher werden. Eine über Computer gesteuerte Planwirtschaft wäre denkbar, in der »Produktion, Dienstleistungen und Konsum ... täglich, stündlich ermittelt und in Übereinstimmung gebracht werden«³. Ob aber die bisherige Steuerung der Produktion über die Annäherung von Angebot und Nachfrage völlig überflüssig wird, ist strittig.

Bleibt der Handel mit einem ausgestellten Angebot an Waren, die bereits produziert worden sind, dann bleibt auch das Risiko des Nichtverkaufs. Dieses Risiko könnte nur durch geplante Maßnahmen minimiert werden.

Da die volkswirtschaftliche Planung gesellschaftliches Eigentum an wesentlichen Produktionsmitteln voraussetzt, wäre eine sozialistische Marktwirtschaft als Zukunftsmodell denkbar, wobei der Begriff Marktwirtschaft gleich gesetzt werden müsste mit dem Begriff Warenproduktion und -zirkulation. Würde man den Markt als den Ort der spontanen Regulierung definieren, ähnlich dem russischen Begriff »rynok«, dann müsste man eine solche Marktwirtschaft als nicht zukunftsfähig betrachten, denn diese würden auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, auf der Konkurrenz zwischen den Betrieben, auf ihrem Kampf um hohe Profite beruhen und die wachsende Polarisierung zwischen Armut und Reichtum fördern, anstatt die soziale Gerechtigkeit zwischen den Menschen anzustreben, die für den Sozialismus kennzeichnen sein sollte.

3 Karlen Vesper: Gerechtigkeit per Mausclick? Die Vision vom Computer- Sozialismus. Ein Gespräch mit Arno Peters über sein neues Buch: Computer-Sozialismus. In: »Neues Deutschland« vom 10. Oktober 2000, S. 13. Und Arno Peters: Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse. Berlin 2000. Besonders S. 31-37.

Thesen zum Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft

Roland Wegmann

Ausgangspunkte

- Ein soziales und demokratisches Wirtschaftssystem ist eine notwendige Voraussetzung für soziale Gleichheit und politische Freiheit.
- Trotz formal politischer Freiheit schafft die kapitalistische Marktwirtschaft durch ihre soziale Polarisierung und wirtschaftliche Abhängigkeit für großer Teile der Bevölkerung keine wirkliche politische Freiheit.
- Die kapitalistische Marktwirtschaft ist prinzipiell nicht in der Lage, dauerhaft soziale Gleichheit und soziale Sicherheit zu realisieren.
- Marktwirtschaftliche Prinzipien allein bewirken noch keine sich selbstoptimierende soziale Wirtschaftsstruktur. Im Kapitalismus erzeugen sie ein instabiles System mit Krisen, die zu sozialen Verelendungen führen und einer aggressiven Expansion, mit der Gefahr der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt. Marktwirtschaftliche Systeme können aber sinnvolle Elemente in einem sozialistischen Wirtschaftssystem sein.
- Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist eine notwendige Voraussetzung für ein soziales Wirtschaftssystem. Es reicht aber nicht, es nur abzuschaffen, indem es in Staatseigentum umgewandelt wird. Zur Gestaltung sozialistischer Eigentumsverhältnisse gehört etwas mehr Kreativität.

Drei wesentliche Innovationen bilden den Kern des *Konzepts einer sozialistischen Marktwirtschaft*

- Das nach Dauer und Umfang unbegrenzte Privateigentum an natürlichen Ressourcen in der kapitalistischen Marktwirtschaft wird ersetzt durch ein leistungsunabhängiges Nutzungsrecht jedes Einzelnen. Das soll realisiert werden, indem eine zweite Währung, die Ressourcenwährung, eingeführt wird, die leistungsunabhängig gewährt wird. Durch einen demokratischen gesetzgeberischen Prozess wird der Umfang der jährlich nutzbaren Ressourcen festgelegt und auf einem Ressourcenmarkt angeboten. Damit soll eine nachhaltige

Entwicklung im Interesse nachfolgender Generationen gesichert werden und ein Zugang jedes Einzelnen zu einem angemessenen Anteil an der Ressourcennutzung, ohne dabei durch einen bürokratischen Apparat anschließend in Details täglicher Wirtschaftsentscheidungen eingreifen zu müssen.

- Einkommen aus Eigentum an Produktionsmitteln wird abgeschafft. Um den gesellschaftlich notwendigen Produktionsmittelstock zu realisieren, wird dieser finanziert aus einem gesetzlich festzulegenden prozentualen Anteil aus dem Leistungslohn der arbeitenden Bevölkerung, so dass jedes Mitglied der Gesellschaft im Laufe seines Berufslebens einen persönlichen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Produktionsmittelvolumen bereitstellt. Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben wird dieser Anteil neben einer Grundrente als leistungsabhängige Altersrente verwendet, so dass eine akkumulierende Vererbung von Privateigentum an Produktionsmitteln vermieden wird. Daneben kann es einen gesamtgesellschaftlichen Produktionsmittelstock geben.
- Die arbeitenden Mitglieder der Gesellschaft treten Wirtschaftsvereinen bei. Deren Aufgabe ist es, die Produktionsmittelanteile der Mitglieder effektiv in deren Interesse und unter demokratischer Mitbestimmung der Mitglieder einzusetzen. Damit sind die Wirtschaftsvereine professionelle Vermittler zwischen den eigentlichen Produktionsbetrieben, deren Produktionsmittelausstattung von den Wirtschaftsvereinen finanziert wird, und der großen Anzahl der arbeitenden Produktionsmittelbesitzer.

Wege und Akteure der Transformation

- Es ist grundsätzlich eine friedliche Transformation zu einer sozialistischen Marktwirtschaft anzustreben, da durch gewaltsame Auseinandersetzungen der Verlauf unkontrollierbar wird und die Gefahr besteht, dass es wieder ein undemokratischer Sozialismus wird, wenn so überhaupt ein Sozialismus erreicht wird.
- Ein Sozialismus entsteht nicht spontan durch objektive historische Bedingungen, wie der Kapitalismus, sondern entsteht durch bewusste Aktionen großer Gruppen der Gesellschaft. Dazu muss vorher ein ganzheitliches Konzept entwickelt und von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden.
- Mit der Erarbeitung dieses Konzeptes und dessen Verbreitung haben die Intellektuellen aus der Klasse der Proletarier gemeinsam mit

Intellektuellen aller anderen Klassen und Gruppen der Bevölkerung eine besondere Aufgabe. Daraus leitet sich aber keine Funktion als neue »Avantgarde« des Transformationsprozesses ab, die sie berechtigt, den »dummen« Teil der Gesellschaft zu seinem »Glück« zu zwingen.

Die sozialistische Marktwirtschaft ermöglicht dem Einzelnen innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch Marktmechanismen einen individuellen Handlungsraum und durch Verfügungs- und Mitbestimmungsrechte über seine konkreten Anteile am Produktionsmittelvermögen demokratische Mitbestimmungsrechte in den Wirtschaftsentscheidungen. Es existiert eine soziale Grundsicherung und eine leistungsabhängige Differenzierung, die aber nicht über Generationen zu einer gesellschaftlichen Polarisierung in Arme und Reiche akkumuliert. *Damit ist eine sozialistische Marktwirtschaft die wirtschaftliche Basis einer Gesellschaft, in der soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar sind.*

Ausführliche Informationen:

Im Internet unter

<http://sozial.marktwirtschaft.bei.t-online.de>

und in der Broschüre

Roland Wegmann: Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft. Schriftenreihe zur politischen Bildung. Heft 9. Forum für politische und interkulturelle Bildung e.V. Schwerin 2001.

Anhang

Bibliographie zu Sozialismus, NÖS in der DDR, Marktwirtschaft

Ausgewählte Veröffentlichungen ab 1990

Altwater, Elmar: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«. Münster 1991.

Behrens, Fritz: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992.

Bergmann, Theodor. Vietnam – Marktwirtschaft oder Marktsozialismus? In: Sozialismus 28(2001)2. S. 44-47.

Bischoff, Joachim / Menard, Michael: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der dritte Weg. Hamburg 1990.

Boccaro, Paul: Demokratische Umverteilung – Märkte beherrschen und überwinden. In: Sozialismus 28(2001)5. S. 13ff.

Bollinger, Stefan: Die halbe Reform – NÖS für eine effektive Wirtschaft, aber nicht für einen demokratischen Sozialismus. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Band IV. Berlin, Bonn 1994. S. 239-254.

Brie, Michael: Wer ist Eigentümer im Sozialismus? Philosophische Überlegungen. Berlin 1990.

Brus, Wlodzimierz / Laski, Kazimierz: Von Marx zum Markt. Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem. Marburg 1990.

Creydt, Meinhard: Zur Kritik des »Marktsozialismus«. In: Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 46 (Juni 2001). S. 96-107.

Dietrich, Heinz; Peters, Arno et al.: Das Neue Historische Projekt. Konferenz 2000. Ankündigung von www.puk.de (Siehe auch »Neues Deutschland« vom 25.5.2000. S. 2).

Draheim, Hans-Georg: Fritz Behrens – Thesen über den Sozialismus. In: Sozialismus 21(1994)11.

Draheim, Hans-Georg: Fritz Behrens – ein namhafter marxistischer Ökonom. In: Sozialismus 26(1999)10.

Draheim, Hans-Georg: Fritz Behrens, Arne Benary und ökonomisches Denken. In Sozialismus 27(2000)12.

- Elson, Diane: Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Marktes. In: Prokla Heft 78, S. 60ff.
- Göhring, Wolf: Mittels Informations- und Kommunikationstechnik die Warenproduktion dialektisch aufheben? Manuskriptdruck. St. Augustin 2000.
- Göhring, Wolf: Schließen Nachhaltigkeit und Warenproduktion einander aus? Manuskriptdruck. St. Augustin 2001.
- Goldberg, Jörg: Die Rettung des Marktes durch Good Governance. In: Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 46. Juni 2001. S. 60-70.
- Gutmann, Gernot: Die sozialistische Marktwirtschaft. In: Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung. 4. Auflage. Stuttgart, Berlin, Köln 1991. S. 221-256.
- Gutmann, Gernot: In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums. In: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Hrsg. von Eberhard Kuhrt et al. Am Ende des realen Sozialismus (4). Opladen 1999. S. 1-60.
- Jenkins, Helmut: Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik – das Scheitern von Erich Honecker. In: Die DDR – Erinnerungen an einen untergegangenen Staat. Hrsg. von Heiner Timmermann. Berlin 1999. S. 63-88, speziell. S. 71ff.
- Kohlmeier, Gunther: Eigentum – Markt – Staat. In: UTOPIE kreativ Heft 9 (Mai 1991) S. 9ff.
- Kohlmeier, Gunther: Zu einigen Fragen der sozialistischen Wirtschaftsleitung [1956]. In: Sozialismus 25(1998)7/8. S. 24f.
- Kohlmeier, Gunther: Sozialismus als Alternative. Texte von 1947 bis 1993. Berlin 2001.
- Koziol, Helmut: Das Scheitern eines Reformversuchs. In: Das Große Haus von außen. Hrsg. von Hans Modrow. Berlin 1996. S. 54-78.
- Krause, Günter: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. Bes. S. 139-192.
- Krömke, Claus: Das »Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und die Wandlungen des Günter Mittag. Hefte zur ddr-geschichte 37. Berlin 1996.
- Krömke, Claus: Brauchen wir eine Reform der Marktwirtschaft? Pankower Vorträge Heft 36. Berlin 2001.

- Kurz, Robert: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt am Main 1991.
- Leibiger, Jürgen: Die Eigentumsfrage im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. In: UTOPIE kreativ. Heft 127 (Mai 2001). S. 427-440.
- Lösch, Dieter; Ortlieb, Heinz-Dietrich: Kapitalismuskritik. Der Streit um die Marktwirtschaft. München 1998.
- Müller, Eva: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung. Mitteilungen 11 des Rosa-Luxemburg-Vereins Sachsen. Leipzig 1993.
- Müller, Eva; Manfred Neuhäus; Joachim Tesch (Hg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...« Werk und Wirken von Fritz Behrens. Leipzig 1999.
- Nemitz, Kurt: Markt und Plan – Zur Entwicklung sozialdemokratischer Konzeptionen von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. In: Heimann, Horst (Hg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000. Köln 1993.
- Nick, Harry: Was war »reak« am Sozialismus? Zu den Ursachen für das Scheitern des »realsozialistischen« Wirtschaftskonzepts. In: Sozialismus 18(1991)11. S. 68ff.
- Nick, Harry: Dauermangel und Alltagsverhalten. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Band VII. 1997. S. 142ff.
- Nick, Harry: Mangelwirtschaft in der DDR. Ursachen und Wirkungen. »hefte zur DDR-Geschichte« Heft 68. Berlin 1999.
- Nick, Harry: Geld spielte keine Rolle. In: Wirtschaft & Markt. 10/2000. S. 70f.
- Nick, Harry: Zähmung der entfesselten Geldlogik? In: »Neues Deutschland« vom 2.3.2001. S. 13.
- Onken, Werner: Zur Utopie einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. In: UTOPIE kreativ Heft 37/38 (Nov./Dezember 1993).
- Peters, Arno: Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse. Berlin 2000.
- Riese, Hajo: Geld im Sozialismus. Regensburg 1990.
- Richter, Horst: Warenproduktion, Werttheorie und Markt – theoriegeschichtliche Aspekte. In: Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 46 (Juni 2001). S. 71-84. (Vorabdruck des Beitrages im vorliegenden Tagungsprotokoll).

- Roesler, Jörg: Zwischen Markt und Plan. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR. Berlin 1990.
- Roesler, Jörg: Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel? hefte zur ddr-geschichte 3. Berlin 1993.
- Roesler, Jörg: Marktreform im Sozialismus: Das NÖS. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 46 (Juni 2001). S. 85-95.
- Schließer, Walfried: Plan und Markt in der sozialistischen Produktionsweise. In: Wirtschaftswissenschaft 38(1990)2. S. 184ff.
- Schöler, Uli: Ein Gespenst verschwand in Europa – Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn 1999.
- Schöler, Uli: Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens. In: UTOPIE kreativ Heft 120 (Oktober 2000). S. 949-957.
- Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie. 3. Aufl. Frankfurt Oder 1996. Bes. S. 71ff.
- Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung. In: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Hrsg. von Eberhard Kuhrt et al. Am Ende des realen Sozialismus (4). Opladen 1999. S. 61-98.
- Schui, Herbert: Staat, Klasseninteressen und Markt im entwickelten Kapitalismus. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 46 (Juni 2001). S. 47-59.
- Šik, Ota: Die sozialgerechte Marktwirtschaft – ein Weg von Osteuropa. Mit Beiträgen von Leszek Balcerowicz, Włodzimierz Brus, Jiri Kosta und Karl-Friedrich Raible. Freiburg im Breisgau 1990.
- Sozialistische Studiengruppen (SOST): Gemeineigentum und Markt. Die Sozialismus-Konzeption von Marx und Engels. In: Sozialismus 20(1993)7/8. S. 62ff.
- Steiner, André: Abkehr vom NÖS – Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1967/68 – Ausgangspunkt der Krisenprozesse 1969/70? In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung der DDR-Geschichte. Leipzig, Jena, Berlin 1990. S. 247-265.
- Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin 1999.
- Tesch, Joachim: Lückenbüßer oder Gegenmacht? Nonprofit-Organisationen im Allgemeinen und im Wohnungswesen. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 44 (Dezember 2000). S. 104-118.

- Vogt, Winfried: Der Außenseiter [Theorie eines »laboristischen Gleichgewichts«]. In: DIE ZEIT vom 23.2.1996. S. 40.
- Wegmann, Roland: Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft. Auf der Suche nach einer sozialistischen Alternative. Versuch eines ganzheitlichen Konzepts. Schwerin 2001.
- Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen. St. Katharinen 1998.
- Wenzel, Siegfried: Marktwirtschaft und Eigentum. Überlegungen für eine realistische Konzeption der heutigen Linke. Pankower Vorträge Heft 18. Berlin 1999.
- Wenzel, Siegfried: Welche Rolle kann man der Marktwirtschaft bei der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung zuordnen? In: Was war die DDR wert? Berlin 2000. S. 253ff. u. a.
- Wolf, Herbert / Wenzel, Siegfried / Maier, Wilfried / Halbritter, Walter / Schürer, Gerhard et al.: Diverse Beiträge in »Ansichten der DDR« Bd. VI. Hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek. Bonn, Berlin 1996.
- Zinn, Karl-Georg: Markt-Plan-Dialektik. Begriffstabu und Wirklichkeit. In: Sozialismus 19(1992)6. S. 15ff.

Autorenverzeichnis

Dr. Reinald Ackermann, Mitschurin-Ring 48, 04178 Leipzig

Prof. Dr. Harald Börner, Chopinstr. 29, 04103 Leipzig

Dr. Hans-Georg Draheim, Volksgartenstr. 26, 04347 Leipzig

Dr. Manfred Höfer, Otto-Schmidt-Str. 4, 04179 Leipzig

Prof. Dr. Claus Krömke, Pankgrafenstr. 3 c, 13187 Berlin

Dr. Siegfried Liebing, Ameisenstr. 71, 04249 Leipzig

Prof. Dr. Paul Liehmann, Rathausstr. 9, 10178 Berlin

Prof. Dr. Eva Müller, Hedwigstr. 12, 04425 Taucha

Prof. Dr. Horst Richter, Zur Quäne 8, 01705 Freital

Prof. Dr. Jörg Roesler, Mellenseestr. 5, 10319 Berlin

Prof. Dr. Joachim Tesch, Möckernsche Str. 3, 04155 Leipzig

Dr. Roland Wegmann, Grevesmühlener Str. 47, 19057 Schwerin

Siegfried Wenzel, Regensburger Str. 20 b, 15738 Zeuthen